



Wortprotokoll

Der 7. Sitzung vom 27. April 1984

Resoconto integrale

della seduta n. 7 del 27 aprile 1984

IX. Legislatur
IX. Legislatura
1983 - 1988



CONSIGLIO PROVINCIALE DELL'ALTO ADIGE
SÜDTIROLER LANDTAG

SEDUTA 7. SITZUNG
27.4.1984

INDICE

Elezione del Presidente della Giunta provinciale pag. 53

Determinazione del numero degli Assessori effettivi e dei supplenti pag. 53

Elezione degli Assessori effettivi . . pag. 57

Elezione degli Assessori supplenti . . pag. 69

Elezione dei due Vicepresidenti della Giunta provinciale pag. 70

INHALTSANGABE

Wahl des Landeshauptmannes. Seite 53

Bestimmung der Zahl der wirklichen Landesräte und der Ersatz-Landesräte Seite 53

Wahl der wirklichen Landesräte. . . . Seite 57

Wahl der Ersatz-Landesräte. Seite 69

Wahl der zwei Landeshauptmannstellvertreter Seite 70

VORSITZ DES PRÄSIDENTEN:

ERICH ACHMÜLLER

PRESIDENZA DEL PRESIDENTE:

ORE 9.15 UHR
(Namensaufruf - Appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.
Ich ersuche um die Verlesung des Protokolls.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): (verliest das Protokoll - legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Wenn keine Einwände zum Protokoll sind, ist das Protokoll genehmigt.

Wir gehen über zur Behandlung der Tagesordnung.
Der Abg. Langer hat das Wort zur Tagesordnung.

LANGER (AS): Danke, Herr Präsident! Ich würde Sie bitten, die Frage zu prüfen, ob es nicht sinnvoll wäre, zumindest auf das Eintreffen des designierten oder vorgeschlagenen Landeshauptmannes zu warten, im besonderen, weil die erste Rednerin, die auf der Liste steht, meines Wissens schon das letzte Mal nicht das Vergnügen gehabt hat, an die Adresse des vorgeschlagenen Landeshauptmannes ihre Worte richten zu können.

PRÄSIDENT: Ich habe die Sitzung ordnungsgemäß einberufen und muß mit der Sitzung weiterfahren. Ich würde es mir selber wünschen, wenn der Herr Landeshauptmann anwesend wäre, aber es ist der Landeshauptmannstellvertreter anwesend. Eingetragen war die Frau Abg. Gebert-Deeg, sie hat verzichtet, weil sie, glaube ich, auf die Frau Emeri replizieren; wollte und der nächste, der auf der Rednerliste eingetragen ist, wäre der Abg. Meraner. Der Abg. Meraner hat das Wort.

MERANER (PDU): Herr Präsident! Ich werde warten, bis der designierte Landeshauptmann kommt.

PRÄSIDENT: Sie ziehen Ihre Wortmeldung zurück?

MERANER (PDU): Ich ziehe sie nicht zurück! Ich bitte Sie, mir aus der Geschäftsordnung den Artikel zu zitieren, laut welchem ich reden muß, wenn der Gesprächspartner nicht da ist.

PRÄSIDENT: Sie können sich später zu Wort melden.

MERANER (PDU): Das ist nicht so, so lasse ich mich nicht abtun. Ich muß darauf bestehen, daß ich als erster Redner zu Wort komme, sobald der Herr Landeshauptmann da ist.

PRÄSIDENT: Das steht auch nirgends geschrieben, Herr Abgeordneter Meraner.

MERANER (PDU): Mit wem soll ich dann überhaupt reden? Dann nennen Sie mir einen Adressaten.

PRÄSIDENT: Es sind eine Reihe von Abgeordneten anwesend und auf alle Fälle geht Ihre Wortmeldung in das Protokoll ein.

MERANER (PDU): Darf ich dann offiziell annehmen, daß mein offizieller Gesprächspartner der zweitdesignierte Landeshauptmann ist?

BENEDIKTER (SVP): Sie können.

MERANER (PDU): Dann nehme ich das zur Kenntnis und werde mit meiner Rede beginnen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter zweitdesignierter Herr Landeshauptmann!

Ich möchte nun zum zweiten Teil meiner Ausführungen übergehen, und zwar zum konkreten Teil. Ich habe schon das letzte Mal gesagt, daß ich mir vorbehalte, zu den einzelnen Punkten noch konkret Stellung zu nehmen, auch wenn das von manchen Rednern nicht zur Kenntnis genommen worden ist. Aber lassen Sie mich im Lichte dessen, was hier inzwischen gesagt und vorgefallen ist, doch noch einige kurze Vorbemerkungen machen, und zwar vor allen Dingen was die Rede des Fraktionssprechers der SVP betrifft, von der ich schon gleich sagen möchte, daß meines Erachtens der SVP damit bestimmt nicht ein Qualitätssprung gelungen ist. Wir wollen uns nicht schulmeistern lassen, wir tun das auch anderen gegenüber nicht, aber eine kritische Analyse, Kollege Frasnelli, muß doch erlaubt sein, und so habe ich aus meiner Sicht gemeint, daß man Ihre Rede eigentlich in zwei Teile zerlegen könnte, einen wesentlichen Teil, vom Zeitaufwand her gemeint, der darin besteht, die Opposition im allgemeinen zu beschimpfen, ja sogar anzupöbeln, und der zweite Teil kann wohl als eher philosophisch-theologischer Vortrag verstanden werden, gegen den ich grundsätzlich nichts einzuwenden habe, nur bin ich der Meinung, daß hier nicht der richtige Ort und vielleicht auch nicht der richtige Zeitpunkt dafür gewesen wäre. Mit solchen Ausführungen wird man allerdings auch keine Arbeitsplätze schaffen, denn das war ja einer der Schwerpunkte ihrer Ausführungen.

Es ist hervorgegangen, daß bei der Opposition nichts gut wäre. Ich muß sagen, Gott sei Dank, bei der Mehrheit ist auch etwas gut. Wir wollen aber nicht mit gleicher Münze zurückzahlen, wir wollen Ausdrücke wie Giftsprüher und dergleichen einfach nicht in unseren Jargon aufnehmen,

sondern dann doch vielleicht etwas konkreter werden. Aber, daß wir Geheimverhandlungen nicht befürworten können, das muß, glaube ich, gerade unter dem Licht dessen verstanden werden, was beispielsweise Frau Gebert-Deeg gesagt hat, wenn sie festgestellt hat, daß die einzelnen Interessenverbände unseres Landes die Möglichkeit gehabt hätten - sofern sie sich gemeldet haben -, auf die Koalitionsverhandlungen Einfluß zu nehmen. Ich habe das mit Genugtuung, aber auch mit großem Erstaunen zur Kenntnis genommen, denn dann ist es doch so, daß man die Interessenverbände anhört, und das finde ich gut und richtig und das möchte ich unterstreichen. Daß man aber auf der anderen Seite die gewählten Abgeordneten von diesen Gesprächen völlig ausschließt, das finde ich nicht gut, das finde ich undemokratisch.

Der Abgeordnete Ferretti, der leider auch nicht anwesend ist - ich stelle nun mit Genugtuung zur Kenntnis, daß nun der designierte Landeshauptmann anwesend ist und ich freue mich, daß ich die konkreten Punkte direkt an ihn richten kann -, hat festgestellt, daß in der SVP ein grundsätzlicher Wandel vor sich gegangen ist, daß er die SVP noch nie so versöhnlich erlebt habe wie gerade im Rahmen dieser Koalitionsverhandlungen. Auf der anderen Seite - und ich habe das, Kollege Ferretti, schon einmal festgestellt - ist doch auch nicht anzunehmen, daß die DC ein so harter, ich meine das jetzt im wirklichen Sinne des Wortes, Verhandlungspartner war und ich kann mir deswegen noch einmal die fünf Monate Verhandlungen nicht erklären und ich kann auch nicht verstehen und will auch nicht verstehen, daß der Inhalt dieses Koalitionsabkommens die ganze Frucht von 32 Sitzungen darstellt. Ich habe den Eindruck, daß man uns da nur einen Auszug von dem vorgelegt hat, worüber man wirklich gesprochen hat. Wenn aber die SVP sich gegenüber den italienischen Koalitionspartnern so versöhnlich gezeigt hat, dann wundere ich mich darüber, warum sie dasselbe Gebilde nicht auch gegenüber der deutschen Opposition und der Opposition im allgemeinen an den Tag legt, da war sie wirklich über die Maßen hart. Aber ich will dem Abgeordneten Frasenelli zugute halten, daß er seine Rede zu eher später Stunde gehalten hat, daß er ermüdet war und ich wünsche und hoffe, daß er in zukünftigen Stellungnahmen wieder zu seiner gewohnten und mir inzwischen lieb gewordenen, objektiven, ruhigen Art zurückkehren möge. Der Kollege Ferretti hat unter anderem auch festgestellt, daß im Koalitionsprogramm mehr fehlt als enthalten ist. So mager würde ich dieses Abkommen auch wieder nicht hinstellen. Es ist doch einiges enthalten, auch wenn man nicht Grund hätte, mit allem was drinnen ist, einverstanden zu sein. Er hat gesagt, 75% stehen hinter diesem Koalitionsprogramm, nur 25% außerhalb. Aber ich sage es noch einmal, das könnt ihr einfach nicht rechtfertigen, daß diese 75% - auch wenn es 75% sind, in Wirklichkeit sind es gar nicht 75% - 100% die Macht für sich in Anspruch nehmen.

Das Koalitionsabkommen ist sehr allgemein gehalten. Man kann vieles hineinlesen und man kann Vieles herausvergessen. Es sind viele alte Versprechungen enthalten, die in der letzten Legislaturperiode nicht ver-

wirklicht wurden, aber es sind auch konkrete positive Ansätze drinnen. Der Kollege Kaserer, der auch wieder nicht da ist, ich stelle das überhaupt mit Bedauern fest, daß so viele Abgeordnete der Mehrheitsparteien fehlen...

ABGEORDNETER: (unterbricht - interrompe)

MERANER (PDU): Ich freue mich, daß man es bemängelt, daß zu wenig Opposition in diesem Hause ist, und da gehen wir eigentlich ganz konform. Wir werden uns bemühen, daß es in Zukunft mehr wird. Ich habe gesagt, daß ich mir erlaube, einige Vorbemerkungen zu machen und ich habe jetzt fünf Minuten dafür verwendet, Kollege Frasnelli, und jetzt komme ich zum konkreten Teil.

Jetzt ist der Kollege Kaserer da, dem ich auch noch etwas sagen will, wenn es der Kollege Frasnelli gestattet, nämlich, daß ich mit ihm in dem Punkt völlig übereinstimme, wo er über das Paket gesprochen hat und festgestellt hat, für wen das Paket ist. Es ist nicht tragbar, wenn der eine und der andere in diesem Hause den Sinn und Zweck des Paketes verdrehen wollte, denn klargestellt muß einfach sein, daß das Paket, man mag zu ihm stehen wie man will, zum Schutze der Minderheiten in Südtirol geschaffen worden ist, und diese Minderheiten sind nun einmal die ladinische und die deutsche Minderheit. Nur damit da keine Unklarheiten aufkommen. Aber klar ist auch, daß wir alle, alle Menschen, die in diesem Lande leben, mit diesem Paket leben sollen, und zwar möglichst friedlich.

Umweltschutz: Eine gesunde und lebenswerte Umwelt stellt, nach Auffassung der PDU, ein Allgemeininteresse dar und nicht nur das Interesse der Umweltschützer, weil es ein wesentlicher Bestandteil für eine bessere Lebensqualität der in unserem Lande lebenden Menschen ist. Grundsätzlich kann ich die Aussagen im Koalitionsprogramm, was den Umweltschutz betrifft, positiv betrachten. Es ist nur die Frage, ob die Taten folgen werden. Ich will nicht von vornherein daran zweifeln, sondern nur hoffen, daß die Taten den Worten folgen werden. Es ist auch im Koalitionsprogramm der Zweifel aufgetaucht und abgeklärt worden, ob die Widersprüche zwischen Umweltschutz, Naturschutz und Wirtschaft abzuklären seien. Dies wird im positiven Sinne im Koalitionsprogramm beantwortet und das entspricht meiner Auffassung, denn es muß sich tatsächlich nicht um Widersprüche handeln. Aber eines soll auch klargestellt werden, es gibt keinen vernünftigen und keinen wirkungsvollen Schutz für Umwelt und Natur, wenn wir nicht gleichzeitig auch eine gesunde Wirtschaft haben, die die finanzielle Grundlage für diesen Schutz erarbeitet. Damit da bei einigen Kollegen keine Zweifel entstehen, möchte ich präzisieren, daß ich unter Wirtschaft etwa nicht nur das Unternehmertum verstehe, sondern daß zur Wirtschaft genau in gleichem Ausmaße selbstverständlich auch die Arbeitnehmer gehören, denn beide Teile zusammen sind wir Wirtschaft, und eigentlich sollte diese Präzisierung gar nicht nötig sein. Die Wirtschaft im allgemeinen wird, wenn sie gesund weiterleben will, sich etwas Neues ein-

fallen lassen müssen, und ein Bereich, der besonders unterstützt werden sollte, ist gerade der, wo es um die Produktion für umweltschützende Strukturen geht. Es ist also nicht so, daß wir nicht noch ein weites Produktionspotenzial offenhätten, wir müssen nur umdenken und andere neue umweltschützende Produkte herstellen. Die 300 Milliarden, die für die gegenwärtige Legislaturperiode auf diesem Sektor vorgesehen sind, sind sehr viel Geld, aber im vollen Ausmaße, wie ich meine, gerechtfertigt. Nur - und ich habe ein gewisses Verständnis dafür, daß man sich allgemein gehalten hat - bestimmte Schwerpunkte hätten vielleicht durchgesetzt werden sollen. So kann man dem Programm bei diesen 300 Milliarden nicht entnehmen, ob die Entsorgungsanlagen enthalten sind, ob die zentralen Kläranlagen gemacht werden. Wir wissen, daß die peripheren Kanalisierungen in den Gemeinden zum Teil sehr weit vorangeschritten sind, daß aber nichtsdestoweniger die Schmutzwässer weiterhin in die allgemeinen Abflüsse geleitet werden, weil es an zentralen Kläranlagen fehlt. Wenn ich meine Heimatgemeinde Eppan hernehme und feststelle, daß wir das Kanalisierungsprogramm fast zur Gänze abgeschlossen haben, aber jetzt ohne die früheren Kläranlagen den Dreck direkt in die Etsch leiten, und zwar nicht weniger als 32/sek-Liter - wie wir von Fachleuten haben feststellen lassen - so, glaube ich, muß das jeden, der sich für Natur und Umwelt verantwortlich fühlt, mit Besorgnis erfüllen.

Vielleicht darf ich mir auch gestatten, ein sehr wichtiges Problem, was den Umweltschutz betrifft, den Kolleginnen und Kollegen besonders ans Herz zu legen, und zwar den Kaiserberg bei Schloß Sigmundskron. Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß dies die Umweltbombe Nr.1 in unserem Lande darstellt und daß die Zündschnur schon so weit abgebrannt ist, daß wir einfach nicht mehr länger zuwarten können, um dieses Problem einer Lösung zuzuführen. Ich würde mir in der Replik schon erwarten, daß hier eine konkrete Zusage kommt, eine Zusage, daß man für die Sanierung des Kaiserberges einen Teil der eingeplanten 300 Milliarden Lire verwenden wird und daß man einen Terminplan nennt, innerhalb welchem man gedenkt, dieses Problem zu lösen, wenn wir verhindern wollen, daß Tausende von Menschen, die am Fuß des Kaiserberges die Trinkwasserquellen benützen, der Gefahr ausgesetzt sind, in Zukunft durch eine Seuche zu erkranken.

Nein hingegen zu den Monsterprojekten wie beispielsweise die Schlammleitung. Wir brauchen keine Monsterstrukturen, wir brauchen kleinere, übersehbare und auch für die Zukunft erhaltbare Strukturen.

Wirtschaft: Auch hier müssen wir einmal davon ausgehen, daß niemand besser unser Sozialsystem sichern und vielleicht auch noch vervollkommen und verbessern kann als eine gesunde Wirtschaft. Alles Übrige kann zwar auf dem Papier sehr schön aussehen, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die noch so guten sozialen Reformen nicht in die Wirklichkeit umgesetzt werden können, wenn niemand da ist, der sie bezahlt. Wir von der PDU stehen auf dem Standpunkt, so viel freie Marktwirtschaft als nur irgendwie möglich, so wenig Planung als nur unbedingt notwendig.

Es ist höchst an der Zeit, das LEP zu revidieren. Das Landesentwicklungsprogramm ist in Zeiten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur, in Zeiten, wo wir tausende von überschüssigen Arbeitsplätzen in unserem Lande hatten, konzipiert worden und ist dann, durch die übermäßig lange Verzögerung, in einem Zeitraum der allgemeinen wirtschaftlichen Rezession verabschiedet worden. Wir müssen auch aufhören, durch ständig mehr Gesetze, Bestimmungen, Steuern und Gebühren - Herr Landeshauptmann, für Steuern sind wir nicht zuständig, aber für Gebühren sind wir zuständig - die Wirtschaft so zu belasten, daß wir sie an den Rand der Konkurrenzfähigkeit mit gleichgearteten Betrieben außerhalb unseres Landes treiben. Das können wir uns einfach nicht leisten. Auch da wird, wie in allen anderen Bereichen, ein vernünftiger Kompromiß notwendig sein, der nicht an der Spitze der Verwaltung alleine zu fällen ist, sondern man wird auch hier, so wie dort, mit den Vertretern der Wirtschaft reden müssen und sollen. Die Wirtschaft unseres Landes soll auf möglichst vielen Säulen aufgebaut werden. Da ist ein zaghafter Wink im Koalitionsprogramm enthalten, daß man sich entschließen möchte, die einseitige Bevorzugung gewisser Wirtschaftszweige in unserem Lande etwas zu reduzieren. Ich stelle da aber beispielsweise fest, daß gewisse Wirtschaftszweige, beispielsweise der Handel, auch hier sehr stiefmütterlich behandelt worden sind. Der Handel ist nur mit einem Wort erwähnt, wenn man von der geplanten Verlegung der Bozner Messe in die Zone Bozen-Süd absieht.

Aber wie gesagt, auch wenn ich ein Vertreter der Opposition bin, so macht es mir überhaupt nichts aus, im Gegenteil, ich freue mich darüber, auch feststellen zu können, daß zum Teil in diesem Koalitionsprogramm gute Ansätze enthalten sind, ich freue mich darüber. So habe ich zum Beispiel mit Genugtuung vernommen, daß man sich bemühen will, möglichst rasch die 350 Milliarden, die die ANAS für den Ausbau der Staatsstraßen in unserem Lande vorgesehen hat, zu investieren. Ich erachte das als außerordentlich positiv. Man nennt dabei das Vinschgau, man nennt das Pustertal, ich darf aber feststellen, daß man einen sehr wichtigen Bereich vergessen hat und möchte bitten, ihn hinzuzufügen, Herr Landeshauptmann, nämlich das Überetsch, denn auch die Straße von Bozen nach Überetsch gehört sicher zu den überlastetsten unseres Landes. Denken Sie bitte daran, daß wir in Zeiten der Hochsaison, laut Statistik der ANAS, 12.000 bis 13.000 Fahrzeuge täglich auf dieser Straße haben, daß wir aber außerhalb der Saison immer noch Tausende von Fahrzeugen haben und, was viel trauriger ist, daß wir auf Grund der prekären Verkehrssituation auf dieser Straße ein Übermaß an Verkehrstoten registrieren müssen.

RUBNER (SVP): Sehr viele dieser Unfälle passieren bei Nacht.

MERANER (PDU): Das stimmt, daß es sehr viele bei Nacht sind, aber es sind auch sehr viele bei Tag, Herr Assessor Rubner, Sie wissen das ganz genau. Und wer einmal die Straße gefahren ist, und wir alle sind sicher schon einmal in das schöne Überetsch gefahren, und wenn sonst nicht, dann zumindest bei Wahlzeiten...

RUBNER (SVP): Nie dagewesen.

MERANER (PDU): Dann möchte ich einen zweiten Wunsch äußern, daß der Assessor Rubner auch einmal in das schöne Überetsch fahren möchte. Jetzt verstehe ich auch, warum die Straße nicht besser ist.

RUBNER (SVP): Nach den Wahlen bin ich schon einmal dort gewesen.

MERANER (PDU): Dann haben Sie es sicher besser in Erinnerung, weil es dann noch weniger lang her ist. Im übrigen haben wir auch gar nichts dagegen, wenn alle im Überetsch wahlwerben, wir nehmen uns dasselbe Recht auch heraus. Der Ausbau der Überetscher-Straße muß unbedingt in dieses Program mit einbezogen werden. Es ist den Überetschern seit mehr als 20 Jahren versprochen worden. Ich darf vielleicht noch darauf hinweisen, daß es über die Bemühungen, hauptsächlich der Gemeindeverwaltung von Eppan, inzwischen gelungen ist, drei Baulose für die Umführungsstraße zu verwirklichen, aber was nützt uns diese Umführungsstraße, wenn wir den riesigen Flaschenhals der übrigen Verbindung von Bozen bis Eppan in Kauf nehmen müssen. Bitte, betrachten Sie das nicht als eine Kirchturmpolitik, ich würde gerne dasselbe auch von einem anderen Teil des Landes sagen, wenn mir ein ähnlich prekärer Fall bekannt würde und sollte ihn jemand aufzeigen, dann bin ich der erste der bereit ist, auch diesen gerne mit-zuunterstützen.

Was aber die Umführungsstraßen im allgemeinen betrifft, lieber Kollege Kaserer, steht die PDU schon auf dem Standpunkt, daß wir auch beim notwendigen Ausbau dieser Verkehrsstraßen, die ich eben genannt habe, möglichst schonend vorgehen, was den Verbrauch des Kulturgrundes betrifft, daß wir nicht fast überall neue Trassierungen vorsehen sollen, sondern dort wo irgendwie möglich Begradigungen der bestehenden Trasse vornehmen sollten; in manchen Orten sind Neutrassierungen notwendig und dort werden wir sie auch befürworten, aber es wäre unser Wunsch und es ist unsere Meinung, daß diese Neutrassierungen möglichst gering, möglichst kurz gehalten werden sollen und daß man dann möglichst rasch wieder auf die alte Straße zurückkehren soll.

Ich finde die Aussage positiv, daß man eine Durchquerung der Stadt Bozen plant. Es ist dies eine höchst notwendige Maßnahme.

Den Ausbau des Flugplatzes von St. Jakob zu einem Touristikflugplatz befürworten wir ebenfalls, allerdings in einem angemessenen Rahmen. Wir würden einen sehr großen Flugplatz in St. Jakob befürworten, aber in einem angemessenen Rahmen. Als Touristikflugplatz hat er durchaus seine Berechtigung und es ist wünschenswert, wenn man dieses Problem möglichst rasch einer Lösung zuführt.

Positiv sehen wir auch die Absicht, für bessere Zugverbindungen in unserem Lande zu sorgen. Und damit man mich nicht der Kirchturmpolitik bezichtigen möge, möchte ich auch in diesem Moment sagen, man hat das Pustertal vergessen im Koalitionsprogramm. Die anderen sind angeführt, das Pustertal ist ausgelassen, man sollte es hinzufügen.

Was die Zollabfertigung betrifft, ist es richtig, daß wir uns dafür verwenden, daß diese rascher und vernünftiger vor sich geht. Man wird die entsprechenden Strukturen schaffen müssen und ich halte wenig davon, wenn Beschlüßanträge diesbezüglich im Regionalrat eingebracht werden, denn ich glaube, daß hier zwischen Südtirol und Trient ein ganz großer Interessenkonflikt in dem Sinne herrscht, daß man in Trient mit etwas mehr Weitsichtigkeit, glaube ich, als in Bozen bereits ein großes Areal ausgewiesen und zur Verfügung gestellt hat, um möglichst die Verzollungsformalitäten von Bozen weg nach Trient zu verlegen und so dort das eigentliche Handelszentrum der Region zu machen. Ich glaube, wir würden gerade in diesem Punkt unserer Tradition als Land des Handels, als Brücke, was den Handel zwischen Norden und Süden betrifft, nicht gerecht werden. Es wird notwendig sein, daß wir hier rasch und unverzüglich die notwendigen Strukturen schaffen. Freilich, das Ziel kann nicht eine Verbesserung der gegenwärtigen Zollabfertigung sein. Das Ziel muß sein, daß diese fast zur Gänze abgeschafft werden und daß ein Grenzschein für die Passierung der Waren an unseren Grenzübergängen genügen sollte. Aber dazu wird es wohl so große Schwierigkeiten geben, daß sie über diese Legislaturperiode sicherlich hinausgehen. Es genügt aber nicht, nur die notwendigen Strukturen zu schaffen, sondern wir müssen auch dafür sorgen, daß das nötige Personal vorhanden ist und hier müssen große Anstrengungen unternommen werden, damit gerade auch unsere Leute zum Zuge kommen, und zwar nicht nur als Handlanger, sondern auch in den oberen Rängen, gerade was das Personal am Zoll betrifft. Ich weiß, daß ich jetzt etwas sage, was man stark kritisieren wird, aber ich glaube doch, man sollte darüber nachdenken, ob es einen Weg gäbe, der im Zuge von Übergangsbestimmungen in gewissen Punkten für eine begrenzte Zeit für diese Sektoren vielleicht vom Proporz einigermaßen abgeht, damit wir unsere Leute beschäftigen können, denn so geht das einfach nicht, das ist nicht mehr tragbar. Wer täglich mit dieser Materie zu tun hat, so wie ich, der, glaube ich, kann beurteilen, was das für Südtirols Wirtschaft bedeutet.

Forschung, vor allen Dingen Marktforschung und Beratung müssen stärker vorangetrieben werden. Wir haben heute Betriebe in unserem Lande, Gott sei Dank muß ich sagen, wir haben einzelne Unternehmer in unserem Lande, die bereit sind, auf diesem Gebiet bis zu einer Million Lire und mehr je Angestellten aus eigener Tasche auszugeben. Aber ich glaube doch, daß es falsch ist, wenn die öffentliche Hand hier so stark versagt, daß die Privaten mit so großen finanziellen Opfern eingreifen müssen, zudem in einer Zeit und in einer wirtschaftlichen Situation, die es ihnen eigentlich gar nicht gestatten würde, solche Summen auszugeben. Was wir brauchen, ist unbedingt ein Institut für Marktforschung und Betriebsberatung in unserem Lande. Was die Subventionen betrifft, möchte ich nicht hinterm Berg halten, daß ich kein großer Freund von Subventionen im allgemeinen bin, aber es wäre auch völlig falsch zu sagen, wir brauchen gar keine Subventionen. Es gibt Situationen, wo stützende Maßnahmen, nennen wir sie auch Subventionen, in maßvollem Rahmen sinnvoll erscheinen, und

zwar immer dann, wenn es darum geht, an und für sich gesunden Betrieben über momentane Schwierigkeiten zu helfen und dafür zu sorgen, daß sie die nötige finanzielle Grundlage erhalten, damit sie von sich aus wieder als gesunde Betriebe weiterarbeiten können. Es wäre aber die Überlegung anzustellen, ob man im allgemeinen gesehen vielleicht nicht doch vom System der Einzelförderung abgehen sollte, oder wenigstens teilweise abgehen sollte und für die verschiedensten Wirtschaftszweige in unserem Lande die Beiträge viel stärker für strukturverbessernde und Rahmenmaßnahmen einsetzen sollte, daß man die Rahmenbedingungen verbessert, mit denen die einzelnen Wirtschaftszweige arbeiten müssen. Auf keinen Fall soll durch Subventionen der Konsum übermäßig gefördert werden. Die Subventionen sollen sich in erster Linie auf strukturverbessernde Investitionen konzentrieren und nicht auf den Konsum. Die PDU steht auf dem Standpunkt, daß wir es uns nicht leisten können und auch nicht leisten sollen, wirklich krank und ungesundbar erkrankte Betriebe aus weiß Gott welchen Gründen auf Jahre hinaus zu fördern. Wir können uns keine zweite VIVES im Lande leisten und auch keinen zweiten Hauptverband. In anderen Ländern hätte die Hälfte, oder weniger von einem solchen Problem genügt, damit der zuständige Mann den Hut genommen hätte. Bei uns ist das nicht so, bei uns wird er gloriös wiedergewählt. Das Ziel jeder vernünftigen Wirtschaftspolitik sollte es sein, einen möglichst breit gestreuten Mittelstand in unserem Lande zu haben, aber nicht auf die Art, wie es sich gewisse Parteien, mehr zur Linken von mir, vorstellen, daß man den Mittelstand dadurch erreichen sollte, daß man den, sozial gesehen, unteren Schichten zwar nicht mehr gibt, aber den sozial oberen Schichten etwas wegnimmt. Das scheint uns nicht der richtige Weg. Der richtige Weg wäre der, daß man die Rahmenbedingungen schafft und alle jene Maßnahmen ergreift, die dazu führen, damit die sozialen unteren Schichten in den Mittelstand aufrücken können. Man muß endlich damit aufhören, den Mittelstand über die Maße zu benachteiligen. Wenn wir uns das gegenwärtige Wirtschaftssystem in unserem Lande anschauen, dann stellen wir fest, daß es auf der einen Seite jene gibt die, zumindest auf dem Papier, und teilweise wirklich nur auf dem Papier, so arm sind, daß sie förderungswürdig sind, während wir auf der anderen Seite jene haben, die so viel Besitz besitzen, daß sie der Förderung gar nicht bedürfen, zugleich aber so mächtig sind, daß sie diese Förderung auf alle Fälle für sich erkämpfen und verwirklichen. Und wer zwischen den beiden Stühlen sitzt, das ist der Mittelstand, ein Mittelstand, den es gilt zu erhalten und zu vermehren und nicht auszurotten, wie wir auf dem besten Wege sind. Denn schauen wir uns einmal die Tatsachen an: Ist es nicht gerade der Mittelstand, der die besten und sichersten Arbeitsplätze schafft; ist es nicht gerade der Mittelstand, der die meisten Steuern bezahlt; ist es nicht gerade der Mittelstand, der auf der einen Seite am wenigsten öffentliche Mittel für sich in Anspruch nimmt? Wir werden eine kurz- und mittelfristige Konjunkturbewegung in unserem Lande nicht erreichen, wenn wir nicht einen Schwerpunkt auf die Ankerbelung der privaten und öffentlichen Bauwirtschaft setzen. Es geht nur da-

rum: was wird gebaut? Und ich habe es schon eingangs erwähnt, vor allen Dingen sollte man einmal daran denken, umweltschützende Strukturen zu errichten, aber es muß ein Schwerpunkt auch auf die Schaffung von neuer Wohnkubatur gesetzt werden, denn neben der Arbeitslosigkeit ist, nach Auffassung der PDU, das Wohnproblem das Problem Nr. 1 oder Nr. 1/b, wenn sie so wollen, auf alle Fälle nicht Nr. 2. Aber es wird nicht gehen, diese Bauwirtschaft anzukurbeln, wenn man nicht auch gewisse Maßnahmen auf dem Verwaltungssektor trifft. Ich denke da beispielsweise an die übermäßig hohen Baukostenabgaben. Und da komme man mir nicht mit dem Argument, es handle sich dabei um ein Staatsgesetz. Ich weiß das sehr wohl, daß es sich um ein Staatsgesetz handelt, aber alle wissen, und deshalb will ich es nicht näher erklären, daß dieses Staatsgesetz einen sehr weiten Rahmen für die Bemessung der Höhe dieser Baukostenabgaben setzt und daß wir eigentlich die höchsten Abgaben in allen Bereichen festgesetzt haben, während wir andererseits die Möglichkeit hätten, einen Bruchteil von dem zu verlangen und dann würden wir auch sicherlich wieder mehr Wohnungen bekommen; Wohnungen, die auch erschwinglich sind, denn nicht erschwingliche Wohnungen haben wir bereits zu viele in unserem Lande.

BENEDIKTER (SVP): (unterbricht - interrompe)

MERANER (PDU): Für Eigenwohnungen nicht, das weiß ich. Ich möchte dazu vorausschicken, weil mich der Kollege D'Ambrosio sozusagen als Kapitalist hingestellt hat, lieber Kollege D'Ambrosio, ich weiß nicht, ob Du eine Wohnung hast, ich habe keine, ich habe aber zumindest das Glück, eine mieten zu können. Wer mehr auf der Seite der Arbeiter steht, das müßte man übrigens auch erst sehen, um auf seinen Diskurs zurückzukommen. Nur, die Auffassung habe ich schon, wenn Du und alle Kollegen, die hier sind oder hier sein sollten, in ihrem Leben so viele Arbeitsplätze geschaffen hätten wie ich, dann habe ich ausgerechnet, ließe sich die Arbeitslosigkeit in unserem Lande wenigstens um ein Viertel verringern. Es braucht also nur jeder bei sich selbst anzufangen. Ich habe es getan, hoffentlich tust Du es auch einmal.

D'AMBROSIO (Segretario - PCI): (interrompe - unterbricht)

MERANER (PDU): Io comunque, caro collega D'Ambrosio, ho cominciato da me stesso. Se tu fai altrettanto, forse siamo più vicini alla soluzione.

Die Baukostenabgaben müssen reduziert werden. Wenn ich beispielsweise eine Eigenwohnung hätte, Kollege Benedikter, und noch dazu ein altes Haus, einen Stadel irgendwo in der A Zone und den für Wohnungen ausbauen möchte, sagen Sie mir dann, ob ich wirklich befreit bin von den Baukostenabgaben, denn wenn das der Fall ist, dann werde ich gleich bei der Gemeinde Eppan hergehen und einmal hunderte von Millionen an die Betroffenen zurückzahlen machen. Aber warum sollen wir nicht auch nicht

konventionierte Wohnungen bauen lassen. Wir müssen alle Chancen ausnützen, den geförderten Wohnbau, den konventionierten...

ABGEORDNETER: (unterbricht - interrompe)

MERANER (PDU): Je mehr Wohnungen auf dem freien Markt zur Verfügung stehen, desto weniger teuer werden sie wahrscheinlich. Das lehrt uns die Erfahrung.

Was die Wildbachverbauung betrifft, bin ich in diesem Rahmen auch der Meinung, daß man darangehen sollte, sie stufenweise an die Privatwirtschaft abzugeben. Das wäre eine konjunkturbelebende Maßnahme, denn gerade auf diesem Sektor haben wir viele Betriebe in unserem Lande, von denen wir nicht wissen, wie lange sie noch existieren werden und wie lange sie die Arbeitsplätze, die sie nun einmal geschaffen haben, noch erhalten werden. Es gibt natürlich keine abrupte Lösung, daß man sagt, wir hören morgen auf, denn dann müßte man sich natürlich fragen, wo tun wir die Leute hin, die jetzt bei der Wildbachverbauung arbeiten. Ich sage, man sollte daran denken, sie stufenweise abzubauen. Ich bin nebenbei auch der Meinung, daß es sich nicht nur um eine konjunkturbelebende Maßnahme handeln würde, sondern auch um eine wesentlich rationellere Verbauung der Wildbäche in unserem Lande.

Was die Bozner Messe betrifft, glaube ich, daß die Verlegung allzu vorsichtig formuliert worden ist. Es heißt sinngemäß, daß man versuchen will, sie zu verlegen. Da müßte schon hineinkommen, daß die Verlegung innerhalb dieser Legislaturperiode abgeschlossen sein muß, denn innerhalb dieser Legislaturperiode sollte das auf alle Fälle geschehen. Und ich möchte auch heute schon hinzufügen, daß man damit gleichzeitig auch die Strukturen für die Berufsschule sanieren sollte, indem man das bestehende Areal, die Strukturen der heutigen Bozner Messe dafür verwendet.

Industrie: Wir können einfach nicht verlangen, daß wir, wo wir traditionell seit Jahrhunderten eigentlich ein Bauernvolk sind, sagen wir uns das einmal ehrlich, daß wir jetzt plötzlich zu einer kleineren Industrienation werden. Es ist aber erfreulich, daß hier ein Umdenken begonnen hat und es ist höchst notwendig, daß man jene psychologischen Barrieren beginnt abzubauen, die seit Jahrzehnten gegenüber der Industrie aufgebaut wurden, hat doch in unserem Lande über Jahrzehnte Faschismus Industrialisierung bedeutet. Gerade diese psychologischen Barrieren, so gerechtfertigt sie von der Entwicklung her gewesen sein mögen, sollten wir jetzt abbauen und versuchen, eine eigenständige Klein- und Mittelindustrie mit hohem qualitativem Niveau in unserem Lande aufzubauen. Wobei man auch hier Ausschau nach qualitativ hochwertigen, neuen Produkten wird halten müssen. Ich halte nichts davon, daß man plant, Betriebe vom Ausland herzuholen. Da müßten uns eigentlich die Erfahrungen der dreißiger und der sechziger Jahre genügen.

FRASNELLI (SVP): (unterbricht - interrompe)

MERANER (PDU): Hubert, wir haben schon ein ähnliches Problem mit der Continental gehabt und ich glaube nicht, überheblich zu sein, wenn ich sage, wenn ich damals nicht im Parteiausschuß gewesen wäre, dann hätten wir heute die Continental. Das kann ich ganz offen sagen, denn der Dr. Magnago hat damals wörtlich gesagt: "Meine Herren, jetzt müssen wir noch schnell die Sache Continental von Brixen behandeln, aber ich habe nur mehr eine Viertelstunde Zeit, denn dann muß ich zu einer Beerdigung gehen." Sie werden sich erinnern, Herr Landeshauptmann, daß Sie das gesagt haben.

MAGNAGO (SVP): Ich erinnere mich nicht mehr.

MERANER (PDU): Dann habe ich doch noch das bessere Gedächtnis als Sie, in einigen Punkten zumindest, aber ich will Ihnen das nicht verargen. Auf alle Fälle erinnere ich mich sehr genau noch daran und viele andere auch noch. Es hat auch sehr viel gebraucht, damit es möglich war, das zu vertagen. Und diejenigen, die jetzt gelacht haben, haben am wenigsten dazu beigetragen, um dieses Problem zu lösen. Das Problem ist ganz anders gelöst worden. Wenn es gewünscht ist, dann werden wir da einmal eine längere Diskussion darüber abführen, aber der Rahmen erlaubt es vielleicht nicht. Geworden wäre es auf jeden Fall, wenn wir uns nicht dagegen gewehrt hätten, anfänglich allein und dann mit vielen anderen zusammen.

Was wir brauchen ist eine Klein- und Mittelindustrie und nicht eine Großindustrie, wobei auch Klein- und Mittelindustrie in einem Berggebiet in anderen Dimensionen zu verstehen ist als beispielsweise in der Poebene. Was wir hingegen tun sollten, das ist, eine bessere Ausbildung unserer jungen, angehenden Industriellen, auch im Ausland, anstreben, damit sie das Wissen und das "now how" aus dem Ausland in unsere Heimat bringen und hier sinnvoll anwenden. Die Klein- und Mittelindustrie ist die sicherste; es können dadurch die Arbeitsplätze in unserem Lande besser gestreut werden als durch große Industrieansiedlungen. Man kann als Nebeneffekt auch das Pendlerwesen, oder sagen wir lieber Pendlerunwesen, in Grenzen halten. Und es soll auch der sozioökonomische Aspekt mit berücksichtigt werden. Es ist nicht gut für unsere Gesellschaft, wenn in gewissen Teilen unseres Landes nur ein Wirtschaftssystem vorherrscht und in anderen ein anderes: wenn beispielsweise in gewissen Teilen nur Landwirtschaft und in einem anderen Teil nur Industrie wäre. Es ist unsere Aufgabe, im Rahmen des Möglichen, dafür zu sorgen, daß alle Wirtschaftszweige möglichst breit gestreut in unserem Lande präsent sind. Was die Schwerindustrie, die Großindustrie betrifft, so möchte ich weniger auf ihren Ursprung zurückgehen, sondern darauf eingehen, was jetzt ist: denken wir an die Situation in der Alumetal, IVECO, Magnesio usw. Jetzt ist der zuständige Assessor auch hier und der hat diese Betriebe als "non decotte" bezeichnet. Ich würde sagen, sie sind nicht "decotte", Kollege Sfondrini, aber "stracotte". Sind verkocht, total verkocht, hart gekocht, so daß sie für uns seit Jahren unverdaulich sind.

MITOLO (MSI-DN): (interrompe - unterbricht)

MERANER (PDU): Lo dimostreremo in sede.

Es ist meine Meinung, daß wir - wenn wir diese Betriebe fördern - das Geld verplempern. Wir müssen stufenweise dafür sorgen, daß wir Ersatzbetriebe schaffen, in denen wir die dort freiwerdenden Arbeitsplätze sichern können, aber es geht nicht an, daß wir in diese Betriebe Milliarden investieren, weil wir dadurch, nach meiner Meinung, auch keinen einzigen Arbeitsplatz gesunden oder sicherer machen werden, und darum geht es ja. Eine Großindustrie ist auch vom rein Technischen her ungeeignet in unserem Lande. Lassen wir, Kollege Mitolo, den politischen Aspekt weg, ich habe eigens gesagt, daß der im Moment mich weniger interessiert; wir sind seit gestern über zwanzig Jahren befreit. Wir haben in unserem Lande keine Rohmaterialien, wir haben zu wenig Energie für solche Betriebe. In einem Berggebiet sind die Transporte, die solche Betriebe erfordern, zu schwerfällig und zu teuer, wir leben abseits der großen Zentren, wir haben kein genügendes Hinterland für den Absatz, wir haben auch kaum geeignete und genügende Ausdehnungsmöglichkeiten für Großbetriebe und es ist zu überlegen, ob in einem Berggebiet, so wie es das unsere ist, es überhaupt möglich ist, die umweltmäßigen Belastungen, die solche Betriebe mit sich bringen, auf Dauer zu ertragen.

Die Aussagen Sfondrinis, wenn ich sie richtig verstanden habe, kann ich also in keiner Weise gutheißen; und wenn sein Ziel tatsächlich sein sollte, diese Betriebe zu sanieren und nicht andere anstelle dieser Betriebe zu schaffen, dann müßte ich sagen, wäre seine Ernennung zum Industrieassessor eine schwere personalpolitische Fehlentscheidung und würde sich in einem wirtschaftlichen Unglück auswirken.

Was den verbilligten Strom für diese Betriebe betrifft, muß ich mich fragen, warum für diese Betriebe und warum nicht auch für andere. Ich bin auch der Meinung, wenn man diesen Betrieben in dieser Forderung nach verbilligtem Strom nachgeben würde, dann würde sich das wie eine Lawine auswirken; ich wüßte nicht, mit welchen Argumenten man die anderen gleichberechtigten Forderungen ablehnen sollte.

Der Handel, ist aufgezählt worden, soll auch gefördert werden. Es ist nicht gesagt worden, ob mehr oder weniger als bisher - weniger wird nicht möglich sein. Ich darf nur daran erinnern, daß der Handel, beispielsweise - wenn wir die Durchgangsposten, die ja nicht zählen, auslassen, denn die sind ja nicht realisiert worden - mit Abstand am wenigsten bekommen hat, daß der Handel kaum eine halbe Milliarde aus dem Haushalt bekommen hat, dieser Handel, der über 30.000 Arbeitsplätze in unserem Lande geschaffen hat, und zwar nicht saisonale Arbeitsplätze, sondern ganzjährige und bis jetzt noch sichere Arbeitsplätze. Es wird in Handelskreisen, zu meinem Leidwesen übrigens, immer intensiver diskutiert, ob man von den ganzjährigen Arbeitsplätzen nicht auf saisonale Arbeitsplätze übergehen sollte. Es wird auf die Dauer, bei dieser Behandlung des Handels, wahrscheinlich auch gar nicht anders möglich sein.

ABGEORDNETER: (unterbricht - interrompe)

MERANER (PDU): Ich bin nicht in Schwierigkeiten und ich kann sagen, daß ich bis jetzt noch nie auch nur einen einzigen Groschen von öffentlichem Geld beansprucht und infolgedessen auch noch nie bekommen habe. Ich habe es noch nie beansprucht und beschwere mich deshalb auch nicht, daß ich es noch nie bekommen habe, aber ich bin ja auch nicht der Handel in Südtirol. Es ist einfach nicht wahr, daß dieser Handel der Prügelknabe der Nation sein kann, daß die Handelstreibenden die größten Steuerhinterzieher sind. Wir haben, Gott sei Dank, seit zwei Monaten die offiziellen Daten vom Finanzministerium, die uns zeigen, daß von allen Wirtschaftszweigen der Handel zu den ehrlichsten Steuerzahlern gehört. Der Handel ist im Bereich des Dienstleistungssektors, und ich glaube, wenn wir die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung in unserem Lande real einschätzen wollen, müssen wir feststellen, daß gerade hier im Dienstleistungssektor noch die größten Reserven vorhanden sind. Und es wird deshalb sinnvoll sein, daß man unter dem Kriterium, das in diesem Koalitionsprogramm festgelegt worden ist, bei den fördernden Maßnahmen gerade zu berücksichtigen hat, wie arbeitsplatzsichernd und wie arbeitsplatzschaffend die einzelnen Maßnahmen sind, daß man gerade auch unter diesem Aspekt dem Handel in Südtirol endlich Gerechtigkeit wiederfahren läßt. Die Zone Bozen-Süd soll dem Handel erhalten werden. Der Handel steht aber einer Verlegung der jetzigen Bozner-Messe in die Zone Bozen-Süd, wo ein Teil des vorgesehenen Areals verwendet werden soll, in keiner Weise negativ sondern positiv gegenüber, weil wir glauben, daß das eine strukturverbessernde Maßnahme für den gesamten Handelssektor in unserem Lande darstellt. Sollte man aber hier, was wünschenswert und notwendig wäre, Investitionen machen, dann möchte ich mir das nicht auf das Kapitel Handel schreiben lassen, denn die Verlegung der Bozner-Messe in die Zone Süd ist durchaus nicht ein Problem, das nur zu Gunsten des Handels allein gelöst wird, sondern auch zu Gunsten vieler anderer Sektoren. Aber es wird sicher nicht möglich sein, den Handel in Südtirol in dem Ausmaße auf Dauer aufrechtzuerhalten, wenn man nicht an zusätzliche konkrete Förderungsmaßnahmen im Handelssektor denkt. Was unsere Betriebe kennzeichnet - die Handelsbetriebe in Südtirol im allgemeinen -, das ist ein gefährliches Schwinden der Reserven, das ist ein gefährlicher Kapitalmangel, weshalb man konkret daran denken muß, auch für den Handel, wie für andere Wirtschaftszweige, billige Gelder in einem zumutbaren Ausmaße und innerhalb zumutbarer Zeiträume zur Verfügung zu stellen.

Was die Elektroenergie betrifft, wird von einem Landesenergieplan gesprochen. Ich weiß nicht, wer diesen Ausdruck erfunden hat, denn einen Landesenergieplan gibt es meines Wissens eigentlich gar nicht. Es wird vom verbilligten Strom gemäß Art.13 des D.P.R. 28.3.1977, Nr.235, gesprochen. Was die Industriezone Bozen betrifft, habe ich dazu bereits Stellung genommen. Was es aber anstelle des Landesenergieplanes gibt, das ist ein Stromverteilerplan und ein Wassernutzungsplan. Der Stromverteiler-

plan, das wäre eben das obengenannte D.P.R., und der Wassernutzungsplan das D.P.R. vom 22.3.1974, Nr. 381. Diese beiden haben nur indirekt miteinander zu tun. Sie sind voneinander unabhängig verabschiedet worden und können auch unabhängig voneinander weiterbehandelt werden. Andererseits müssen wir feststellen, daß der Wassernutzungsplan für unser Land seit gut zehn Jahren ausständig ist. Und es ist meines Erachtens ein Nonsens, wenn man die Verabschiedung dieses Wassernutzungsplanes von der Verabschiedung des Energieverteilungsplanes abhängig macht. Es sind sowieso, was die Kleinstromkraftwerke bis zu 220 Kilowatt betrifft, ganz wenige solche Kleinstromkraftwerke, die die sogenannten mittleren Kraftwerke, die es im Staatsgesetz übrigens auch nicht gibt, wie ich festgestellt habe, in irgendeiner Weise beeinflussen können. Was die dezentralisierten mittleren Wasserkraftwerke betrifft, so habe ich schon gesagt, das Staatsgesetz sieht nur große und kleine vor und ich weiß nicht, mit welcher Nennleistung diese klassifiziert werden. Es ist aber auch die Frage, wer diesen Plan überhaupt genehmigen soll. Es ist zwar so, daß bereits in der letzten Legislaturperiode dieser Plan vorgelegt und genehmigt werden sollte, aber es ist ja nicht passiert, wie wir wissen. Es ist ein Nonsens, wenn man - in Bezug auf die Kleinstromkraftwerke in unserem Lande - alle jene unter 220 Kilowatt nicht zulassen möchte und wenn man überhaupt die Regelung so lange hinausschiebt, bis eben dieser Landesenergieplan genehmigt ist, oder bis der Wassernutzungsplan genehmigt ist, d.h. diesen Wassernutzungsplan soll man einfach einmal genehmigen, und zwar unabhängig vom Stromverteilungsplan. Wir müssen die Kleinstromkraftwerke, und zwar auch die Kleinststromkraftwerke fördern, denn sie erbringen billige, saubere Energie. Ist es billiger, wenn wir mit dem Aufwand von Unmengen von Steuergeldern die Elektrifizierung der Berggebiete, der einzelnen Gehöfte, vornehmen, oder ist es nicht besser, wenn wir dies, soweit möglich, der Eigeninitiative überlassen? In anderen Ländern - weil man immer wieder Vergleiche mit anderen Ländern herbeizieht - ist es so, daß man diese Kleinstromkraftwerke nicht nur erstellen läßt, sondern daß man es geradezu fördert. Dabei sind auch hier keine Extrem Lösungen anzustreben. Niemand fordert und möchte, daß man alle Wasserläufe unter Rohre legt. Niemand will auch den Fischbestand dadurch in den einzelnen Gewässern schädigen. Aber lassen Sie mich das einfach einmal sagen, die Anlagen für die Erzeugung von Strom sind doch dort besonders günstig, wo wir das höchste Gefälle haben, und gerade dort haben wir ja kaum oder überhaupt keinen Fischbestand, so daß wir hier überhaupt nichts zu fürchten haben, und wo es Grenzfälle gibt, wird man von Fall zu Fall zu entscheiden haben. Aber auch was die übrige Energieerzeugung, bzw. die alternative Energie betrifft, müssen Schwerpunkte gesetzt werden. Das ist teilweise auch im Koalitionsprogramm enthalten, darüber freue ich mich, aber gehandhabt wird das völlig anders. Wenn ich denke, mit welchen Schwierigkeiten heute noch jemand zu kämpfen hat, wenn er die Sonnenenergie ausnützen will, dann muß ich sagen, daß das, was wirklich ist, mit dem, was der Buchstabe dieses Koalitionsprogrammes aussagt, im krassen Widerspruch steht. Wollen

wir diesen Widerspruch bitte abbauen. Es müssen fördernde Maßnahmen eingeleitet werden für solche, die durch Erzeugung alternativer Energie die Umwelt weniger verschmutzen, die durch geeignete Isolierungen usw. Energie im allgemeinen einsparen, und zwar nicht nur auf dem Papier, sondern konkret.

FRASNELLI (SVP): Im Koalitionsprogramm steht drinnen: "Das Gesetz über die Förderung der Nutzung regenerationsfähiger Energiequellen soll vereinfacht werden."

MERANER (PDU): Ich habe auch gesagt, daß ich die Aussage für gut empfinde, und daß man die Diskrepanz zwischen dem, was da gesagt wird, und dem, was wirklich getan wird noch zur Zeit, abbauen soll. Ich sage, das Programm ist gut, die Wirklichkeit ist da noch eine völlig andere; und ich habe mir erlaubt zu sagen, und ich glaube, daß das präzise ist, daß man die Diskrepanz zwischen der Wirklichkeit und dem hier vorgenommenen Programm abbauen soll. Ist das vielleicht nicht richtig deutsch? Damit hat sich meines Erachtens kein Widerspruch ergeben.

Der Fremdenverkehr ist unverständlicherweise in diesem Koalitionsprogramm sehr stiefmütterlich behandelt worden. Es geht um eine angemessene Förderung. Ich hoffe, daß sich diese angemessene Förderung nicht in ein zweites "Spögler-Gesetz" der unverschuldet verschuldeten Betriebe auswirkt, denn das wäre wirklich eine nicht angemessene und ungerechte Maßnahme. Auch hier: wir brauchen es nicht nur für den Handel, wir brauchen es für alle in gerechtem Maße. Das sollte eine gute Verwaltung kennzeichnen, daß sie möglichst gerecht ist und nicht einseitig ist. Und Einseitigkeit, gerade auf dem Sektor der Wirtschaft, wird sich über lang oder kurz ganz sicher rächen. Es ist auch in diesem Rahmen wichtig, die Einzelförderung zugunsten von strukturverbessernden Maßnahmen zurückzustellen. Ich sage das nicht nach, aber ich stelle mit Genugtuung fest, daß der Assessor Spögler bei der Industriellenversammlung das auch gesagt hat und ich kann das nur voll unterstreichen und wünschen, daß er bei seiner praktischen Arbeit dann auch so vorgehen möge.

Es ist viel das Gerede von einem Golfplatz gewesen. Die Gemeinde Kastelruth hat dafür bereits über 50 ha ausgewiesen. Im Überetsch drängt man ebenfalls, 27 ha Wald zu roden für einen solchen Golfplatz. Ich glaube, daß beides falsch wäre. Ich habe inzwischen auch die Stellungnahme der SVP gehört. Ich sage es nicht nach, aber wenn ich etwas für richtig erachte, dann habe ich auch keine Bedenken, es trotzdem zu betonen. Ich glaube, wenn ein Golfplatz in Südtirol, dann wäre der Pferderennplatz in Meran sicher am geeignetsten, aber es ist nicht zumutbar, daß wir zig ha von Wald oder Kulturgrund zerstören, um einen Golfplatz in unserem Lande auszuweisen.

Was die Aufstiegsanlagen betrifft, kann ich mit der Aussage nicht einverstanden sein, daß diese zu vermehren sind; ich glaube, sie sind zu verbessern, aber vom Vermehren sollten wir strikten Abstand nehmen. Ich

glaube, wir haben in unserem Lande übermäßig viele Aufstiegsanlagen bereits gemacht und dabei übermäßig viel zerstört.

Was die Förderung der Tourismusorganisationen betrifft, habe ich darin einen sehr deutlichen Wink gesehen, daß man das Lieblingskind der alten Landesregierung beibehalten will, nämlich die Verabschiedung eines Gesetzes, das alle jene, die direkt oder indirekt vom Fremdenverkehr profitieren, zu Zwangsabgaben für die Finanzierung dieser Tourismusorganisationen veranlassen will. Ich muß sagen, daß ich eine solche Forderung rundherum ablehne. Es war falsch, daß man die früher bestehenden und ausgezeichnet funktionierenden privaten Fremdenverkehrsvereine zu einem Großteil aufgehoben und in Landesämter umfunktioniert hat. Ich habe auch, bevor der erste entstanden ist, davor gewarnt. Früher hatten diese Vereine Geld, heute haben fast alle Fremdenverkehrsämter Schulden, und zwar sehr viel Schulden. Es geht aber nicht an, daß die Wirtschaftstreibenden, denn an die denkt man ja in erster Linie wenn es ums Geld geht, gezwungen werden, auch noch auf diesem Wege öffentliche Ämter zu finanzieren. Und da soll auch einmal festgestellt werden, daß der Tourismus in unserem Lande zwar wohl sehr, sehr vielen Menschen nützt - das soll gar nicht in Abrede gestellt werden -, daß aber auch die übrigen Menschen, die nicht direkt im Sektor Tourismus arbeiten, nicht weniger vielleicht dazu beitragen, daß dieser Tourismus überhaupt funktionieren kann. Wenn wir kein gut funktionierendes Handwerk hätten, wenn wir keinen gut funktionierenden Dienstleistungssektor hätten, wenn wir keinen gut organisierten Handel in unserem Lande hätten, dann möchte ich wissen, wie wohl sich die Gäste in unserem Lande fühlen würden. Es ist also so, daß wir uns gegenseitig brauchen. Und es fordert ja auch nicht der übrige Dienstleistungssektor vom Fremdenverkehrssektor Subventionen oder Beiträge, damit er die Handelsbetriebe noch aufrecht erhält und damit die Handwerker noch anständig arbeiten. Hier verwickeln wir uns in einen völligen Nonsens.

Was die Förderung der Qualität im Sektor Tourismus betrifft, so glaube ich, daß diese nicht so sehr die einzelnen Betriebe als Betriebsstruktur betreffen soll, sondern vor allen Dingen den Teil, der das Personal betrifft. Vor allem auf dem Sektor Personal wird man schwerpunktmäßig Qualitätförderung betreiben müssen. Was nützt es schon, beispielsweise, wenn wir viel Geld ausgeben, um in England oder Frankreich Gäste zu werben, wenn wir vergessen, auf dem Prospekt dazuschreiben: "Sprechen Sie deutsch oder italienisch, denn wir können weder englisch noch französisch." Ich kann es leider auch nicht, ich bedaure das für mich persönlich, aber diejenigen, die im Fremdenverkehrssektor arbeiten, müßten eben entsprechend ausgebildet werden, denn sonst scheint es mir wenig sinnvoll, daß wir für diese Gäste werben, obwohl es an und für sich sinnvoll und notwendig wäre.

Die Gesamtbedeutung der Wirtschaft liegt - ich habe es eingangs erwähnt - auch in der Absicherung unseres sozialen Gefüges, in der Schaffung und Erhaltung der Arbeitsplätze. Es wird aber, wenn ich das hinzufügen darf, auch für die Heimatverbundenheit von wesentlicher Bedeutung

sein, ob wir imstande sind hier ein Wirtschaftsgefüge in unserem Lande zu schaffen, in dem sich unsere Menschen wohlfühlen können. Ob man dann im Sektor Wirtschaft - in dem ich, wie gesagt, einige gute Ansätze im Koalitionsprogramm gefunden habe - auch bereit ist, das Programm in die Tat umzusetzen, das werden wir spätestens bei der Haushaltsdebatte sehen. Ich wünsche mir sehr - und ich werde versuchen, in meinem sehr bescheidenen Rahmen und mit meinen begrenzten Fähigkeiten, konkret mitzuarbeiten -, daß dies auch ermöglicht wird.

Bereich Arbeit: Ich habe gut gefunden, daß man die Vorschläge, die im Programm für die Arbeitsvermittlung enthalten sind, in Bezug auf den europäischen Sozialfonds stärker als bisher ausnützen will. Ich halte sehr wenig von einer sogenannten Arbeitszeitflexibilisierung. Das würde ich mit großer Vorsicht genießen. Ein großes Problem auf dem Sektor ist das Lehrlingsproblem und hier glaube ich, ist die frühere Landesregierung den verkehrten Weg gegangen. Es ist nicht sinnvoll, und das sage ich als Inhaber zwar eines sehr winzigen Betriebes, daß man Lehrstellen dadurch schaffen will, daß man die Betriebe subventioniert. Das bringt eigentlich gar nichts. Wenn, dann muß man darauf achten, daß die Arbeitskraft des Lehrlings billiger wird, und da ist inzwischen auch ein Abkommen - das allerdings nicht auf Kosten der Landesregierung geht - geschrieben. Wenn es dann Lehrlinge gibt, die dadurch in eine soziale Situation geraten die nicht zumutbar ist, dann soll man diesen Lehrlingen ein Stipendium geben und nicht den Betrieben.

Das Leistungsprinzip muß in der Wirtschaft, in den Betrieben, aber auch vor allen Dingen in den Schulen wieder stärker in den Vordergrund gestellt werden. Es geht nun einmal nicht an, daß man den jungen Leuten immer nur die Rechte aufzählt und sich in Ermangelung der notwendigen Verantwortung scheut, ihnen auch die Pflichten zu sagen, die sie haben. Und zu diesen Pflichten gehört nun eben auch die Solidarität gegenüber den übrigen Mitmenschen. Allerdings muß ich sagen, daß man damit - mit dieser Solidaritätsbekundung - im Augenblick wohl nur bei den Lehrlingen angefangen hat, also gerade beim schwächsten Glied, während im übrigen Bereich der Arbeitswelt es mir einfach nicht in den Kopf geht, wenn man die Solidarität so sieht, daß man auch teilweise in Südtirol schon laut- hals in die Welt schreit: wir wollen aus Solidarität zu den vielen Arbeitslosen, die wir in unserem Land haben, statt 40 Stunden nur mehr 35 Stunden arbeiten, aber für 40 Stunden Arbeit bezahlt werden. Wer die Solidarität so sieht, der macht es sich allzu einfach. Dann muß man sagen, stufenweise Arbeitszeitverkürzung ja, aber auch eine stufenweise Opferung des Einkommens, denn sonst wird es eben zumindest bei der jetzigen technischen Struktur nicht zu machen sein. Es kann sein, und es kann nicht nur sein, ich bin sicher, es wird sicher so kommen, daß man durch technische und strukturelle Verbesserungen es so weit bringen wird, daß eine 35-Stunden-Woche etwas absolut Normales und Tragbares wird. Ich bin überzeugt davon, daß es so kommen wird und daß es auch möglich sein wird, ich bin aber nicht der Meinung, daß man es als Solidarität bezeichnen kann,

wenn man in der jetzigen wirtschaftlichen Lage sagt: aus Solidarität wollen wir 5 Stunden weniger arbeiten, aber voll bezahlt werden. Ich komme in diesem Zusammenhang noch einmal auf ein Thema zurück, das die PDU schon vor Jahren aufgegriffen hat: die Hausfrauenarbeit. Ich glaube nicht, daß ich damals mißverstanden worden bin, sondern daß ich bewußt falsch interpretiert worden bin, als einer, der den Hausfrauen das Arbeiten verbieten möchte. Deshalb möchte ich hier noch einmal in aller Form klarstellen: die PDU ist nicht dagegen, daß Hausfrauen arbeiten, wir setzen uns aber dafür ein, daß Hausfrauenarbeit endlich als ein wirklicher Beruf anerkannt wird. Wir setzen uns außerdem dafür ein, daß jene Hausfrauen, die arbeiten wollen, auch arbeiten sollen, daß aber jene, die nur aus sozialen, wirtschaftlichen Erwägungen heraus arbeiten müssen, dies nicht notwendig haben sollen, weil aus unserer Sicht es besser ist, wenn einer Hausfrau und Mutter die Möglichkeit geboten wird, und nicht der Zwang, daß sie sich zu Hause ihrer Familie, dem Mann, den Kindern in einem stärkeren Ausmaße widmen kann. Das wird ein bedeutender Beitrag für eine bessere Gesundheit unserer Familien in unserem Lande sein. Das wird zum Abbau der Jugendkriminalität beitragen. Ich darf nur daran erinnern, daß in den letzten zehn Jahren innerhalb der deutschen Sprachgruppe - ihr wißt das alle - die Jugendkriminalität um ca. 100% zugenommen hat. Das hat Gründe, meine Damen und Herren, das ist kein Zufall. Innerhalb der italienischen Sprachgruppe ist die Zunahme übrigens wesentlich geringer gewesen, sie war früher stärker...

FRASNELLI (SVP): (unterbricht - interrompte)

PRÄSIDENT: Das Wort hat der Abgeordnete Meraner. Bitte, nicht unterbrechen!

MERANER (PDU): Es stimmt, lieber Kollege Hubert, ich habe die auch gelesen, ungefähr eineinhalb Jahre nach uns habt ihr die eingebracht, wenn ich das sagen darf.

GEBERT-DEEG (SVP): (unterbricht - interrompte)

MERANER (PDU): Ich wundere mich, daß man jetzt sagt, wir plaudern es nach, und damals hat man mich so stark über die ganze Presse kritisiert. Aber es freut mich ja, wenn da eine Umwandlung stattgefunden hat und ich nehme es auch zur Kenntnis. Hoffentlich geht es dann auch in diese Richtung, denn wir sind nach wie vor der Meinung, es ist besser, wenn wir arbeitende Hausfrauen bezahlen als jugendliche Arbeitslose.

Es ist in Zeiten der wirtschaftlichen Hochkonjunktur so gewesen, daß besonders gewisse Gewerkschaften versucht haben, diese Situation in unverantwortlicher Weise gegenüber den Arbeitgebern auszunützen und ihnen unter dem Zwang der Sachlage Dinge abzuwingen, die objektiv nicht gerechtfertigt waren. Ich sehe aber genauso mit Bedauern und mit Besorgnis,

daß es jetzt in Zeiten der wirtschaftlichen Rezession den einen oder anderen Versuch von seiten der Arbeitgeber in unserem Lande gibt, diese Situation der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Situation genauso ungerecht auszunützen, und das ist genauso falsch. Wir müssen uns bewußt werden, daß wir nur dann alle im Wohlstand leben können, wenn wir miteinander arbeiten. Und in Partnerschaft miteinander arbeiten heißt, die mißliche Situation des anderen nicht ausnützen. In diesem Moment muß ich es den Betrieben, den Arbeitgebern sagen, es wird aber sicher wieder der Augenblick kommen, in dem ich es den Gewerkschaften sagen muß, und ich sage es dann mit genau der gleichen Deutlichkeit: es gibt ohne blühende Wirtschaft keine Vollbeschäftigung, und ohne Vollbeschäftigung gibt es aber auch keine blühende Wirtschaft. Wir brauchen ja die Leute, die Konsumenten, die Geld verdienen, damit sie es auch wieder ausgeben können. Und vergessen wir eines nicht, die Arbeitsplätze von heute sichern unsere Pensionen von morgen.

Gemeindeautonomie: Es ist mir lieb, wenn das eine und andere, was ich hier gesagt habe, als Selbstverständlichkeit aufgefaßt wird. Wenn das so ist, dann freue ich mich, denn dann habe ich die größte Gewähr, daß es in die Wirklichkeit umgesetzt wird, und darum geht es ja. Es wird eingeplant, den Gemeinden gewisse Sachgebiete und die entsprechende Finanzierung zu übertragen. Das glaube ich ist sinnvoll, das ist gut, denn örtlich haben die Gemeinden sicherlich die bessere sowohl Sachkenntnis als auch vor allen Dingen Ortskenntnis als die Überbehörde der Landesregierung. Aber wenn ich mir da ein Gesetz vom August vorigen Jahres anschau, das die Ausgleichszahlungen an die Gemeinden betrifft und worin festgelegt wird, daß die Ausgleichszahlungen - ich fasse es nun kurz und lückenhaft zusammen - nur mehr an jene Gemeinden bezahlt werden, die alle Steuern - seien es Staatssteuern, seien es Abgaben gegenüber der Region und dem Land - im Höchstausmaß angewendet haben, dann glaube ich auch da einen krassen Widerspruch zwischen Wirklichkeit und konkreten, lobenswerten Vorhaben in diesem Koalitionsprogramm feststellen zu müssen.

Die Bezirksgemeinschaften müssen umstrukturiert werden zu Gebilden wirklicher Dezentralisierung und nicht, wie sie es bis jetzt waren, zu Subsubventionsverteilern. Die PDU fordert eine eigene Bezirksgemeinschaft für das Grödner- und Gadertal.

Geförderter Wohnbau: Ich habe es schon gesagt, neben der Arbeitslosigkeit ist der Wohnbau das Problem Nr. 1. Der Wohnbau ist in den letzten Jahren stärker in die Sanierung mit eingebaut worden. Auf diesem Weg sollte man noch fortschreiten, denn das ist, glaube ich, der richtige Weg. Die Sanierung bringt uns sehr viele Vorteile. Wer saniert braucht nicht Kulturgründe zerstören. Wer saniert braucht weniger Infrastrukturen zu erstellen und für die Zukunft zu erhalten, denn was wir für die Zukunft auf uns zukommen sehen müssen, das ist die Schwierigkeit der Erhaltung jener Strukturen, die in den letzten zehn Jahren erbaut worden sind. Es ist zu befürchten, daß so manche Verwaltung vielleicht nicht mehr über die ordentlichen Einkommen so viel Geld hereinbekommt, wie es brauchen

wird, um die bestehenden, die geschaffenen Strukturen zu erhalten, und das wäre außergewöhnlich negativ.

Was die Schaffung von Wohnungen betrifft, glaube ich, daß wir auf allen Ebenen arbeiten müssen. Es soll der geförderte Wohnbau, es soll der soziale Wohnbau, es soll aber auch der private Wohnbau nicht vergessen werden, denn nur, wenn wir auf allen Ebenen uns einsetzen, mag es gelingen, mittelfristig das Problem einigermaßen in den Griff zu bekommen.

Auch hier, was die Gesetzgebung zum geförderten Wohnbau betrifft, muß die Diskriminierung der Nichtarbeitnehmer aufhören. Es geht einfach nicht an, daß man bei den Arbeitgebern das volle Einkommen für die Höchststeinkommensgrenze berechnet, bei den Arbeitnehmern hingegen nicht, denn dann legt man fest, daß 20%, oder wieviel es sein mögen, der Steuern hinterzogen werden. Das ist einfach nicht in Ordnung, erstens stimmt das nicht und zweitens wäre es schon Sache der Finanzbehörde und ich wäre froh, wenn die Finanzbehörde das feststellen wollte. Aber, daß man per Gesetz einfach festlegt, 20% hinterziehen die sowieso, denn anders kann das nicht interpretiert werden, das ist eine Diffamierung. Das Finanzministerium hat andere Dinge festgestellt und sonst soll sich das Finanzministerium bei der Nase nehmen und die Betriebe kontrollieren.

FRASNELLI (SVP): (unterbricht - interrompe)

MERANER (PDU): Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage wird es auch dazu kommen, daß die Unternehmer weniger erklären können als die Arbeitnehmer, das möchte ich Dir auch noch sagen. Ich könnte Dir Dutzende von Betrieben nennen, wo der Betriebsinhaber wesentlich weniger verdient als jeder Arbeitnehmer, den er angestellt hat. Man muß aber auch daran denken, daß man nicht immer und jedesmal den Steuerzahler zum Handkuß bitten kann, wenn es darum geht, anderen, und zwar in gerechter Weise, zu helfen. Das gilt auch für den Bereich Wohnungsbau. Wir haben in unserem Lande beispielsweise Hunderte von Wohnungen, die als Fremdenverkehrsstruktur verwendet werden, und die Kinder der Eltern, denen diese Zweit- und Drittwohnungen gehören, suchen beim geförderten Wohnbau an und bekommen auch die entsprechende Förderung. Da muß man eine Überlegung anstellen, ob nicht in erster Linie einmal die eigenen Eltern dafür verantwortlich sind, ihren Kindern eine Wohnung zur Verfügung zu stellen, wenn sie dazu in der Lage sind, oder ob es tatsächlich gerecht ist, daß man immer und überall den Steuerzahler dazu hernimmt.

Was die Erfassung der leerstehenden Wohnungen in unserem Lande betrifft, kann das sicherlich eine nützliche Information sein, die ich befürworte, aber ich möchte davor warnen, daß diese Erhebung der leerstehenden Wohnungen in unserem Lande etwa die Vorstufe dazu sein sollte, daß man solche Wohnungen etwa zwangsbeschlagt. Das wäre eine Maßnahme, die unglaublich schwere Rückschläge auf die Bauwirtschaft in unserem Lande haben würde. Man müßte schon den einzigen richtigen Weg gehen und sich auch mit darum bemühen, daß wir wiederum ein Mietgesetz bekommen, das

nicht so ist, daß für jede Auflösung praktisch ein Prozeß notwendig wird.

Was die Berufsausbildung betrifft - über das Lehrlingsproblem habe ich schon kurz gesprochen -, ist das duale Ausbildungssystem selbstverständlich beizubehalten. Wir stellen ja einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Lehrling in Südtirol und dem Lehrling auf Staatsebene fest; während er hier Handlanger ist, beim Staat nämlich, ist er bei uns in Südtirol Lehrling im wahrsten Sinne des Wortes. Es wird auf die Ausbildung das Hauptgewicht gelegt und das ist auch richtig so. Ich freue mich, daß es gelungen ist, zumindest teilweise ein Abkommen mit den Lehrlingen, oder bezüglich der Lehrlinge zu treffen. Die Lehrlinge von heute, das ist sicherlich nichts Neues, sind die Meister von morgen. Wir werden keine guten Wirtschaftsperspektiven haben, wenn wir heute nicht genügend Lehrlinge einstellen. Das ist ganz sicher, das muß sich auch die gesamte Wirtschaft in Südtirol sagen lassen, aber es muß sich auch die Verwaltung sagen lassen, daß man die Einstellung eines Lehrlings nicht so kompliziert, nicht so vertriebt machen darf, daß die Einstellung mit so großen Schwierigkeiten verbunden ist, daß man resigniert. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, daß man nur beim Arbeitsinspektorat in der Regel Monate sich herumschlagen muß, um einen Lehrling im eigenen Betrieb einzustellen.

FRASNELLI (SVP): Aus diesem Grund hat man das staatliche Arbeitsinspektorat auf das Land übergeführt und seit dieser Zeit sind die Zeiten erheblich kürzer geworden.

MERANER (PDU): Ja, es ist besser geworden, es ist um ein Erhebliches besser geworden, aber es ist sicher noch sehr, sehr vieles zu tun. Man muss den Nachweis erbringen, daß man hochqualifizierte Arbeitskräfte im Betrieb hat, damit man einen solchen Lehrling aufnehmen darf, damit dieser Lehrling dann kommt und nichts von dem tun darf, was er später eigentlich tun sollte. Das muß auch einmal gesagt werden.

PRÄSIDENT: Herr Abgeordneter Meraner, Sie haben noch fünf Minuten zur Verfügung.

MERANER (PDU): Ich glaube, ich habe noch mehr.

KASERER (SVP): (Unterbricht)

MERANER (PDU): Ich danke Dir, Kollege Kaserer, für Deine Belehrungen. Ich sehe, Du hast neben der Funktion des Wadelbeißers auch jene des Lehrers.

Was die Anpassung der Programme in der Schule betrifft, wird man sich hauptsächlich einen Schwerpunkt in der sprachlichen Ausbildung, in der Erlernung wichtiger Weltsprachen wie Englisch und Französisch setzen müssen.

Das pädagogische Institut wird befürwortet. Man wird aber mit den zuständigen Organisationen darüber reden müssen und nicht nur, wie früher bereits geschehen, es einplanen, sondern hier wäre es höchst an der Zeit, Termine zu setzen. Die PDU steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß auch in unserem Lande neben dem pädagogischen Institut hochschulmäßige Einrichtungen zu bilden sind, denn eine hochschulmäßige Einrichtung ist nicht nur eine Stätte der Ausbildung, sondern auch eine Stätte kultureller Ausstrahlung, die wir dringend in unserem Lande benötigen.

Was die Schulbauten betrifft, soll das Programm zu Ende geführt werden. Was die Größe betrifft, mag man vorsichtiger sein und die demokratischen Entwicklungen in unserem Lande zur Kenntnis nehmen und berücksichtigen. Wir brauchen keine Architektendenkmäler. Dort, wo es möglich ist, sollen die bestehenden Gebäude saniert und einer möglichst breiten Verwendung zugeführt werden.

Was den Art. 19 in unserem Autonomiestatut betrifft, wird hier den Direktoren an den deutschen Schulen Südtirols eine große Verantwortung auferlegt. Es wäre notwendig, daß man hier auch auf politischer Ebene ihnen stärker als bisher unter die Arme greift.

Bei der Weiterbildung ist vor allem auf die Erwachsenenbildung ein Schwerpunkt zu setzen. Die Jungen haben ohnehin im großen und ganzen eine bessere Ausbildung als die ältere Generation. Aber gerade in dieser Wirtschaftslage müssen sich viele Erwachsene umbilden, und deshalb hier ein noch stärkere Anstrengung.

Kultursektor: Es wird von Strukturen für die Stadt Bozen gesprochen. Ich bin der Meinung, man soll es in der Stadt Bozen machen, aber nicht für die Stadt Bozen, sondern für das Land, und da stellen wir uns unter anderem vor, daß ein wirkliches Landestheater, Opernhaus errichtet werden soll. Als Standpunkt könnte ich mir beispielsweise das jetzige Siegesdenkmal vorstellen, denn dann könnte man auch dieses Problem einer für alle Teile befriedigenden Lösung zuführen.

Was das Presseamt betrifft bin ich der Meinung, daß man ein eigenes Presseamt für den Landtag errichten sollte. Man sollte das Assessorenreklameblatt abschaffen und mit dem Geld, das dadurch frei wird, das Presseamt für den Landtag finanzieren.

Was die Bürgernähe betrifft: es ist unbedingt notwendig, rasch den zweiten Teil der Ämterordnung zu verabschieden. Wir befürworten auch eine rationellere Standortwahl der Landesämter. Die Entbürokratisierung wird allerdings nicht von alleine fortschreiten. Hier wird es wahrscheinlich notwendig sein, eine eigene Kommission einzusetzen, die hier ein Maßnahmenpaket erarbeitet. Es wäre wünschenswert, wenn gerade auch die Abteilungsleiter hier ein gewichtiges Wort mitzureden hätten, weil ich glaube, daß sie ein gutes Maß an Erfahrung mitbringen. Was die Bürgernähe betrifft, sollte diese sich aber besonders in den Texten der landeseigenen Gesetze ausdrücken. Es ist grausam, wie diese Gesetze aussehen, denn die können vielfach Juristen fast nicht verstehen, geschweige denn der normale Bürger, der sie ja befolgen sollte. Es ist nicht zumutbar, daß jemand Gesetze befolgen sollte, die er nicht in der Lage ist zu verstehen.

Ich muß jetzt Schluß machen und deshalb habe ich einige Kapitel leider ausgelassen und bin nicht so konkret geworden, wie ich es eigentlich wollte, Kollege Frasnelli, aber wir können ja dann bei der Replik noch einmal etwas sagen. Es ist vielleicht etwas lückenhafter geworden als ich es wollte, aber ich glaube doch, in einigen Punkte recht konkret gewesen zu sein. Ich kann mir ja nicht ein Zweiundzwanzigstel herausnehmen, ich muß ja zum ganzen Programm alleine Stellung nehmen. Ich wünschte mir, daß einige meiner Vorschläge auch beherzigt würden; daß man sie sogar als Selbstverständlichkeiten ansieht, das wäre mir am liebsten. Aber ich muß doch sagen, daß im Koalitionsprogramm, im ganzen gesehen, auch gute Ansätze enthalten sind. Zu wenig konkret ist es, als daß es im ganzen meine Zustimmung finden könnte. Ich sage aber noch einmal, ja zu jenen positiven Ansätzen, die ich teilweise, nicht alle, aufgezählt habe, und ich biete meine konstruktive Mitarbeit an für die Verwirklichung dieser Punkte.

GEBERT-DEEG (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, werte Abgeordnete! Ich möchte zu einigen hier aufgeworfenen Problembereichen Stellung nehmen, weil sie mir ganz wesentlich ins falsche Licht gerückt worden zu sein scheinen. Ich berufe mich hier vor allen Dingen auf die Aussage von Frau Dr. Emeri.

Zuerst noch ganz kurz zur Jugendkriminalität. Herr Abg. Meraner, wenn Sie die Zahlen der Jugendkriminalität in die Zeit hinein überprüfen, dann hat die italienische Volksgruppe nicht weniger Jugendkriminalität im Verhältnis zu ihrer Zahl, sondern sie hatte verfrüht, früher den Anstieg der Jugendkriminalität, weil sie eine Stadtbevölkerung war, während die deutsche Volksgruppe später mit der Urbanisierung nachgerückt ist. Deswegen haben wir einen starken Anstieg der deutschen Jugendkriminalität in den letzten zehn Jahren; wir haben fast einen Stillstand bei der italienischen Volksgruppe in den letzten zehn Jahren. Die deutsche Volksgruppe hat also mit der Urbanisierung aufgeholt, was Urbanisierung gekostet hat. Ich möchte nur dieses Gewicht herstellen.

Die Frau Dr. Emeri hat den Absatz Familie dazu benutzt, um zu erklären, daß das Bild der Südtiroler Volkspartei über Frau und Familie ein äußerst konservatives sein muß, wenn so eine, fast Schutzklausel haben Sie sie genannt, hier drinnen sein muß. Ich muß sagen, ich bin froh, daß diese grundsätzliche Aussage da drinnen ist. Politik kann nicht an einer Realität vorbeigehen, die so heißt, daß der Großteil der Menschen in einer Familie lebt. Ich gehe nicht darauf ein, auf welchen Grundlagen dieses Zusammenleben erfolgt, aber der Großteil der Menschen lebt in einer Familie. Und wir wissen, daß der Mensch gesellschaftsbezogen ist, zum Dualismus bezogen ist, und die Familie diese Möglichkeit gibt in den verschiedensten Formen, wie sie sich heute in der freien Gesellschaft befindet.

Ich muß sagen, daß die Überlegungen, immer daran zu denken, daß der Arbeiter, der Beamte, diese Frau, dieses Kind auch eine Familie im Rücken hat, wichtig sind, und in den letzten Jahrzehnten sicher nicht so erfolgt

sind. Man hat die Einzelperson in der Gesetzgebung, in den Maßnahmen gesehen und in vielen Dingen könnte man dem entgegenkommen und sehen, was der Hinterhalt dieses Einzelmenschen ist. Ich glaube, Sie haben mit Recht unterstrichen, Frau Dr. Emeri, wie wichtig z.B. das Geburtserlebnis nicht der Mutter, wie man Jahrhunderte lang geglaubt hat, sondern auch des Kindes, wie entscheidend für die erste seelische Entwicklung auch eine weiche Geburt ist, wie sie bezeichnet wird. Aber wir wissen auch, daß die Pädagogen der letzten Jahrzehnte uns gesagt haben: möglichst wenig Kleinkinderheime, möglichst wenig Spitaleinlieferungen der Kinder, wenn es geht, laßt sie in ihrem Ackerfeld, in der Gemeinschaft, in die sie hineingeboren sind, die wir Familie nennen, die die Statistik Familie nennt, unabhängig, ob das eine Mutter mit einem Kind ist, ob das eine verwitwete Frau ist, ob das ein Vater mit einem Kind ist, ob das eine Familie ist, ob das zwei Menschen sind, die zusammenleben.

Ich glaube also, daß das wichtig ist und daß es nicht so interpretiert werden darf, daß die Familie ein Lastesel sein muß. Sie haben diese Befürchtung ausgesprochen, das möchte ich auch absolut, daß es nicht hineininterpretiert werde, daß man ihr, was man nicht machen will, zuschreibt, sondern daß man ganz bewußt sieht, daß man diese Familie stärkt.

Zweitens sind wir der Meinung, daß zu dieser Familie einfach eine radikale Partnerschaft gehört. Radikal heißt die Anerkennung des anderen Geschlechtes, die Anerkennung des gleichen Wertes, aber auch die Hilfe dem anderen Geschlecht gegenüber. Ich kann Sie verstehen, Frau Dr. Emeri, Sie sind Juristin und haben sicher mit vielen Problemen zu tun, auch in Ihrer Arbeit, wo gescheiterte Familien eben ringen und vor allen Dingen dann wieder Frauen. Sie haben z.B. von der Wohnung gesprochen, wie oft das letzte Gebiet hart ist, wenn es um eine Scheidung geht - wer kann drinnen bleiben, was geschieht mit den Kindern. Aber es ist doch nicht so, daß man dann sagen kann, das ist alles nicht mehr tragfähiger zu machen. Ich glaube, daß wir nur über eine radikale echte Partnerschaft hinkommen, und die ist heute in vielen Familien nicht so gelebt, wie wir annehmen. Ich glaube, daß z.B. Familien, die den eigenen Betrieb gemeinsam bearbeiten müssen, mehr Zwang äußerlich zur Partnerschaft vorfinden und daher weniger brechen als Familien, wo die Frau daheim ihre Kindererziehung vollzieht, der Mann den ganzen Tag im Beruf weg ist, abends gesellschaftliche Verpflichtungen hat. Wo ist da z.B. die partnerschaftliche Erziehung des Vaters? Es ist nachgewiesen, daß heute viele Kinder nur von der Mutter erzogen werden; in der Schule wieder mehrheitlich Frauen. Und das Kind braucht den Vater in der Erziehung. Und wenn wir sehen, wenn wir von der Schule sprechen, wer kommt zu den Sprechstunden? 99% sind es die Mütter, die die Lasten der Schule tragen. Das ist nicht Partnerschaft, aber daß wir dann dazu stehen, daß diese Partnerschaft diese Familie stärken und erhärten kann und wir uns dafür einsetzen. Ich glaube, das ist ein modern, vielleicht nennen Sie es anders, aber letzten Endes wollen Sie doch auch das. Aber wir wollen das ganz bewußt und ich sage, wir haben das nicht und hier hat sich in diesem persönlichen privaten Bereich

der Mann zuviel zurückgezogen, hat sich in den Beruf, in das gesellschaftliche hineingeflüchtet und die Familie ist ärmer geworden. Deswegen sage ich, wir sind überzeugt, daß nur eine radikale, echte Partnerschaft die Familie tragen kann und auch eine berufstätige Frau nur dann tragen kann, weil wenn er nichts daheim tun will, wie soll sie denn dann noch arbeiten können, Herr Dr. Meraner und das ist die Konsequenz dieser ganzen Aufteilung. Ich möchte Ihnen auch sagen, daß wir deshalb nicht der Meinung sind, daß die Aussage für eine Familie Zwang der Frau bedeutet, zurück in Familie. Partnerschaft bedeutet Wertung, Anerkennung, freie Entscheidung. Für das Mädchen ist der Beruf einfach notwendig, die Arbeit notwendig. Ich möchte wissen, welche Eltern sagen, nein, ich brauche einen Arbeitsplatz für meinen Buben, für das Mädchen nicht. Da haben wir schon einen Fall, die ersten, die gestrichen werden, sind die Mädchen, wenn die Arbeitsplätze fehlen. Das ist ein völlig falsches und nicht von uns geteiltes Konzept, auch wenn die Realität schwierig ist durchzusetzen. Aber dann soll die Frau die Möglichkeit haben, wenn sie Kinder bekommt, sich frei für die Erziehung zu entscheiden, aber da muß sie auch die Voraussetzungen vorfinden. Ich meine, ich kann mich sehr gut erinnern, daß meine Mutter bei den Standesunterweisungen gesagt hat, vor 40 Jahren ist den Männern in der Standesunterweisung gesagt worden, das Eiergeld und das Buttergeld gehört der Bäuerin, denn sie hatte sonst kein Geld, mußte um ein paar Strümpfe betteln. Ja, wenn die Hausfrau nicht ein bißchen Selbständigkeit hat, ja, glauben Sie, das Klima in der Familie macht auch die Erziehung aus und nicht nur, ob die 24 Stunden da hockt. Schauen Sie sich die Jugendkriminalität an, die Drogensüchtigen, die kommen aus allen Kreisen, und nicht nur aus gebrochenen Ehen oder aus bösen berufstätigen Müttern. Ich will das unterstreichen, denn hier wird immer diese Einseitigkeit gezeigt. Und es stimmt nicht, wir müssen hier ganz radikal die Wahrheit auf den Tisch legen, die Frau muß die Möglichkeit haben, und in diese Richtung geht die Forderung der Frauen seit zehn Jahren, anerkennt nicht die Arbeit, anerkennt ihre Möglichkeit der freien Entscheidung.

Wenn Sie sagen, zurück zur 35 Stundenwoche und streiken wir. Heute, wenn einer in der Familie verdient und 900.000 Einkommen hat, wenn er vier Kinder hat, dann ist er ja an die soziale Randgruppe gedrängt, bis er Wohnung, bis er die Steuern usw. alles gezahlt hat. Also müssen wir diesen Schritt umso mehr sehen und dazu stehen wir, auch wenn es schwer ist und wenn es jahrelang braucht, das zu verwirklichen.

Das ist unsere Meinung zur Familie, zur Partnerschaft, zur Frau, die gerade in ihrem Leben - ich habe vom Drei-Phasen-Zyklus gesprochen - eben wandelbareren Prozessen unterworfen ist als der Mann. Deswegen beobachten wir auch, daß Karrieren von Frauen - an der Spitze im Land sehen sie keine Frau, weil sie Kinder bekommt, weil sie einmal weg sein kann. Ja, wenn wir weiterhin so denken, daß diese Frau aufpassen muß, wo sie hineinkommt, weil sie Kinder bekommt, dann werden wir sehen, wo wir morgen die Kinder, die wir brauchen, noch haben. Ich sage nicht, daß zehn Kinder in einer Familie sein müssen, aber wenn Sie die Daten auch in Ita-

lien mit dem Bruch der Familie sehen, wie stark die Familie hier zurückgegangen ist und auch die ganze Lebensfreude zurückgegangen ist. Ich bin also der Meinung, daß das ernste Probleme sind, die in dieser Aussage einen Grundsatz drinnen haben und in diesem Licht gesehen werden müssen.

Frau Dr. Emeri, Sie haben an das Gesetz der Frau Barbiero erinnert, über die Maßnahmen für die weiche Geburt. Schauen Sie, ich habe mich mit diesen Problemen viel befaßt und ich bin davon überzeugt, daß das Verhältnis Mutter-Kind oder Vater-Kind gerade in den ersten Lebensmonaten etwas ganz Außergewöhnliches ist. Ich darf Ihnen sagen, ich habe viel nach der Geburt meines Kinder zu tun gehabt, aber weil ich vom engen Kontakt überzeugt bin und ich es nicht stillen konnte, so habe ich mich bis zu einem Jahr ausgezogen und das Kind an die Brust gelegt und so die Flasche gegeben, weil der Herzton der Mutter für das Kind ein wichtiger, lebensstärkender Faktor ist. Und der Kinderarzt hat zu mir immer gesagt - weil wir gegen arbeitende Mütter sind -: bei Ihrem Kind merke ich eigentlich nichts, daß Sie nicht 24 Stunden daheim sind. Aber diese weiche Geburt können Sie nicht einzeln in einem Gesetz regeln. Wir haben damals in der Gesetzgebungskommission vereinbart, daß im Landesgesundheitsplan die Grundsätze für die möglichen Maßnahmen, Humanisierung, Vermenschlichung, mehr Dringen an den Menschen Mutter-Kind, Vater-Kind, mit Grundsätzen im Sanitätsplan hineinkommen - Sie haben dieses Projekt auch zitiert. Der Sanitätsplan ist ein Bündel von zusammengefaßten Grundsätzen und geht nicht ins Detail. Es wird Aufgabe der neuen Landesregierung sein, dieses von Ihnen zitierte Projekt "progetto obiettivo", diesen Sachbereich Mutter und Kind ausführlich und zeitgemäß, entsprechend den Grundsätzen, die die Regierung vertritt, auszuarbeiten und zu veröffentlichen. Das ist damals so vereinbart worden; es liegen die Grundsätze vor. Und es ist Aufgabe, so wie immer, wenn eine neue Regierung gebildet wird, diesen Plan umzusetzen und daß es der Wille dieser Regierung ist. Sie beginnt im Sanitätsbereich das Programm damit, daß der Sanitätsplan Gültigkeit hat nicht für zwei Jahre, sondern für drei Jahre, damit er verwirklicht werden kann. Ich möchte Sie da beruhigen, die Form ist eine andere, aber ich bin der Meinung, unsere Gesetze gehen heute eh schon zu weit ins Detail, arbeiten wir doch mit Durchführungsbestimmungen, mit Erlässen, die sind beweglicher, die können angeglichen werden. Man stellt in Europa, im freien Europa fest, wir haben nur mehr Gesetze, die über uns herumschwirren; entbürokratisieren wir einmal, machen wir einmal weniger Gesetze, Grundsatzgesetze, und dann mit Erlässen arbeiten, und das ist ein solcher Erlass.

Zu den Familienberatungsstellen: das Gesetz sieht private und öffentliche vor. Die Privaten sind zum Teil dem Gesetz sogar vorausgeeilt. Das wissen Sie von seiten der AJD und das weiß ich von seiten der Erziehungsberatungsstellen. Aber das ist eigentlich gar nicht so unnatürlich. Gesetze kommen eigentlich immer erst dann, wenn die Probleme in der menschlichen Gesellschaft schon da sind, schon gespürt sind. Sie werden kein Gesetz finden oder kaum eines finden, das für das Jahr 1980 heute ein

Problem regelt, sondern Gesetze kommen, das ist eine Tatsache, immer dann, wenn das Problem bereits in der Gesellschaft da ist und einer Lösung durch die öffentliche Hand bedarf.

Die Gemeinde Bozen hat sich bemüht, eine öffentliche Familienberatungsstelle zu errichten, ist aber in dem ganzen Wandel der Sanitätsreform in prozedurellen Sachen daran ich möchte nicht sagen gescheitert, es ist nichts realisiert worden. Aber wir haben fünf Träger von privaten Familienberatungsstellen. Und wenn Sie zu Recht sagen, wir haben eine pluralistische Gesellschaft und jeder kann seine Antwort erwarten von dieser pluralistischen Gesellschaft, dann kann es doch nicht pluralistischer sein als wenn diese fünf Familienberatungsstellen, alle mit verschiedenem Couleur, die Antwort auf diese pluralistischen Anfragen geben. Es ist keine ungerecht behandelt worden. Es ist eine bisher nicht zugelassen worden, eine neue in Meran, aber wir haben nahegelegt, warum wieder einen neuen Verein, warum schließen sie sich nicht zusammen, es wird auch keine andere bisher neu...

EMERI (AS): (interrompe)

GEBERT-DEEG (SVP): Auch an die ist der Antrag gestellt worden, sie sollen sich vereinigen, und in der deutschen Volksgruppe gibt es nur eine. Weil die viele Zersplitterung die Verwaltungskosten größer macht. Ja, die Landesregierung wird sich ja damit befassen. Nur ist Ihre Aussage nicht richtig, Frau Dr. Emeri, wo Sie behaupten, es gibt keine plurale Antwort. Es gibt eine plurale Antwort, sie ist sogar so pluralistisch, daß eine Familienberatungsstelle, wie Sie selbst sagen, ihr Hauptaugenmerk darin sieht, die Partnerschaft zu festigen. Sie haben einen Fall zitiert, der sicher im Bericht dieser Familienberatungsstelle drinnen ist. Dieser Familienberatungsstelle wurde des öfteren nahegelegt, euer Hauptanliegen müßte eigentlich sein, die Frauen anzusprechen, ihnen helfen zu können, die Fragen des Schwangerschaftsabbruches haben, aber ihre Hauptaufgabe sehen sie darin und d.h., wir haben ein solches plurales Angebot an Familienberatung, und ich glaube, wenn sie einige Familien "flicken" können, bevor sie ganz auseinanderbrechen, werden sie gut daran tun, ich weiß aber, da wird kein Zwang ausgeübt, auch bei ihnen wird die freie Meinungsäußerung Gott sei Dank respektiert.

Was das Mütterheim betrifft, so besteht dieses Mütterheim im Kleinkinderheim, allerdings nur acht Plätze. Die Probleme der Familie, die zerbricht, die Zunahme der Frauen, die geschlagen und mißhandelt werden, ist in den letzten Jahren auch in Südtirol da. Und gerade dieser Beirat hat einen Vorschlag ausgearbeitet, wie man hier die Plätze aufstocken kann, um diese erste Nothilfe, einer ganz modernen Not - diese Not ist neu - Antwort geben zu können. Ich muß Ihnen also sagen, dieses Thema ist aufgegriffen, durchdiskutiert, besprochen, auch mit vielen Kräften besprochen, und ein ganz konkreter Vorschlag liegt vor.

Im übrigen muß ich noch einmal sagen, ich kann verstehen, daß Sie, Sie erleben täglich diese schwierigen Situationen von vielen Frauen, daß Sie das aufgegriffen haben, aber ich würde Sie schon ersuchen zu wissen, daß wir uns echt um die Anliegen der Mädchen, Frauen und Mütter kümmern und daß wir unseren Auftrag sehen in der Verwirklichung dieser menschlichen Person, Frau, im Sinne einer echten Partnerschaft, und zwar nicht nur in der Familie, auch außerhalb der Familie, weil das Kind heute mehr außerhalb der Familie zu leben hat (Kindergarten, Schule, Lehrplätze, usw.), in der Familie allein erzieht man heute ein Kind nicht mehr.

PRÄSIDENT: Das Wort hat Dr. Magnago zur Replik.

MAGNAGO (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! Ich war nicht vorbereitet, heute vormittag zu replizieren, weil die Diskussion im Gange war und ich nicht alles einbauen konnte, aber ich werde es trotzdem tun, auch wenn ich nicht imstande war, hier alles zusammenzufassen, wie ich es noch gerne getan hätte, und die ganze Thematik, die Unterlagen etwas zu ordnen.

Ich möchte mich vor allem herzlich bedanken bei allen, die in dieser Generaldebatte ihren Beitrag gegeben haben, durch ihre Interventionen, durch ihre Zustimmung und durch ihre Kritiken. Es ist immer bei der Diskussion des Programmes gesagt worden, das Programm von Landeshauptmann Magnago. Ich möchte das richtigstellen. Das ist auch mein Programm, aber das ist nicht nur mein Programm, wie es einige hingestellt haben, sondern das ist das Programm der drei Parteien, die gewillt sind, eine Koalitionsregierung für die kommende Legislatur zu bilden. Es ist also kein Magnago-Programm - natürlich bin ich mit diesem Programm einverstanden -, aber es ist vielmehr ein Programm, zu dem drei Parteien, die SVP, die DC und der PSI, ihre Zustimmung gegeben haben und als solches ist das Programm zu sehen. Es ist gesagt worden, daß manches in diesem Programm nicht ausgesagt worden ist und man hätte einige Dinge übergangen oder man hätte sie verschwiegen. Es stimmt, nicht alles ist in diesem Programm enthalten. Vor allem ist aber ein Koalitionsprogramm da, um jene Punkte zu bringen, über die man sich geeinigt hat. Ein Programm ist nicht dazu da, über Dinge zu sprechen, die nicht behandelt worden sind in den Koalitionsverhandlungen, oder die dort behandelt worden sind, aber über die man sich nicht geeinigt hat. Dazu ist ein Programm nicht da. Somit, wenn es auch stimmt, daß der eine und der andere Punkt dort nicht behandelt worden ist, so deswegen, weil es Aufgabe des Programmes ist, über jene Punkte Aussagen zu pflegen, über die sich die drei Parteien geeinigt haben. Geheim ist nichts gehalten worden. Es ist von einigen Rednern hervorgehoben worden, ja, über dieses Programm gibt es sicher noch etwas, was dem Landtag nicht mitgeteilt worden ist, ein sogenanntes geheimes Dokument. Das ist nicht der Fall. Alles, was zwischen den drei Parteien vereinbart worden ist, ist in diesem Programm drinnen und nichts anderes befindet sich in anderen Programmen und dieses ganze Programm ist hier

den Landtagsabgeordneten verteilt worden. Ich muß schon feststellen, daß in diesem Programm, das verteilt worden ist und über welches diskutiert worden ist, viel Konkretes und Wichtiges enthalten ist. Es ist nicht ein sogenanntes Bla-bla, wo man einige schöne Worte und einige schöne Absichten bringt und sich auf Allgemeinplätze konzentriert, sondern man geht im Programm auf konkrete Probleme und wichtigste Probleme ein und die werden dort behandelt. Wenn man oft Programme liest, die von anderswo kommen bei solchen Anlässen, dann hat man, wenn man 20 Seiten gelesen hat, fragt man sich oft, was ist denn eigentlich ausgesagt worden. Ich muß sagen, das, was oft in 20 Seiten ausgesagt worden ist, hat man dann den Eindruck, das hätte man auch in einer Seite sagen können. Bei uns ist alles konkret und das wichtigste angeführt und ich glaube, dieses Programm ist äußerst inhaltsreich und man ist auch vielen heißen Eisen nicht ausgewichen. Das möchte ich sagen und das möchte ich besonders hier unterstreichen, daß man vielen heißen Eisen oder den wichtigsten heißen Eisen, die es nun einmal gibt, nicht ausgewichen ist, sondern sie behandelt hat. Und wenn man die Aussagen des Programmes durchliest, dann merkt man natürlich, daß einmal ein Partner von seinen Vorstellungen etwas abgegangen ist und einmal der andere Koalitionspartner von seinen Vorstellungen etwas abgegangen ist und Abstriche machen müssen.

Ich möchte hier nur einige Beispiele anführen. Es wurde die Thematik des Art. 15 behandelt, des Art. 15 des Autonomiestatutes immer in bezug auf den Bau und die Verteilung auf die verschiedenen Volksgruppen und die Vergabe zugunsten der verschiedenen Volksgruppen der Sozialwohnungen. Hier wurden ganz konkrete Aussagen gemacht, auch wenn es sicher ein heißes Eisen ist. Ihr wißt, daß der Art.15 einen Parameter vorsieht, was die Vergabe von Volkswohnbauten oder den Einsatz der Mittel für Sozialwohnungen anbelangt, auf einem Parameter aufgebaut ist, der auf der einen Seite dem Proporz und auf der anderen Seite dem Bedarf Rechnung tragen soll. Aber, was ist der Bedarf? Das ist nicht so einfach, wie es sich manche vorstellen. Ist z.B. eine Familie mit sechs Mitgliedern, die eine Wohnung von 70 m² besitzt, eine Familie von der italienischen Sprachgruppe, ist die gleich bedürftig wie eine Familie der deutschen oder der ladinischen Sprachgruppe, die auch aus sieben Familienmitgliedern besteht und die auch 70 m² Wohnung zur Verfügung hat? Haben die den gleichen Bedarf, sind die in der gleichen kritischen Situation, oder muß man nicht sehen, ob diese beiden Familien - um nur ein Beispiel zu zitieren -, die bei gleicher Mitgliederzahl von Familienmitgliedern und bei der gleich großen Wohnung, die eine Familie nicht ein Einkommen hat von 40 Millionen Lire im Jahr und die andere Familie nicht vielleicht ein Einkommen hat von 17 Millionen Lire im Jahr. Ist das auch zu berücksichtigen oder nicht zu berücksichtigen? Oder sind diese Familien einfach gleich bedürftig, nur weil sie gleich viele Mitglieder haben und eine gleich große Wohnung usw.? Oder muß da auch bezogen werden, was das Einkommen der Familie ist, die eine hat ein jährliches Einkommen aufzuweisen von 40 Millionen und die andere ein Einkommen von 10 oder 15 Millionen. Sie sehen, daß diese

Materie nur aus diesem Beispiel heraus sehr kompliziert ist und sicher haben die Koalitionsparteien sich sehr lange mit diesem Problem befaßt bei ihren Besprechungen und Verhandlungen. Aber das wird eine ganze Wissenschaft und wenn wir dies hätten in einer verhältnismäßig kurzen Zeit regeln müssen und gut regeln müssen, dann wären wir heute nicht da, um die neue Landesregierung zu wählen. Wir haben uns also vorgenommen, mit Gesetz die Materie Bedarf zu regeln, damit alle Komponenten, die zum Bedarf beitragen, auch berücksichtigt werden können und somit eine Antwort zu geben auf die Frage: Was ist der Bedarf eigentlich? Hier ist eine klare Verpflichtung übernommen worden von seiten der Koalitionspartner, dies innerhalb des kommenden Jahres 1985 über die Bühne zu bringen und eine Regelung zu finden.

Im Koalitionsprogramm spricht man von einer Rolle der Landeshauptstadt von Bozen, die besonders auch unterstrichen wird, und Bozen als Landeshauptstadt, besonders was kulturelle Einrichtungen anbelangt, eine Aufwertung erfahren soll. Das ist sicher auch ein heikles Thema und könnte auch ein heikles politisches Thema darstellen. Wir haben dieses Thema aber trotzdem angefaßt. Man spricht von der Erstellung eines Sozialplanes, der erstellt werden muß, und man spricht bei dieser Gelegenheit, daß das Subsidiaritätsprinzip zum Tragen kommen soll und muß. Man geht das heiße Eisen der Toponomastik an, wobei ich damit nicht behaupten möchte, daß man auf diesem Gebiete Toponomastik eine Einigung erzielt hätte in dem Sinne, daß jetzt nur mehr das Gesetz gemacht werden muß, aber die verschiedenen Parteien haben doch etwas gemeinsam aussagen können, das den Weg bereitet, ein Toponomastikgesetz hier im Landtag einzureichen und das den Weg, ich will nicht sagen, schon vorgesehen hat auf allen Richtlinien, die er zu gehen hat, aber diesen Weg doch etwas geebnet hat, es ist nicht eine Türe geöffnet worden, wohl aber ein Fenster, so daß wir annehmen können, aufgrund der Aussagen, daß viele Schwierigkeiten, die dieses Gesetz mit sich bringen wird und über die der Landtag dann in allen Einzelheiten diskutieren wird und somit gehe ich auf diese Thematik nicht ein, denn wir werden ja ein Gesetz einreichen und dann wird der Landtag ja die Möglichkeit haben, lang und ausführlich darüber zu diskutieren, doch mit dieser Formel, die getroffen worden ist, ein Weg irgendwie geebnet worden ist, so daß sich uns weniger Hindernisse in den Weg stellen werden, wenn wir ein solches Gesetz verabschieden werden. Wie schon gesagt, ich gehe nicht in die Einzelheiten ein, 29 Namen, 300 Namen, 10.000 Namen, Tolomei, usw. Darüber wird der Landtag die Gelegenheit haben, wenn es so weit ist, ausführlich seine Meinung zum Ausdruck zu bringen.

Auch wurde ein Fenster geöffnet, wenn auch vielleicht noch nicht die ganze Türe, was das schon zwei Mal rückverwiesene Sportgesetz anbelangt. Das ist auch ein heißes Eisen und diesem heißen Eisen sind wir nicht aus dem Wege gegangen und ich möchte das hier schon sehr klar zum Ausdruck gebracht haben und es ist anzunehmen, daß eine Wiedereinbringung dieses Gesetzes im Landtag zumindest auf weniger Schwierigkeiten stoßen wird als es in der Vergangenheit der Fall war.

Sie können ja selber sehen, weil sie ja die Themen kennen, die den Südtirolern besonders am Herzen liegen, und die Themen kennen, die besonders den Italienern am Herzen liegen, wo eine Volksgruppe Abstriche getan hat von ihren Vorstellungen und die andere Volksgruppe Abstriche tun mußte von den entsprechenden Vorstellungen, die diese Volksgruppe gehabt hat. Aber ein Koalitionsabkommen ist nicht möglich, wenn man nicht den Versuch macht, sich etwas entgegenzukommen, um dann zu einem gemeinsamen Nenner zu gelangen. In diesem Sinne ist jedes Koalitionsabkommen ein Kompromiß, weil man ja versucht, und das geht ja nicht 100prozentig, die verschiedenen Vorstellungen unter einen Hut zu bringen. Vielleicht kann ich noch hinzufügen, daß eine ganze Menge von konkreten Maßnahmen in diesem Koalitionsprogramm ausgesagt werden und vorgesehen sind, die immer von einer Tatsache ausgehen, von der bestehenden Arbeitslosigkeit in unserem Lande. Die also geeignet sein sollen, und es gibt keine Nation auf dieser Welt und keinen Staat auf dieser Welt, der eine Medizin erfunden hätte, die den Kranken hier unbedingt zur Gesundung bringt, und da haben wir auch nicht solche Patentlösungen, wir haben uns aber doch bemüht, glaube ich, eine Menge von Maßnahmen vorzusehen, die die Arbeitslosigkeit bekämpfen soll oder sie zumindest in einem bestimmten Rahmen halten soll. Machen wir uns nicht zu viele Illusionen, die Weltkrise ist ja noch nicht behoben und wir leben nun auch einmal in dieser Welt und nicht in einem luftleeren Raum. Maßnahmen, die also geeignet sind, die Arbeitsplatzsicherung vielleicht besser zu gewährleisten, als es bis jetzt der Fall war. Sicher ist es kein Erdbeben, wie ein Mitglied, ein Kollege aus der kommunistischen Partei gesagt hat, aber ich möchte schon festgestellt haben, daß ein solches Erdbeben, wie es sich Kommunisten vorstellen, ich ein solches Erdbeben nicht erleben möchte.

Ich möchte nun, dies vorausgesetzt, auf einige Punkte eingehen, die einzelne Kollegen hier vorgebracht haben und die ich leider nicht mehr so ordnen konnte, weil mir die Zeit dazu fehlte, weil ich erst ein richtiges Konzept einer Antwort hätte vorbereiten können, wenn ich nach Schluß der Debatte, die jetzt erfolgt ist, etwas Zeit gehabt hätte, die verschiedenen Gedanken, die da vorgebracht worden sind, etwas besser zu ordnen. Ich muß sagen, ich hätte mir gedacht, daß zumindestens der heutige Vormittag noch ausgefüllt wird mit Interventionen und Ansprachen noch anderer Kollegen. Deswegen möchte ich mich jetzt da ein bißchen entschuldigen, wenn es ein bißchen drunter und drüber geht.

Ich möchte noch etwas voraussetzen, daß ich mehrere Dinge, die hier von den Kollegen vorgebracht worden sind und die gleiche Dinge betreffen, eine Menge Leute haben vom Proporz gesprochen, eine Menge Leute haben von der Zweisprachigkeit gesprochen, eine Menge Leute haben über die Volkszählung gesprochen, über die Industriepolitik, über die Gründung einer Universität in Bozen, das ist von verschiedenen Seiten angeklungen. Wenn ich auf diese Themen eingehe, dann beantworte ich somit die Kritiken und die Vorstellungen, die von mehreren Leuten zu diesen gleichen Themen vorgebracht worden sind und ich möchte mir vorbehalten, das zuletzt zu tun.

Aber, um bei der Kollegin Emeri zu beginnen, und das haben auch andere vorgebracht. Ich bin nicht der Meinung, daß man die Sechser- und Zwölferkommission auflösen soll, denn die Sechser- und Zwölferkommission war doch eine Plattform der Diskussion zwischen den Vertretern der Region und den Vertretern der Provinz, die verschiedenen Parteien angehören, mit den Vertretern der Regierung. Ich glaube, ein solches Verhandlungsinstrument soll man nicht einfach sagen, auflösen, nur weil dieses Instrument länger gebraucht hat, um Lösungen zu finden, als man sich ursprünglich vorgestellt hatte. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß Lösungen von dieser Kommission im Laufe der Jahre erarbeitet worden sind, die dann ihren Niederschlag gefunden haben in den Durchführungsbestimmungen, die vom Ministerrat dann genehmigt worden sind, und daß diese Durchführungsbestimmungen dann doch zum Aufbau und zum Ausbau unserer Autonomie wesentlich beigetragen haben. Dieses Instrument zu ersetzen mit den Landtagen oder mit dem Regionalrat oder Landtag und Regionalrat zusammen und mit den verschiedenen Vertretern, würde meines Erachtens die Angelegenheit nur noch verkomplizieren und verlangsamen und es ist sowieso schon langsam bis jetzt gegangen, allerdings auch deswegen, weil man die Materien auch entsprechend vertieft hat. Ich wäre also ein Gegner, ich wäre nicht einverstanden, daß man sagt, jetzt bilden wir ein neues Gremium und die Sechser- und Zwölferkommission, die ja durch ein Verfassungsgesetz vorgesehen ist, die soll aufgelöst werden.

Einige Bemerkungen zu dem, was Kollege Meraner gesagt hat. Kollege Meraner hat wieder gesagt, was schon andere gesagt haben, Rom sei viel schneller gewesen, immer schneller gewesen, wenn es darum gegangen ist, eine neue Regierung zu bilden. Das wird schon stimmen. Das möchte ich nicht bestreiten. Aber ich muß doch in diesem Zusammenhang die Frage stellen, wie lange haben diese römischen Regierungen dann gedauert und welcher Lebenszeit haben sich diese römischen Regierungen dann erfreut. Ich bin überzeugt, wenn Sie an die Zeit denken, die wir gebraucht haben, um ein Koalitionsabkommen zu treffen, wenn Sie an das denken und wenn Sie aber denken, daß voraussichtlich, wenn nicht Unvorhergesehenes dazwischenkommt, diese Regierung fünf Jahre regieren wird, und wenn Sie bedenken, wieviel römische Regierungen im Laufe der fünf Jahre sich abwechseln, und dann zusammenzählen die Zeit, die sie nach jedem Regierungswechsel wieder gebraucht haben, um eine neue Regierung zu bilden, dann glaube ich, sind wir eher schneller gewesen als Rom und nicht langsamer. Nicht akzeptieren kann ich die These vom Kollegen Meraner, der sagt, ihr Südtiroler Volkspartei habt hier die absolute Mehrheit und wenn ihr die absolute Mehrheit habt, dann muß das ja viel schneller gehen. Was soll denn das bedeuten? Daß man einfach hergeht und sagt, wir haben eine absolute Mehrheit, so, da habt ihr ein Programm, das verteilen wir euch, wir wollen eine Antwort innerhalb von 14 Tagen oder drei Wochen, ist sie da, ist gut, seid ihr damit einverstanden, dann geht es in Ordnung und sonst bilden wir die Regierung. Das wäre ein Mißbrauch, den wir betrieben hätten, in diesem Fall, der absoluten Mehrheit. Ich kann nicht mit der These

einverstanden sein, ihr habt ja die absolute Mehrheit und somit hättet ihr schneller zu einem Koalitionsprogramm kommen müssen. Denn auch die Mehrheit hat eine demokratische Verpflichtung, auch wenn sie alleine regieren könnte, doch einen Versuch zu machen, eine Einigung zu erzielen, und dieser Versuch kostet eben Zeit; und wenn dann dieser Versuch zu einem guten Ende geführt hat, dann, glaube ich, ist die Zeit nicht umsonst verstrichen. Sicher, ich habe das schon früher gesagt, ist in diesem Programm nicht alles enthalten. Es ist auch unmöglich, daß man alles vorsieht und alle Probleme vorsieht, mit denen wir im Laufe der Legislatur konfrontiert werden. Das ist überhaupt nicht möglich. Es wird also immer Probleme geben, die erstens im Programm nicht behandelt worden sind und zweitens, mit denen wir konfrontiert werden im Laufe der Legislatur und für die man aber nicht vorsehen konnte, daß sie anstehen werden. Somit bleibt immer noch ein breiter Raum zur Diskussion und auch zu Polemiken innerhalb der Landesregierung. Ein Regierungsprogramm, das alles geregelt hätte, wäre dann, glaube ich, für eine Regierung eine zu ruhige Regierungszeit. es muß auch wieder Leben hineinkommen und es muß auch etwas geben, über das man auch wieder verschiedener Meinung sein kann und über das man auch streiten kann. So weit kann also ein Regierungsprogramm nie gehen, daß man über alles, was unter Umständen anstehen kann, schon bereits von vornherein regelt.

Ich bin auch nicht der Meinung des Kollegen Meraner, wenn er es auch in keiner Weise gehässig gesagt hat, daß ein Landeshauptmann nicht auch Parteiobmann sein soll, weil er nicht über den Dingen steht. Frau Klotz ist da noch weiter gegangen. Die hat sogar erklärt, am ersten Tag, wo wir hier zusammengekommen sagt: "Das Amt eines Landeshauptmannes ist mit dem eines Parteiobmannes unvereinbar". Das stimmt nicht, das ist etwas voreilig ausgesagt worden. Es gibt keine Unvereinbarkeit zwischen der Stelle des Landeshauptmannes und der eines Parteiobmannes, denn wenn das unvereinbar wäre, dann wären bis jetzt alle Regierungen, die seit 1960 zustandegekommen sind, nicht gesetzmäßig gebildet worden. Der Diskurs, Frl. Klotz, ist ein anderer, man kann darüber diskutieren, ob es opportun ist, daß ein Parteiobmann auch Landeshauptmann ist, das kann eine Opportunitätsfrage sein, hat aber mit Unvereinbarkeit nichts zu tun. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge. Aber ich bin auch nicht der Meinung des Kollegen Meraner, der sagt, wenn der Landeshauptmann Parteiobmann ist, dann kann er nicht mehr über den Dingen stehen. Wenn der Landeshauptmann nicht auch Parteiobmann wäre, dann wäre er auf jeden Fall ein Exponent der Partei. Haben Sie schon einen Ministerpräsidenten einmal gefunden, der nicht der Exponent einer Partei ist, ob er dann Parteiobmann ist oder Parteiobmann-Stellvertreter, das spielt dann gar keine Rolle. Auch die Ministerpräsidenten und die Landeshauptleute sind Exponenten - ich möchte nicht das Beispiel Österreich anführen, wo jeder Landeshauptmann auch Landesparteiobmann ist. Aber angenommen, man sagt, der Parteiobmann darf nicht Landeshauptmann sein, dann ist der nicht Parteiobmann, aber er ist der Exponent einer Partei. Und weil er der Exponent einer Partei ist,

ganz gleich, ob er Exponent ist als Parteiobmann oder auch nur als Parteimitglied, als Parteimitglied wird ein bißchen wenig sein, oder sonst eine Funktion in der Partei ausübt, dann steht er auch nicht über den Dingen, denn als Exponent der Partei wird er immer auch die Ideen und die Vorstellungen seiner Partei vorbringen, ganz unabhängig, ob er Parteiobmann ist oder nicht Parteiobmann. Anders wäre es, wenn man sagt, der Landeshauptmann darf überhaupt keiner Partei angehören, aber das ist, glaube ich, in einem demokratischen System gar nicht denkbar.

Im übrigen, was andere Behauptungen anbelangt, die der Herr Meraner gebracht hat, möchte ich ihn nur daran erinnern, daß viele Behauptungen, besonders die heute gemacht worden sind, so allgemeiner Natur sind und so viele offene Türen einrennen, daß es sich eigentlich erübrigt, eine Antwort darüber zu geben.

Mit den Aussagen zum Umweltschutz im Koalitionsprogramm ist der Kollege Meraner grundsätzlich einverstanden, aber das mit Sigmundskron sei ein Skandal, Kaiserberg usw., mit dieser wilden Mülldeponie, und da muß rasch Abhilfe geschaffen werden. Ich möchte ihn daran erinnern, daß auf Seite 3 unseres Koalitionsabkommens, wo von Umweltschutz die Rede ist, geschrieben steht, das Programm der Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen ist unverzüglich zu verwirklichen. Mit diesem Passus habe ich sehr klar geantwortet auf das, was hier vorgebracht worden ist.

ABGEORDNETER: (unterbricht - interrompe)

MAGNAGO (SVP): Ja, natürlich, wenn die Maßnahmen für den Umweltschutz unverzüglich zu verwirklichen sind. Und Sie wissen, es gibt Umweltschutzmaßnahmen, schon beschlossene, was Mülldeponien anbelangt, sei es für das Burggrafenamt, sei es Kläranlagen für das Unterland, sei es Mülldeponien südlich von Bozen, sei es Kompostierungsanlagen, die sind alle schon beschlossen worden, und zwar durch die rege und sehr wertvolle Tätigkeit des ausgeschiedenen Landesrates Pasquali. Und wenn wir jetzt sagen, daß das Programm der Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltbedingungen unverzüglich zu verwirklichen ist, so meint man, daß auch dieser Skandal, von dem gesprochen wird, so schnell wie möglich natürlich behoben werden muß.

Was hingegen die Meinung von Herrn Kollegen Meraner anbelangt, die Wildbachverbauung soll stufenweise in der Form abgebaut werden, daß diese Arbeiten nicht mehr in Eigenregie geführt werden sollen, sondern an Private vergeben werden sollen, so muß ich sagen, bin ich nicht dieser Meinung, denn die Erfahrung hat gezeigt, daß in diesem Fall, was die Wildbachverbauung anbelangt, die Führung in Eigenregie viel billiger kommt und dem Land viel billiger zu stehen kommt als wenn diese Arbeiten von Privaten oder nur privat vergeben würden. Wir müssen doch auch sehen, daß wir mit dem Geld haushalten, denn das Geld, das wir sparen, können wir dann für wichtige Dinge wieder einsetzen. Wir haben da eine große Erfahrung gesammelt, daß wenn unsere Wildbachverbauung in Eigenregie gemacht

wird, diese Arbeiten um einen hohen Prozentsatz billiger kommen als es Privatfirmen durch Offerten imstande sind zu machen.

Eine letzte Sache, die da angezogen worden ist. Er befürwortet eine Bezirksgemeinschaft für Ladinien, d.h. für das Gadertal und für das Grödental. Wenn die acht ladinischen Gemeinden einstimmig, d.h. alle acht diesen Wunsch haben, so sehe ich nicht ein, warum man da dagegen sein soll, aber ich glaube, wir können hier nicht über die Köpfe der Gemeinden hinweggehen, die ja daran interessiert sind, und bevor man von einer Bezirksgemeinschaft für Ladinien spricht, muß es zumindestens die Zustimmung geben der acht ladinischen Gemeinden. Dann würde ich persönlich keine Schwierigkeiten sehen.

Kollege Montali hat hier einige Dinge vorgebracht, er ist zwar nicht da, ich möchte aber trotzdem kurz darauf eingehen. Wir hätten 5/12 der Bilanz bereits verwaltet als alte Landesregierung. Erstens sind es nicht 5/12, sondern wenschon 4/12, weil wir jetzt Ende April sind; und zweitens wenschon ist es immer noch eine Teilbilanz, denn der Kollege Montali müßte ja wissen, daß eine zweite Bilanz noch erstellt wird, weil die alte Landesregierung nicht über alle Mittel verfügen wollte, schon für das Jahr 1984, da war sie sehr demokratisch, damit die neue Landesregierung und auch der neue Landtag noch eine zweite Bilanz, eine Zusatzbilanz machen können. Es sind also wenschon 4/12 einer Teilbilanz und nicht einer ganzen Bilanz. Und wenn man bedenkt, daß der alte Landtag diese Teilbilanz, nicht der neue, genehmigt hat, dann glaube ich, kann, so wie der alte Landtag das genehmigt hat, auch die alte Landesregierung diesen Teil noch verwalten.

Kollege Montali hat auf die Spannungen hingewiesen, die es in Südtirol gibt, und hat gesagt, wir vom Movimento Sociale Italiano haben das alles vorausgesehen, daß diese Spannungen kommen werden, das ist ja die Schuld dieser Autonomie, das sind ja die Folgen dieser Autonomie, diese Spannungen. Und weil wir das vorausgesehen haben, haben wir schon damals im Jahre 1969 gegen diese Autonomie gestimmt; und wenn wir damals gegen diese Autonomie gestimmt haben, sagt Kollege Montali, dann hat es sich ja erwiesen, daß wir recht gehabt haben, denn wir sehen, wieviel Spannungen wir heute in unserem Lande haben und die haben wir richtig vorausgesehen; und wenn man unsere Meinung damals besser angehört hätte und das Parlament auch mit uns einverstanden gewesen wäre, gegen diese Autonomie zu stimmen, dann wäre vieles nicht passiert.

Sehen Sie, das ist einfach zu bequem, heute mit solchen Argumenten zu kommen. Ich muß den Kollegen Montali fragen, was wäre denn passiert, wenn die Autonomie nicht gekommen wäre. Hat er sich einmal diese Frage gestellt? Wie würden wir heute dastehen, hätten wir vielleicht nicht viel mehr Spannungen als jene, die wir heute haben und die wir nicht bestreiten wollen? Diese Frage muß man beantworten. Was wäre passiert, wenn diese Autonomie nicht gekommen wäre. Ich glaube, das muß man sich überlegen. Und ich glaube, daß gerade, und das wissen wir alle, daß gerade nach der Annahme des Paketes eine lange Zeit der Entspannung in Südtirol zu ver-

zeichnen war, eine lange Zeit, die gerade die Auswirkung war, daß das neue Autonomiestatut in Kraft getreten ist, auch wenn es heute noch Spannungen gibt. Und die Spannungen gibt es, weil heute politisch unverantwortliche Elemente hergehen und sagen, das Autonomiestatut muß man ändern, das muß man ändern, die Durchführungsbestimmungen muß man ändern, und weil die letzten Durchführungsbestimmungen, die auch wichtig sind, leider noch nicht über die Bühne gegangen sind. Aber das hat wieder Spannungen erzeugt. Wir haben aber 10 Jahre eine relativ entspannte Lage miterlebt, nach der Annahme des Paketes, und das war die positive Auswirkung der Autonomie. Ich möchte nur die Frage stellen, was wäre passiert, wenn diese Autonomie nicht gekommen wäre, wie würden wir heute dastehen, in welcher Situation?

Kollege Montali sagt, vier Jahre Wahlrecht. D.h. vier Jahre lang muß man hier in der Region ansässig sein, um das Wahlrecht ausüben zu können bei Gemeindewahlen und Landtagswahlen, das sei verfassungswidrig. Das stimmt in keiner Weise. Verfassungswidrig wäre das, wenn diese Leuten, die noch nicht vier Jahre hier eingetragen sind, in einer Wählerliste der Region kein Wahlrecht überhaupt mehr hätten. Sie haben ja das Wahlrecht weiterhin, sie haben ja das Wahlrecht in den Ursprungsgemeinden beibehalten. Ich sehe also nicht ein, was da verfassungswidrig ist. Das Wahlrecht ist ihnen ja nicht absolut genommen worden, sondern man hat nur gesagt, und ich glaube, das ist sehr richtig, bevor ihr da mitredet in der Gemeindepolitik und der Landespolitik, müßt ihr zuerst einmal ein bißchen dagewesen sein. Und wenn ihr ein bißchen dagewesen seid, dann könnt ihr diese Probleme auch und dann kennt ihr auch mit mehr Verantwortungsbewußtsein wählen und jene Parteien und jene Leute wählen, die euch bei den Wahlen präsentiert werden. Das ist der Grundsatz der Vier-Jahre-Ansässigkeit, um das Wahlrecht zu haben, nicht das Wahlrecht zu nehmen.

Was hat denn ein Funktionär oben am Brenner der Finanz oder des Zollamtes davon, wenn er ein halbes Jahr oben ist, jetzt hat er Gemeindewahlen und dann wählt er und nach sechs Monaten ist er wieder versetzt. Welche Verantwortung trägt er bei der Wahl? Aber das Wahlrecht ist ihm ja nicht genommen worden. Somit gibt es hier keine Verfassungswidrigkeit, sondern das Wahlrecht übt er so lange in der Ursprungsgemeinde aus, bis er hier die vier Jahre eingetragen ist in den Wahllisten der Region. Somit kann hier von Verfassungswidrigkeit nicht gesprochen werden. Wenn man ihm das Wahlrecht als solches nehmen würde, dann wäre das verfassungswidrig.

Es melden sich zu wenig deutsche Bewerber bei den Stellen und somit müßte man das jetzt elastischer machen. Alle diese Versuche, die da gemacht werden, die machen uns natürlich sehr mißtrauisch und erhöhen die Angst, von der ich gesprochen habe. Da muß ich nur sagen, diesen Diskurs, den hier der Kollege Montali gemacht hat, der wäre vor einigen Jahren noch gut gegangen, aber heute melden sich von jeder Volksgruppe mehr Bewerber, als Stellen für die jeweilige Volksgruppe zur Verfügung stehen. Somit ist dieser Diskurs passé, das war einmal, aber diese Zeiten sind vorbei.

Was geschieht mit den 9.000 Wohnungen? Das war die Frage von vielen Kollegen. Hier heißt es, man will diese 9.000 leerstehenden Wohnungen, man nimmt also an, daß es zirka 9.000 sind, weil sie nicht Zweitwohnungen sind. Was geschieht mit diesen 9.000 Wohnungen. Wir wollen die einmal erfassen. Vom Requirieren ist im Koalitionsabkommen nicht die Rede. Wir wollen sie aber deswegen erfassen, damit wir einmal sehen, warum die leerstehen. Welche Gründe gibt es, sprechen dafür, daß sie leerstehen. Und wenn wir diese Wohnungen erfaßt haben und sie auch kennen und auch die Eigentümer dieser Wohnungen kennen, dann kann auch das Institut für den geförderten Wohnbau diese Besitzer angehen und ihnen Angebote machen, mit dem Vorteil, daß man leerstehende Wohnungen, oder einen Teil dieser leerstehenden Wohnungen dann käuflich erwerben kann und für Wohnungssuchenden zur Verfügung stellen kann. Ich bin überzeugt, daß diese Erfassung der 9.000 Wohnungen und nähere Erklärungen, warum sie leerstehen, und die Erfassung der Besitzer, um einen Dialog zwischen den Besitzern und dem Institut für geförderten Wohnbau hervorrufen kann, der in vielen Fällen dazu führen kann, daß diese Wohnungen dann abgetreten werden an das Institut bzw. zur Verfügung gestellt werden in irgendeiner Form.

Kollege Montali hat noch gesagt, und das ist jetzt ein längerer Diskurs, der da zu führen wäre, der betrifft die Autonomie der Sanitätseinheit und auch der Gemeinden, aber der ist auch von anderen angezogen worden. Man kann einfach nicht sagen, hier kommandiert das Land und wir Sanitätseinheiten müssen auf die gleiche Ebene gestellt werden wie das Land und wir Gemeinden auch auf die gleiche Ebene. Wer das behauptet, der ignoriert einfach den Art. 54 des Verfassungsgesetzes des Autonomiestatutes, welcher Art.54 ganz klar Kontrollfunktionen des Landes gegenüber den Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften vorsieht. Somit kann man nicht sagen, diese Körperschaften sind dem Land ebenbürtig und die können nicht einer Kontrolle unterstehen, die müssen alles das nur tun was das Land will. Der Art.54 unseres Autonomiestatutes sieht eben nun einmal vor, dem Landesausschuß obliegen die Aufsicht und Kontrolle über die Gemeindeverwaltungen, über die öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrts-einrichtungen, über die Verwaltungsverbände und die anderen örtlichen Körperschaften und Anstalten, einschließlich der Befugnis zur gesetzlich begründeten Suspendierung und Auflösung ihrer Organe. Dieser Pflicht muß der Landesausschuß nachkommen. Ich glaube, es ist gut, daß er auch dieser Pflicht nachkommt.

ABGEORDNETER: (unterbricht - interrompe)

MAGNAGO (SVP): Ob sie sich freuen oder nicht, das liegt wieder auf einer anderen Ebene; das ist die Rechtslage, von der wir ausgehen müssen. Dann, man muß das Autonomiestatut ändern. Wenn wir heute einmal eine Statistik durchsehen würden, wieviel Gemeinderatsbeschlüsse vom Land genehmigt worden sind und wie wenige rückverwiesen und wie wenige annulliert worden sind, dann glaube ich, kann man schon sagen, daß diese Aufgabe,

die das Land erfüllt, mit großem Verantwortungsbewußtsein erfüllt wird und daß das nur eine gesetzmäßige Kontrolle ist. Auch die Gemeinden werden von Menschen geführt und auch die Gemeinden können Fehler machen und machen sie auch und bringen Beschlüsse, die absolut ungesetzlich sind. Da müssen wir einschreiten, genau wie das Land auch ein Kontrollorgan hat und das ist der Rechnungshof, nur mit dem Unterschied, daß die Kontrolle des Rechnungshofes gegenüber dem Land sich viel belastender auswirkt als die Kontrolle des Landes für die Gemeinden, weil der Rechnungshof keine Termine hat - ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen -, innerhalb welchen er die Beschlüsse der Landesregierung genehmigen muß. Wir haben Termine eingebaut, d.h. bei der Kontrolle, die uns im Sinne des Gesetzes zusteht und auf die wir nicht verzichten können, es sind Termine eingebaut, d.h. wenn wir innerhalb eines bestimmten Termines nicht einen Beschluß annullieren, und die annullierten Beschlüsse sind ein kleiner Prozentsatz gegenüber allen Beschlüssen, dann gilt der Beschluß als genehmigt. Das Land hat aber nicht so ein Kontrollorgan beim Rechnungshof, sondern ein viel strengeres, in dem Sinne, daß die Landesausschußbeschlüsse kontrolliert werden vom Rechnungshof ohne Termine und das heißt, daß der Rechnungshof auch nach sechs Monaten theoretisch einen Beschluß nicht genehmigen kann, was das Land gegenüber den Gemeinden nie tun kann, weil bei uns alles terminisiert ist. Das muß man endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Dann, man muß das abschaffen. Wir tun hier nur unsere Pflicht. Wir haben oft Beschlüsse auch annulliert, weil sie eben ungesetzlich sind und die Gesetzmäßigkeitskontrolle haben die Gemeinden durch das Land laut Autonomiestatut, der Rechnungshof hat die Gesetzmäßigkeitskontrolle über das Land und der Rechnungshof in Rom hat die Gesetzmäßigkeitskontrolle über den Staat. Ich glaube, das muß da einmal eingefügt werden. Und das gilt natürlich auch für die Sanitätseinheiten. Ich glaube nicht, daß Beschlüsse - natürlich können auch wir irren -, die gesetzlich sind und im Rahmen der Gesetze gefaßt worden sind, annulliert werden und daß man sagen kann, wir müssen das tun, was das Land da will. Ich muß auf diese Funktion hinweisen. Ich glaube, es war notwendig, daß das auch einmal gesagt wird.

Das Frl. Klotz kritisiert die Zweisprachigkeit, die wir da irgendwie hervorgehoben haben. Ich weiß jetzt nicht, ich habe sie nicht gut verstanden, aber diese Zweisprachigkeit, die da kritisiert wird, die wird hier ja nur im Zusammenhang mit der Wirtschaft zitiert. Hier heißt es nur, auf Seite 4: "Stärker als bisher sollten zur Schaffung neuer Arbeitsplätze die natürlichen Voraussetzungen Südtirols - geographische Lage, Sprache, psychologische Faktoren - für den Tertiärsektor - Spedition, Transport, Großhandel, Versicherung usw. - ausgewertet werden." Man will damit nur sagen, daß, nachdem hier zwei Sprachen gesprochen werden in diesem Lande, daß auch Vorteile sind und daß sich auch wirtschaftlich das günstig auswirken kann. Hier wird gar nicht irgendwie gesagt, daß jeder zweisprachig sein muß, wie jene, die auf die gemischtsprachige Gesellschaft ausgehen und die auf den Tod der Volksgruppen hinauszielen. Und weil wir gerade von dem reden, ich habe nicht verstanden, Sie haben ge-

sagt, Kollegin Klotz: wir weisen die Assimilation zurück. Ich glaube, wir weisen sie schon auch zurück. Sie brauchen ja nur das Programm zu lesen, im ersten Teil des Programmes wird nicht nur einmal, sondern mehrere Male jeder Versuch einer Assimilierung verurteilt und die Parteien sind sich einig, daß keine Assimilierungsversuche gemacht werden dürfen. Da sind wir im Programm sehr klar gewesen und somit möchte ich das hier hervorheben, daß hier eine Kritik, wenn es eine gewesen wäre, offene Türen einrennen würde, das haben wir schon voraus. Diese Politik betreiben wir gegen jede Assimilierung, betreiben wir schon bevor die Bewegung entstanden ist, der Frl. Klotz angehört.

Mitspracherecht im Umweltschutz, Herr Kollege Langer, hat nicht der Landesrat Spögler bekommen, sondern andere Landesräte und somit können Sie da beruhigt sein.

LANGER (AS): ...Kollege Durnwalder.

MAGNAGO (SVP): Der hat auch kein Mitspracherecht bekommen. Jedenfalls, das Mitspracherecht ist so aufgeteilt worden, daß beim Landschaftsschutz das Mitspracherecht der Landesrat Benedikter bekommt, und den technischen Teil des Umweltschutzes die öffentlichen Arbeiten, weil das sehr viel mit öffentlichen Arbeiten zu tun, das sind die Mülldeponien, das sind die Kläranlagen, usw. alles was nicht reiner Landschaftsschutz ist.

Wenn man aber den Kollegen Langer gehört hat, besonders in der ersten Intervention, wo ganz richtig der Kollege Sfondrini gesagt hat, wenn ich jetzt das wiederholen müßte, was er in einer Stunde gesagt hat, ich wüßte nicht was sagen. So muß ich ihm das gleiche sagen. Er hat also alles so gebracht, als ob wir hier in einer Hölle leben würden und ich weiß auch da nichts zu antworten. Aber etwas Persönliches. Mich hat der Kollege Langer als den Lagerkommandanten des Lagers von Landeck bezeichnet. Da hat er sich schon etwas geirrt und ich habe gesagt, ich werde ihm dann in meiner Replik antworten. Ich weiß nicht, von wem er das erfahren hat und wenn er das auch erfahren hat, so war diese Person, die ihm das gesagt hat, schon äußerst schlecht informiert. Es stimmt, daß es in Landeck ein Lager gegeben hat und das war ein Flüchtlingslager, ein Durchgangslager und auch ein Durchgangslager, wie ich mich dann jetzt noch informiert habe, für politisch verdächtige Personen, unter dem damaligen Regime. Aber ich habe mit diesem Lager überhaupt nie etwas zu tun gehabt, geschweige denn, daß ich ein Lagerkommandant dort gewesen wäre. Ich war in Landeck beim Militär und habe meine Militärdienstzeit im Jahre 1943 für zwei Monate lang ausgeübt, und ich war in Landeck bei einem Bataillon der Gebirgsjäger. Das hat mit einer Lagerverwaltung überhaupt nichts zu tun. Die Lager, ganz gleich ob das Flüchtlingslager waren oder welche Lager es waren, haben mit der Militärverwaltung nichts zu tun gehabt, das war ja eine eigene Verwaltung. Und der Umstand, daß ich in Landeck beim Militär war, das heißt noch gar nicht, daß ich mit dem Lager etwas zu tun hatte, das ja nicht in der Kaserne dort war, sondern anderswo gelegen ist.

Es stimmt aber, Herr Kollege Langer, daß ich am 8. September 1943 in Landeck beim Gebirgsjägerbataillon des 138. Gebirgsjägerregimentes stationiert war. Dort hat sich meine Militärzeit abgewickelt. Es stimmt, daß am 8. September allerhand passiert ist und es stimmt, daß am 9. September 1943 italienische Militäreinheiten, die im Vinschgau stationiert waren, nach Landeck gebracht worden sind und sich einige Tage dort in diesem Durchgangslager aufgehalten haben. Es stimmt, daß es dort auch eine Gruppe von Offizieren gegeben hat und ich kann mich ganz genau erinnern, der höchste Offizier war ein Oberst, der seinen Sitz in Schlanders hatte; und dann hat es noch 30, 40 Offiziere gegeben, die dort in einer Baracke - nicht in einer schlechten - untergebracht worden waren, in Erwartung was eigentlich zu geschehen hatte. Damals war man sich überhaupt noch nicht klar, welchen Status diese Menschen hatten: waren das Kriegsgefangene, waren das Internierte, waren das Alliierte, die morgen bereit gewesen wären, weiterzukämpfen oder nicht. Es stimmt, daß eine Gruppe von Offizieren dort einige Tage, vielleicht fünf Tage, vorübergehend untergebracht waren und daß ich von meinem Bataillonskommandanten gebeten worden war - er wußte, daß ich Italienisch konnte -, zu diesen Leuten hinzugehen, um zu hören, welche Wünsche sie hätten, damit ich sie ihm vorbringen kann. Es stimmt, daß ich zwei, drei Mal dort hingegangen bin und mit denen Kontakt aufgenommen habe, ihre Wünsche entgegengenommen habe und sie meinem Bataillonskommandeur vorgebracht habe. Der eine wollte, daß man Briefe schreiben kann, wo er sich befindet, damit die Familie wisse, wie es um ihn bestellt ist und nicht in Bange sei und um sein Los bange; der eine hat gesagt, er bräuchte Wäsche und er bräuchte dies - er hat nicht mehr die Zeit gehabt, seine Sachen von der Wohnung mitzunehmen. Es ist eine Truppe, die im Vinschgau stationiert war. Der eine wollte das, und der eine hatte diese Wünsche, und diese Wünsche habe ich dann als Dolmetscher dort für einige Tage meinem Kommandeur vorgebracht, habe sie sehr befürwortet und habe diesen Leuten in diesen wenigen Tagen, in denen sie dort waren, sehr nützliche Dienste geleistet. Ich war damals schon ein guter Mensch und bin es nicht nur heute. Das möchte ich nur betont haben.

Wenn es Sie interessiert, ich möchte nicht den Landtag damit befassen, dann kann ich Ihnen im einzelnen einmal privat erklären, was ich alles für diese Leute in diesen wenigen Tagen getan habe und tun konnte, weil ich ihre Wünsche vorgetragen habe und auch diese Wünsche dann irgendwie doch auch unterstützt habe. Es war die Gelegenheit für mich, gegenüber Mitmenschen, so weit es die damalige Zeit erlaubte, die in einer prekären Situation waren und ihr Status war noch nicht geklärt, entgegenzukommen und das habe ich in reichlichem Ausmaße getan. Wenn Sie wollen, dann kann ich in Einzelheiten eingehen, die so weit gehen, daß ich sogar autorisiert war, hereinzufahren, um für die Leute in die Wohnungen zu gehen und habe ihre Habe mitgebracht, und sogar in der Mensa in Schlanders habe ich noch Käserollen sichergestellt, die ich ihnen hinausgebracht habe. Ich habe ihnen Briefe hineingebracht, damit sie ihre Angehörigen benachrichtigen können usw. und da könnte ich Ihnen noch einiges erzählen.

Ich war also damals schon ein guter Mensch. Das ist der Lagerkommandant von Landeck, Herr Kollege Langer. Das ist der Lagerkommandant Magnago. Mit dem Lager habe ich nie etwas zu tun gehabt, geschweige denn ich habe es einmal kommandiert. Ich glaube, das genügt.

Sie sagen unter anderem auch, den Unternehmern wird da auch im Programm etwas viel Freiheit oder mehr Freiheit gegeben. Sie haben das irgendwie kritisiert. Ich muß jetzt wirklich sagen, mehr Freiheit den Unternehmern geben, heißt, den Unternehmern auch die Möglichkeit bieten, mehr zu tun, und heißt somit auch, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Ich glaube, daß ein bißchen, und das geht heraus hervor, mehr Freiheit und Entbürokratisierung in den Prozeduren notwendig sind, damit mehr Inzentiv da ist für Unternehmer, Initiativen zu ergreifen, die letzten Endes ja da hinausgehen, denn wir sitzen ja alle auf einem Ast und das haben viele Leute nie verstanden. Wenn es den Unternehmern schlecht geht, dann geht es den Angestellten schlecht und umgekehrt. Ich glaube, mehr Freiheit gewähren heißt, mehr Arbeitsplätze sichern.

Etwas zum Kollegen Boesso - er ist heute nicht anwesend. Er hat eines kritisiert, daß in diesem Koalitionsabkommen nichts drinnensteht, daß die Parteien den Bestand der Volksgruppen garantieren. Wie kann man denn den Bestand der Volksgruppen, rapportiert auf die anderen Volksgruppen, garantieren? Ist es so zu verstehen, daß, wenn eine Volksgruppe weniger Kinder bekommt als die andere, daß dann die Differenz, die sich ergibt, von unten heraufgeholt werden muß? Das ist ja ein Unsinn sondergleichen. Man kann doch nicht sagen, ich kritisiere da, daß in dem Koalitionsabkommen nichts drinnensteht, daß wir den Bestand der Volksgruppen garantieren. Wie ist das zu verstehen? Wenn eine Volksgruppe morgen keine Kinder mehr bekommt und die andere bekommt sie noch. Was heißt: den Bestand der Volksgruppe zu garantieren, rapportiert auf die anderen Volksgruppen? Heißt es vielleicht, daß dann, weil die weniger Kinder bekommen, soundso viele Leute zuwandern müssen, daß das ausgeglichen werden muß? Das sind ja künstliche Maßnahmen, und so wie wir nicht bereit sind, künstliche Maßnahmen zu ergreifen mit Gesetzen und Verwaltungsmaßnahmen, um den Bestand der Volksgruppen zu ändern, so können wir nicht bereit sein, künstliche Maßnahmen zu ergreifen um den Bestand zu garantieren. Das ist ja ein Unsinn, der da vorgebracht worden ist. Ich glaube, das muß doch jeder Mensch, der ein bißchen denkt, auch verstehen.

Der Kollege Mitolo hat vorgeworfen, daß mit der Opposition vorher nicht gesprochen worden sei usw. und warum man nicht auch in diesem Bericht über die Lage des Staates gesprochen hat. Über die Lage im Staat wird sich die Gelegenheit bieten, bei der zweiten Bilanz 1984 sicher auch zu sprechen und in den Bericht etwas hineinzugeben. Und ich muß sagen, auch beim besten Willen hätte ich mit der Opposition vorher nichts reden und sie unterrichten können, weil buchstäblich fünf Minuten vor 12 Uhr dieses Abkommen zustande gekommen ist und ich hätte nicht gewußt, noch fünf Minuten vor 12 Uhr, was ich eigentlich sagen hätte können. Und wenn ich schon etwas sage, dann muß ich etwas Richtiges aussagen und nicht

nur: ich glaube, es kommt zu einem Abkommen, aber es ist noch nicht sicher, usw. Zu diesem Abkommen ist es fünf Minuten vor 12 Uhr gekommen und somit ist dazu einfach nicht die Zeit gewesen.

Es ist da auch über die Arbeitszeitverkürzung gesprochen worden. Es ist da über die Aufstiegsanlagen gesprochen worden. Hier ist schon längst eine Kommission - was die Aufstiegsanlagen anbelangt - am Werk, die einen Landesplan ausarbeitet, wo dann festgestellt wird, wo noch etwas gemacht werden kann, welche Zonen sind noch nicht bedient und wo kann etwas modernisiert und vergrößert werden. Dieser Plan hat ja die Aufgabe, daß man einen Bremsklotz setzt und nicht einfach weiterhin zügellos finanziert, neue Aufstiegsanlagen usw., weil wir ja gesehen haben, daß die Einzugsräume für bestimmte Aufstiegsanlagen bereits heute in vielen Fällen in der Provinz schon zu klein sind und weitaus zu klein sind. Zu klein sind die Gebiete, die dazugehören, die Einzugsgebiete, und diese Aufstiegsanlagen befinden sich heute schon in großen Schwierigkeiten. Somit ist dieser Plan eine Notwendigkeit, aber der Plan wird ja nicht gemacht, um die Natur weiterhin zu verdrahten, wie viele glauben, sondern um Ordnung zu schaffen und sagen zu können: da ist noch etwas möglich, da ist nichts mehr möglich, da kann eine Erweiterung eines bestehenden Betriebes, da kann eine Modernisierung erfolgen und Schluß. Somit kann man konsequent vorgehen und nicht nur einfach sagen, der hat jetzt angesucht, der kommt dran und der nächste, der in fünf Jahren ansucht, der kommt vielleicht auch dran oder vielleicht nicht. Daß man ein einheitliches Landeskonzept erarbeitet.

Es ist viel über die Arbeitszeitverkürzung gesprochen worden. Das ist ein Thema, das in ganz Europa diskutiert wird. Es hat aber keinen Sinn zu glauben, daß man, wenn man heute die Arbeitszeit verkürzt und trotzdem den gleichen Lohn zahlt, daß dann mehr Leute angestellt werden können. Wenn man die Arbeitszeit verkürzt bei gleichem Lohnauszahlen, dann wird man momentan mehr Arbeiter anstellen können, aber dann wird man bald sehen, daß die Produkte, die erzeugt werden, viel zu teuer sind und keinen Absatz mehr finden und somit, wenn kein Absatz mehr da ist, abgebaut werden muß, noch weit mehr als bis jetzt in Fabriken leider abgebaut werden mußte. Somit, das ist heute ein Slogan, als ob das die Medizin wäre, anstatt 40 Stunden arbeiten wir 35 Stunden. Die Arbeitnehmer bekommen aber gleich viel Gehalt, d.h. wir stellen aber zusätzlich Leute an, deswegen machen wir nur 35 Stunden und somit kostet das Produkt, das Fertigerzeugnis, nicht mehr 100 sondern 120. Ob sie es da mit 120 noch auf den Markt werfen können, das muß man zuerst sehen, bevor man leichtfertig über diese Probleme spricht. Das muß man sehen, denn sonst bleibt das Produkt in den Lagerhallen der Fabrik liegen und wird nicht veräußert und dann wird man zum Abbau kommen. Somit, eine Arbeitszeitverkürzung ist nur möglich, wenn zugleich auch eine Verkürzung der Löhne da ist, damit man konkurrenzfähig bleibt, denn wenn man nicht konkurrenzfähig bleibt, meine sehr verehrten Kollegen, dann werden die Produkte nicht abgesetzt, dann werden die Fabriken schließen, dann werden wir eine größere Krise haben,

oder es ist möglich, wenn das auf gesamteuropäischer Ebene durchgezogen wird, denn ein Staat kann nicht 35 Stunden arbeiten, und für ein Produkt kostet das viel mehr, und ein anderer Staat nicht. Wenn schon muß das überall in Europa eingeführt werden, damit die Wettbewerbsbedingungen die gleichen bleiben. Wenn schon muß das sogar in der ganzen Welt eingeführt werden, nicht nur in Europa, denn es gibt natürlich auch Konkurrenzen aus Japan, es gibt Konkurrenzen aus Amerika, usw. Dann hat es einen Sinn, sonst erreicht man nichts als daß man ein paar Leute anstellt. Das ist eine europäische Frage und eine Weltfrage. Das ist das Problem.

Der Kollege Langer, der der große Gegner des Proporz ist, hat gesagt, man müßte dann auch einen Frauenproporz einführen. Das kann nur einer sagen, der für Minderheitenprobleme gefühllos ist, wie er es ist. Und was den Schutz der Minderheiten anbelangt, wenn er sagt, da muß man auch einen Frauenproporz einführen, dann müßten in einem Betrieb so viele Frauen sein und so viele Männer, das hat mit Minderheitenproblemen nichts zu tun. Aber nachdem er diese Minderheitenprobleme nicht fühlt und nicht empfindet und das sagen seine ganzen Aussagen seit Jahren immer aus, kann man nur zu einem so komischen Vergleich kommen daß, wenn man da einen Proporz hat, dann müßte man auch einen Proporz zwischen Mann und Frau haben. Ich glaube, daß das schon ein sehr komischer Standpunkt ist und darauf möchte ich nicht näher eingehen.

Dem Kollegen D'Ambrosio möchte ich nur sagen, es ist kein "vecchio copione" was wir da gebracht haben in diesem Programm. Ich glaube schon, daß hier sehr viel Konkretes ausgesagt worden ist und das möchte ich jetzt nicht näher erläutern.

Vielleicht kann ich jetzt zum dritten und somit zum Schlußteil kommen, wo ich einige grundsätzliche Aussagen machen möchte, über Themen, die mehrere Kollegen gebracht haben und die somit über die gleichen Themen gesprochen haben. Leider habe ich nicht die Zeit gehabt, das ein bißchen zu koordinieren. Ich bin ein bißchen überraschend schnell zu meiner Replik gekommen und ich möchte mich deswegen auch noch entschuldigen.

Industrieförderung. Es ist komisch und sonderbar, daß die meisten Menschen, die von der Krise und von der Arbeitslosigkeit in der Industrie gesprochen haben und von der Arbeitslosigkeit überhaupt, immer die Industriezone Bozen genannt haben, als ob es eine Krise nur in der Industriezone Bozen gäbe. Das wird immer wieder als Beispiel angezogen, auch wenn ich zugebe, daß natürlich anhand der Anzahl der Arbeiter sich dort bestimmte Krisen natürlich numerisch stärker auswirken können als in vielen Krisenbetrieben, die im Lande sind. Aber wenn man die vielen Krisenbetriebe im Lande zusammenzählt, dann kommen wir auch zu den gleichen numerischen Zahlen. Das möchte ich auch einmal ganz klar unterstrichen haben.

Wenn wir von der Krise sprechen und von der Arbeitslosigkeit, dann dürfen wir nicht nur von der Industriezone sprechen, sondern dann müssen wir von allen Betrieben reden und nicht nur die Industriezone Bozen sehen. Sonst laufen wir Gefahr auszusagen: uns interessiert diese Krise, weil dort hauptsächlich Arbeitnehmer der italienischen Sprachgruppe ange-

stellt sind und uns interessiert weniger die Krise in anderen Betrieben, weil da hauptsächlich Arbeitnehmer der deutschen Sprachgruppe angestellt sind. Und um nicht in diesen Verdacht zu kommen, muß man aufhören, immer nur von der Industriezone Bozen zu sprechen, sondern muss von allen sprechen und nicht nur von der ALUMETAL und von der FIAT-IVECO und von der MAGNESIO. Das möchte ich auch den Gewerkschaften oder bestimmten Gewerkschaften ans Herz legen, denn sonst sind sie nicht mehr glaubwürdig.

Schauen sie, ich kann Ihnen sagen, daß es z.B. ein Thema ist, wo der Hauptverband morgen, wenn er in Konkurs geht, über 100 Mitarbeiter entlassen muß. Das ist genauso schicksalschwer, diese Leute trifft es genauso schwer und das ist für diese Leute persönlich genauso tragisch wie für den Arbeitnehmer in der Industriezone. Das möchte ich betont haben. Und wenn Sie z.B. nach Laas gehen und dort den Betrieb sehen, die KRUMM-ALPINA, die dort über 100 Angestellte hat, dann können Sie sich bei 110 Angestellten vorstellen, was das in einer verhältnismäßig kleinen Gemeinde ausmacht. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch ausgesagt haben, daß die größte Arbeitslosigkeit nicht in der Stadt Bozen ist, sondern im Vinschgau, weil immer nur Bozen genannt wird, und daß in Laas 10% der Erwerbstätigen arbeitslos sind, während der Landesdurchschnitt 4,5% ausmacht. In Laas gibt es 10% Arbeitslose. Also im viel höheren Ausmaß die Tragödie dort, wenn ich das Tragödie nennen darf und das ist eine menschliche Tragödie, daß dort ein viel höherer Prozentsatz an Arbeitslosen da ist.

Bei der Industriezone gehen natürlich die Gefühle hoch, auf der einen Seite und auf der anderen, und ich möchte hier ganz klar meine Meinung aussagen und sehr klar zur Aussage bringen. Es gibt eine öffentliche Meinung in Südtirol, die sagt, die Industriezone Bozen ist unter der faschistischen Diktatur gegründet worden. Sie hatte den Zweck, Südtirol ethnisch zu unterwandern, das wissen wir alles, das ist in den Jahren 1934/35/36 geschehen und somit bedeutet die Industriezone Bozen ein Überbleibsel eines faschistischen Unrechtes und somit können wir für diese Industriezone nichts übrighaben. Das ist die Mentalität, ein Teil der öffentlichen Meinung ist dahingehend ausgerichtet. Es gibt ein schönes Sprichwort "Unrecht kann nie Recht schaffen!", aber in der Politik läßt sich das nicht immer anwenden, weil wir bestimmte Tatsachen zur Kenntnis nehmen sollen, auch wenn sie ein Unrecht bleiben, somit, für die Industriezone Bozen sind keine Gelder aus dem Industrieförderungsgesetz auszugeben. Je früher dieses faschistische Unrecht verschwindet, desto besser ist es. Das ist eine verhältnismäßig weit verbreitete Meinung in der Öffentlichkeit in Südtirol und eine Tatsache.

Eine zweite Meinung, die ganz gegensätzlich ist, ist die, daß es heißt: Die Industriezone hat 90% Angestellte der italienischen Volksgruppe und 10% nur der deutschen Sprachgruppe, und weil diese Industriezone hauptsächlich Italiener beschäftigt, muß sie um jeden Preis, ob sie krank ist oder nicht, mit Steuergeldern und mit Milliarden gefüttert werden; sie muß also künstlich am Leben erhalten bleiben. Das ist eine zweite Meinung und somit müssen für diese Industriezone Milliarden hineingebut-

tert werden, auch wenn man weiß, daß diese natürlich nur ihre Agonie um einige Monate oder um ein halbes Jahr verlängern können, usw. Und weil dort hauptsächlich Italiener angestellt werden, muß alles getan werden und die muß gerettet werden, Billigstrom, Umstrukturierungsgesetz, Industrieförderungsgesetz, ja, es muß mehr getan werden, weil dort die Italiener sind, das ist ein Sonderfall.

Ich bin weder mit der Meinung der ersten einverstanden, daß die Industriezone nicht geschützt werden soll im Rahmen des Möglichen, weil sie ein altes faschistisches Unrecht darstellt, ich teile nicht diese Meinung; ich teile aber auch nicht und kann sie nicht teilen die Meinung der anderen: die muß gerettet werden, weil da Italiener angestellt werden. Das wäre wieder eine Diskriminierung zwischen den Volksgruppen, die muß gerettet werden, alle anderen müssen nicht gerettet werden im gleichen Ausmaß, die sind nicht so interessant. Ich bin der Meinung, daß man da ganz klar eine Politik betreiben muß, was das Land anbelangt, ich rede nicht über das, was der Staat tut, da bin ich nicht zuständig, daß wir in der Industriezone die gleichen Gesetze walten lassen, daß wir in der Industriezone die gleichen Maßstäbe anwenden wie in allen Industriebetrieben, ganz klar, ohne jemanden zu bevorzugen und somit einen anderen zu benachteiligen. Es ist ganz klar, daß wir, die wir das Industrieförderungsgesetz zu verwalten haben, uns an den Art.2 dieses Förderungsgesetzes zu halten haben, das ist das Landesgesetz Nr.25 vom 8.September 1981, der Art.2, der genau aussagt, wann und wie, unter welchen Umständen das Land Beiträge geben kann für in Gefahr geratene Industriebetriebe. An dieses Gesetz halten wir uns, ganz gleich, ob das Industriezone heißt oder KRUMM-ALPINA oder morgen ein Industriebetrieb in Bruneck oder anderswo. Und nur so kann man, ohne Leute zu benachteiligen oder zu bevorzugen, eine gerechte Politik betreiben.

Ich bin also weder mit den einen einverstanden, noch mit den anderen, sondern ich bin einverstanden, dort, wo die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, die genau vorgeschrieben sind und die auch beim Staat vorgesehen sind und auch von der CEE vorgesehen sind, von der EG vorgesehen sind, daß dort geholfen werden muß, im Rahmen unserer finanziellen Mittel, ganz gleich, ob das Industriezone heißt oder Laas, aber daß man keine Ausnahmen nirgends in Südtirol machen kann. Sollte es morgen zu einem Billigstrom kommen, und da steht im Abkommen einiges drinnen, also gleiches Recht für alle, gleiche Behandlung für alle. Nur so, glaube ich, kann man Spannungen vermeiden. Sollte es morgen zu einem Billigstrom kommen, und da müssen aber zuerst gewisse Voraussetzungen geschaffen werden, so ist es klar, daß dieser Billigstrom nicht nur für einen Betrieb zur Verfügung stehen muß, sondern daß die Erwartungen von allen Industriebetrieben, die einen Billigstrom brauchen, um weiterzuleben, erfüllt werden müssen, und das Problem ist ja nicht so einfach.

Dann ist von der Angst gesprochen worden und da komme ich jetzt zurück zur Kollegin Emeri. Sie nimmt das Beispiel eines Interviews, das ich einmal gegeben habe und spricht hier von der Angst, auf der die ganze Po-

litik von mir oder die der Volksgruppe aufgebaut sei. Ich habe lediglich erklärt gegenüber Fragen von Journalisten, die gesagt haben: warum kapselt sich die deutsche Sprachgruppe so ab gegenüber der anderen Sprachgruppe? Warum sucht sie nicht mehr Kontakte mit der anderen Volksgruppe, d.h. warum vermischt sie sich nicht mehr, Theorie Langer, gemischtsprachige Gesellschaft? Warum kann man nicht eine gemischtsprachige Gesellschaft bilden, in anderen Worten? Das geht immer auf das hinaus. Und da habe ich geantwortet: Wenn Sie das nicht verstehen, warum sich eine Sprachminderheit abkapselt, dann können Sie sich in die Psychologie und in die Mentalität einer Sprachminderheit überhaupt nicht hineinfühlen und verstehen von Minderheitenpolitik überhaupt nichts. Denn eine Sprachminderheit, die in einem großen nationalen Staat lebt, lebt von der Angst, assimiliert zu werden. Das ist das natürlichste der Gefühle, die jede Minderheit auf der ganzen Welt hat, wenn sie überleben will. Und aus diesem Angstgefühl heraus, das das natürlichste ist, das eine Minderheit hat und das man ihr nicht vorwerfen darf, kommt dann die Reaktion des Abkapselns und des Einigelns. Und diese Reaktion des Abkapselns und Einigelns wird so lange dauern, so lange sie Angst hat. Wenn man aber mit Theorien kommt, wie die von Kollegin Emeri und Langer, dann wird die Angst immer nur größer werden, denn das sind radikale Theorien. Der Kollege Ferretti hat gesagt: wie ich das mit der Angst gehört habe, habe ich nicht nur mehr Angst, jetzt bin ich terrorisiert. Ich muß auch sagen, das war sein Ausdruck: wie ich sie beide gehört habe, da ist in mir und in der Volksgruppe die Angst noch größer geworden. Denn wenn man heute so leichtfertig von der Änderung vom Autonomiestatut spricht, wenn man so leichtfertig von der Änderung von Durchführungsbestimmungen spricht, wenn man vom Monstrum des Proporz spricht und solchen Dinge mehr, wenn man von anonymer Volkszählung spricht, wo man dann genau weiß, daß man den Art.89 des Autonomiestatutes aus den Angeln wirft, der eine Sondermaßnahme zum Schutze der Sprachminderheiten ist und nur mit Sondermaßnahmen können Sprachminderheiten geschützt werden, und da könnte ich Ihnen noch viel sagen.

Nur mit Sondermaßnahmen können Sprachminderheiten geschützt werden. Das sagt die italienische Verfassung im Art.6 aus, das sagt das Pariser Abkommen aus, Sondermaßnahmen zum Schutze der Sprachgruppen sind auch hier vorgesehen. Es sind Schutzmaßnahmen für die drei Sprachgruppen vorgesehen, es sind aber eigene Schutzmaßnahmen im Autnomiestatut auch für die Sprachminderheiten vorgesehen. Nehmen sie den Art.4 z.B. her, ich könnte auch andere zitieren, wo sogar der Schutz der Sprachminderheiten ein nationales Interesse darstellt. Wenn man so leichtfertig über diese Dinge spricht, dann darf man sich nicht wundern, wenn Südtirol einer Radikalisierung entgegengeht, wenn man noch mehr Angst einflößt, als es schon die natürliche und selbstverständliche Angst ist, die jede Sprachminderheit hat, weil sie Angst hat zum Überleben. Und wer das nicht spürt und das nicht mitfühlen kann, der hat von Minderheitenpolitik nichts verstanden, weil er sich nicht in die Lage einer Minderheit hineinfühlen kann.

Schauen Sie, wenn man heute sagt, das Autonomiestatut müßte da geändert werden. Ja, sind Sie sich der Tragweite solcher Äußerungen überhaupt bewußt? Können Sie sich nicht vorstellen, daß diese zu einer Radikalisierung führen, die Sie ja angeblich nicht wollen, aber Ihre Thesen sind radikal. Ja, sind Verträge für Sie nicht heilig? Sind sie für Sie "pacta non servanda"? Wissen Sie, welche internationalen Komplikationen das mit sich bringen würde? Wissen Sie, daß das Autonomiestatut nicht nur vom italienischen Parlament, sondern auch vom österreichischen Nationalrat gutgeheißen worden ist und daß man nicht so leichtfertig von der Änderung von Statuten und von Durchführungsbestimmungen sprechen kann? Wenn Sie wüßten, was Sie da durch diese Theorien heraufbeschwören, durch die Aufweichung des Proporz usw. Der Art.89 des Autonomiestatutes sieht diese Volkszählung vor, weil nur über diese Volkszählung ein Schutz der Sprachminderheiten gegeben werden kann und ein faschistisches Unrecht wieder gutgemacht werden kann, damit - das ist eine Sondermaßnahme - die Südtiroler, die Sprachminderheiten und die Ladiner wieder in die öffentlichen Stellen kommen. Ohne diese Sondermaßnahme ist es ja unmöglich, daß Südtiroler morgen Briefträger werden usw. Sollen die mit 50 Millionen Italienern konkurrieren und sagen: ihr seid nur gleichberechtigt. Mit der Gleichberechtigung schützt man Sprachminderheiten nicht, sondern nur mit Sonderbestimmungen, und der Art.89 ist eine solche Sonderbestimmung zum Schutz, und die aus den Angeln heben heißt, für die Radikalisierung in Südtirol zu arbeiten. Nichts anderes! Ob man will oder nicht! Denn wenn man heute sagt, die Volkszählung muß anonym sein, das bedeutet nichts anderes, daß jeder dann innerhalb dieser 10 Jahre einmal sich als Deutscher, Langer docet, daß sich einer einmal als Deutscher erklären kann, dann einmal als Ladiner, gerade wie es einem paßt, usw. während, wenn eine Erklärung 10 Jahre lang gilt, dann hat sie doch eine gewisse Garantie, zu bleiben. Und das aus den Angeln heben heißt eine Sondermaßnahme zum Schutze der Südtiroler Sprachminderheit, der deutschen und ladinischen Sprachminderheit zu nehmen, eine Sondermaßnahme, denn nur durch solche Sondermaßnahmen können die Sprachminderheiten geschützt werden. In einem solchen Fall wäre auch die Zustimmung meiner Partei zum Paket weg. Sind Sie sich bewußt, was Sie da mit dieser Politik heraufbeschwören? Sie betreiben eine Politik, die zur Spannung und nicht zur Entspannung führt. Sie betreiben eine Politik mit diesen Zumutungen, die Sie da haben, was man da machen müßte und abschaffen müßte, eine Politik, die nur Angst hineinbringt und die dann zu Spannungen führt, die Sie angeblich nicht wollen. Ich muß Ihnen das in aller Klarheit gesagt haben. Und die Verantwortung für diese Politik tragen dann Sie, wie Sie heute auch Verantwortung tragen, Herr Dr.Langer, für diejenigen Leute, die Ihrem Ruf gefolgt sind, für die 740 und wieviele es sind, wenn der eine und der andere heute in Schwierigkeiten gekommen ist. Sie wußten ganz genau, wie die Bestimmungen lauten, aber Sie haben das ja künstlich hervorrufen wollen, um das wieder abzuschaffen. Aber da gibt es kein Zurück. Die Sondermaßnahmen, die hier zum Schutze vorgesehen sind, müssen bleiben. Und wenn Sie morgen einen

Staatsrat abschaffen würden, müssen andere gefunden werden, die gleich wirksam sind, aber vom Ding kann man da nicht abgehen. Das mußte ich Ihnen einmal sagen und ich muß sagen, nach dem, was ich da gehört habe, ist die Angst nur größer geworden.

Es wird hier immer die Volkszählung zitiert. Der Kollege Langer hat den Ausdruck gebracht, die italienische Volksgruppe ist aufgrund der Volkszählung dezimiert worden. Sehen Sie, mit diesen Slogans, die Sie bringen, bringen Sie die Angst hinein und die Spannungen. Sie haben das Wort gebraucht. Aber Sie müssen immer die ganze Wahrheit sagen und nicht Panikstimmungen erzeugen. Sehen Sie, das ist ja das Schlechte.

CONSIGLIERE: (interrompe - unterbricht)

MAGNAGO (SVP): Perché sono caduti i privilegi ed era logico che dovevano cadere e quindi uno sviluppo artificiale non é più possibile.

Wenn Sie schon sagen, daß die italienische Volksgruppe dezimiert worden ist und diese Kraftausdrücke da gebrauchen, dann müssen Sie auch sagen, daß die erste italienische Volkszählung im Jahre 1921 war. Ich zitiere um Gottes willen nicht die österreichische Volkszählung. Die erste italienische Volkszählung hat es im Jahre 1921 gegeben, zu einer Zeit, wo schon eine Anzahl von Italiener, zuerst durch die "occupazione" und dann durch den Friedensvertrag von St. Germain hier anwesend war. Und daß zwischen der ersten italienischen Volkszählung 1921 und der vorletzten italienischen Volkszählung 1971 die italienische Sprachgruppe um 600% gewachsen ist, das muß man auch im gleichen Atemzug sagen, wenn man von Dezimierung spricht. Um 600% gewachsen ist, während die deutsche Volksgruppe im gleichen Zeitraum, Volkszählung 1921 bis 1971, um 27% gewachsen ist. Aber die Optanten fehlen. Wenn wir nicht zu Italien gekommen wären, dann hätte es keine Option gegeben, Herr Dr. Langer. Also, die Option können Sie uns nicht in die Schuhe schieben. Denn wenn Südtirol bei Österreich geblieben wäre, dann hätte es keine Option gegeben. Da sind wir uns einig. Das muß man sagen, und daß die deutsche Volksgruppe nur um 27% gewachsen ist, wenn man von Dezimierung spricht und Allarmstimmungen schafft. Das ist ja das Schlechte Ihrer Politik mit diesen Thesen, die ja extrem sind, auch wenn sie von extrem linker Seite kommen. Und das stört die Zusammenarbeit und das bringt Angst und Mißtrauen zwischen den Volksgruppen und das muß ich heute rügen, weil ich auch meinen Teil von Verantwortung für die Zusammenarbeit in Südtirol trage, in meiner Stellung, die ich heute habe. Aber gerade aus dieser Verantwortung heraus muß man den Leuten die ganze Wahrheit sagen und nicht nur Angst einjagen. Ich könnte da noch weiteres bringen.

Vom Proporz habe ich schon gesprochen, er ist eine Sondermaßnahme und auf Sondermaßnahmen können die Sprachminderheiten nicht verzichten. Ich habe eine klare Stellungnahme zur Industrie abgegeben, auch zur Industrieförderung, auch zur Zone, die, glaube ich, gerecht ist. Ich lasse mich da nicht von Gefühlen mitreißen, von denen sich vielleicht andere,

die zu meiner Volksgruppe gehören, mitreißen lassen. Das wollte ich ganz klar gesagt haben.

Es ist auch das Thema Universität angeschnitten worden usw. Vielleicht kann ich da nur noch folgendes sagen. Wir werden ja sehen, wenn morgen die Schulreform kommt, daß es für die Lehrer eine Ausbildungsstätte in Südtirol braucht, das weiß ich ganz genau. Aber daß ich so dumm bin, um nicht zu verstehen, daß eine Universität in Südtirol, eine zweisprachige, nur einen geistigen Gegenpol zu Innsbruck zu schaffen bezweckt, damit nach einer politischen Trennung auch eine geistig kulturelle Trennung erfolgt, zu glauben, daß wir so dumm sind, das darf man uns nicht zumuten. Um das geht es letzten Endes, daß man nach einer politischen Trennung auch eine geistig-kulturelle Trennung machen will, indem man einen Gegenpol schafft. Und wenn ich als Realist heute eine politische Trennung zur Kenntnis nehme und mich auch mit Erfolg gegen Träumereien schlage und mich auch in Zukunft Träumereien entgegensetzen werde, so bin ich aber nicht bereit, eine ethnisch-kulturell-geistige Grenze neben der politischen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich glaube, man muß am Ende doch zu dem Satz zurückkommen, der hier so gut angeführt worden ist in unserem Programm, und daß die Politik nicht die sein kann, die der Kollege Boesso da gebracht hat, was die Garantie des Bestandes anbelangt, sondern daß man doch wieder den Satz besonders hervorhebt: "Jede Volksgruppe muß ihrer natürlichen Entwicklung folgen können, d.h. daß zur Festigung des friedlichen Zusammenlebens jeder Versuch verhindert werden muß, den Bestand der Volksgruppen künstlich durch Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen zu ändern." Das ist unsere Aufgabe; das ist die Politik, die wir heute zu führen haben, aber nicht von Änderungen von Verträgen, Statuten und Verfassungsgesetzen zu reden, die noch nicht einmal ganz durchgeführt sind. Denn, wenn da das Mißtrauen kommt, daß man Versprechungen nicht einhalten kann und morgen wieder ändern kann, dann wird das Mißtrauen, wenigstens was den deutschen und ladinischen Teil der Bevölkerung anbelangt, gegenüber Rom größer werden und dann wird nicht für eine bessere Zusammenarbeit gearbeitet. Ich glaube aber, wenn wir versuchen, die friedliche Zusammenarbeit zu fördern, indem verhindert werden muß, den Bestand der Volksgruppen künstlich durch Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen zu ändern, dann kann jede Volksgruppe in Südtirol ohne Angst in die Zukunft sehen, und so soll sie sehen können. Und die Sprachminderheiten, die einen Sonderschutz noch genießen und laut Autonomiestatut zu genießen haben, müssen diesen Sonderschutz mit Sondermaßnahmen haben, und an denen darf man nicht rütteln. Wenn man diese Politik betreibt, dann werden wir einer Zeit entgegengehen, die vielleicht weniger Spannungen bringt als es heute der Fall ist. So viele Spannungen sind zwar auch noch nicht da, aber man kann sie durch unkluge Aussagen nähren.

Ich bedauere außerordentlich, daß ich nicht in der Lage war, weil ich überrascht worden bin, auf alle Redner so genau einzugehen, aber ich hoffe doch, einige Aussagen auf diesem Gebiete gemacht zu haben.

Ich danke Ihnen vielmals für Ihre Aufmerksamkeit.

PRÄSIDENT: Die Sitzung wird damit abgeschlossen; am Nachmittag beginnen wir wieder um 15 Uhr und ich würde die Fraktionssprecher bitten, um 15 Uhr hier zu sein zu einer kurzen Fraktionssprechersitzung zwecks Festlegung der Redezeiten für die nächsten Punkte.

Bitte, Abg. Kaserer.

KASERER (SVP): Ich schlage vor, die Fraktionssprecher doch vor 15 Uhr einzuladen, damit um 15 Uhr die Sitzung beginnen kann.

PRÄSIDENT: Ich sehe, daß einige Abgeordnete gegen den Vorschlag des Abg. Kaserer sind. Somit beginnt die Fraktionssprechersitzung um 15 Uhr und die Sitzung um 15.15 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 13.00 UHR

ORE 15.28 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich gebe bekannt, daß die Fraktionssprecher die Meinung vertreten haben, daß man sich bemühen sollte, innerhalb 20 Uhr abzuschließen, d.h. daß man auf die Weise die Nachtsitzung vermeiden könnte. Aber unsere Geschäftsordnung sieht nichts Besonderes vor, es sind keine Redezeitbegrenzungen für die Punkte, die jetzt noch auf der Tagesordnung stehen, es ist nichts vorgesehen. Deswegen ist das wenschon eine Art Selbsteinschränkung, die sich die einzelnen auferlegen sollen oder möchten. In diesem Sinne hat man sich also einen Orientierungsrahmen gegeben.

Wir sind bei den Stimmabgabeerklärungen. Wer meldet sich zu Wort? Niemand. Somit ist dieser Punkt abgeschlossen und ich bitte um die Verteilung der Stimmzettel zur Wahl des Landeshauptmannes.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 29, Dr. Silvius Magnago 25 Stimmen, Dr. Alfons Benedikter und Dr. Otto Saurer je 1 Stimme, ungültig 1, weiß 1.

Ich möchte Sie herzlich beglückwünschen, Herr Landeshauptmann, und Sie bitten, im Falle, wenn Sie wünschen, auf dem Ihnen zustehenden Platz Platz zunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung: "Bestimmung der Zahl der wirklichen Landesräte und der Ersatz-Landesräte".

Punto 2 dell'ordine del giorno: "Determinazione del numero degli Assessori effettivi e supplenti".

Das Wort hat der Abg. Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Namens der Südtiroler Volkspartei und auch im Auftrage der Koalitionspartner der DC und des PSI erlaube ich mir vorzuschlagen, daß der Landesausschuß aus insgesamt 14 Personen bestehen möge, wovon wir den Landeshauptmann, also einen Vertreter bereits gewählt haben. Demzufolge müßten jetzt noch weitere folgende Landesräte gewählt werden, und zwar als effektive Landesräte sechs, die der deutschen Volksgruppe angehören, drei, die der italienischen Volksgruppe angehören, und einer, der der ladinischen Volksgruppe angehört, sowie drei Ersatz-Landesräte, von denen zwei der deutschen Volksgruppe zugehören und einer der italienischen Volksgruppe zugehört. Danke!

PRÄSIDENT: Sind weitere Vorschläge? Bitte, Abg. Langer.

LANGER (AS): Die Zahl der Mitglieder des Landesausschusses wird ganz offensichtlich rein nach den Erfordernissen der politischen Postenverteilung festgesetzt. Es gibt kein einsichtiges Kriterium, weswegen der zukünftige Landesausschuß aus 14 Personen bestehen soll. Die einzige Erklärung dafür liegt in folgenden zwei Fakten. Erstens ist das, wie ich schon in der Generaldebatte erläutert habe, ein Macht- und Ämterkompromiß, den Magnago im Jahre 1973 festgeschrieben hat und die Anzahl der Mitglieder der Landesregierung auf 13 fixiert hat. Dazugekommen ist, daß man in dieser Legislatur nicht umhin kann, einen Ladiner in die Landesregierung einzubauen, und das stellt ein absolutes Novum dar - ich werde darauf später noch zurückkommen -, einen Ladiner, der sich als solcher erklärt. Und deswegen scheint es uns völlig ungerechtfertigt, die Anzahl der Mitglieder der Landesregierung auf 14 zu erhöhen. Wennschon würden die 13 von vorher genauso genügen, nur wußte man nicht, wie jemanden von diesem Sessel wieder herunterbefördert. Deswegen hat man kurzerhand unter Zuhilfenahme der Mathematik ein weiteres Stühlele an den großen Tisch angeflickt, man kann sogar direkt optisch daran sehen, daß die Farbe für das neue Stühlele, bzw. für den neuen Tisch noch so neu ist, daß man wirklich von einem Zusatzsessel, so wie im Autobus sprechen kann. Und wir sehen absolut nicht ein, warum die Steuerzahler dafür aufkommen sollen und in einem Parlament, das aus 35 Mitgliedern besteht, 14 Regierungsmitglieder bestellen und bezahlen soll. Wir sind der Meinung, daß dieses absolute Übergewicht der Exekutive, daß also fast knapp die Hälfte der Mitglieder dieses Parlaments zur Exekutive gehören, so daß beispielsweise bei bestimmten Parteien, siehe die Democrazia Cristiana und Partito Socialista absolut kein normales parlamentarisches Mitglied, also kein Fußvolk mehr übrigbleibt, daß lauter Offiziere und keine Fußsoldaten mehr da sind, daß das Volk dafür natürlich auch kostenmäßig aufkommen soll, daß das absolut kein einsichtiger Grund ist. Hingegen ließe sich eine Umverteilung von Kompetenzen und Zuständigkeitsbereichen durchaus so vornehmen, daß man ohne weiteres mit unseren Vorstellungen nach 10 Regierungs-

mitgliedern auskommen könnte. Beispielsweise würden wir uns vorstellen, daß in einer vernünftig organisierten Landesregierung der Bereich Arbeit und Wirtschaft zusammengehören müßte, daß in einer vernünftig organisierten Landesregierung der Bereich beispielsweise Raumordnung, Umweltschutz und Landwirtschaft durchaus zusammengehören könnte, und dazu auch noch Gewässerschutz beispielsweise, Wildbachverbauung und ähnliches, obwohl wir natürlich heute sagen müssen, daß wir nur hoffen können, daß bestimmte Assessoren nicht allzuviel Mitsprache beispielsweise in Sache Umweltschutz ausüben. In einer vernünftig organisierten Landesregierung ist es absolut nicht einzusehen, warum z.B. die physische und psychische Gesundheit nicht unter demselben Dach verwaltet wird bzw. die gesamte Gesundheitsvorsorge in denselben Händen liegt. Bei einer vernünftig organisierten Landesregierung wäre unter Umständen noch zu verstehen, daß für die kulturellen Belange nach Sprachgruppen getrennt verwaltet wird, beispielsweise Schule und Kultur, weil sehr spezifische Aufgaben zur Wahrung der Eigenart der Sprachgruppen auf dem Spiel stehen, aber warum beispielsweise bestimmte Bereiche, wie Handel, Handwerk, Industrie, Fürsorge, Sport und ähnliche Belange praktisch verdoppelt werden sollen, damit jede Partei und jeder Assessor stimmenmäßig auf seine Rechnung kommt und seine Klienteln besser kontrollieren kann, ist eigentlich nicht einzusehen. Genauso wie unserer Meinung nach nicht einzusehen ist, warum z.B. die gesamte Vermögensverwaltung des Landes, einbegriffen die öffentlichen Arbeiten, nicht in denselben Händen konzentriert werden kann und zusammen beispielsweise auch mit dem öffentlichen Wohnbau, weil das schließlich auch zu einem wichtigen, sogar hervorragend wichtigen Aspekt des Landesvermögens und der Vermögensverwaltung gehört.

Deswegen können wir dem Vorschlag absolut nicht unsere Zustimmung geben, daß die neue Landesregierung sogar auf 14 Personen aufgestockt werden soll, weil das, wie gesagt,

- 1) eine Verschwendung von Steuergeldern darstellt,
- 2) eine unrationelle Verteilung von Kompetenzen, ausschließlich nach Gesichtspunkten des Postenschachers darstellt, und
- 3) weil dadurch eine absolut ungerechtfertigte, unharmonische Zusammensetzung in der Gewichtung zwischen Exekutive und Legislative hergestellt wird, was unserer Meinung nach einmal mehr bestätigt, daß es sich hier um ein Regime handelt, daß die Gewaltenteilung absolut unbekannt ist.

Das sind die Gründe, warum wir den Vorschlag machen wollen, daß die Landesregierung durchaus auch mit 10 Mitgliedern handlungsfähig ist und deswegen spreche ich mich gegen den Vorschlag der 14 Mitglieder aus.

MERANER (PDU): Ein technischer Einwand. Ich würde vorschlagen, daß wir die Sitzordnung vertauschen, weil vorne wesentlich mehr Leute sitzen als hinten und da wären eigentlich mehr Plätze.

FRASNELLI (SVP): Es sind vom Kollegen Langer einige Punkte aufgezeigt worden und ich glaube, man kann da einige Überlegungen dazunehmen. Sie wissen, daß der Landtag bisher aus 34 Landtagsabgeordneten bestanden hat und aufgrund der demographischen Entwicklung in den beiden Provinzen bis jetzt für jede Provinz je 35 Landtagsabgeordnete trägt. Wir haben also einen Landtagsabgeordneten dazugenommen. Es werden nach unserem Vorschlag also in der jetzt anlaufenden Legislatur genau so viele Landtagsabgeordnete im Plenum sitzen wie dies in der letzten Legislatur der Fall gewesen ist. Dies zum ersten.

Zum zweiten. Die Frage der Ressortzuordnungen. Da möchte ich eines sagen: Es ist der Vorschlag gemacht worden, Arbeit und Wirtschaft. Es steht im Übrigen dem Landeshauptmann zu, die Delegation der Materien vorzunehmen, aber wir denken daran, Gesundheit und Arbeit wie berufliche Ausbildung z.B. zusammenzulegen. Wenn man nun weiß, daß z.B. im Bereich Gesundheitspolitik der Aspekt der Prävention, der einen neuen Stellenwert bekommen muß; und wenn man weiß wie z.B. im Bereich gerade des Arbeitsschutzes dieser präventive Aspekt von elementarer Wichtigkeit ist, da kann man schon daraus ersehen, daß z.B. das Zusammenlegen von Gesundheit, Arbeit und Arbeitsmarkt, berufliche Ausbildung, daß hier sehr wohl ein sehr logischer und auch notwendiger Zusammenhang drinnen ist.

Drittens, was die rationellere Anordnung der Ämter, das Untereindachbringen anlangt, es ist das Beispiel aus dem Gesundheitswesen gebracht worden. Ich erlaube mir zu sagen, daß die Koalitionsparteien ja in das Programm selbst aufgenommen haben, daß es zu einer rationelleren Anordnung der verschiedenen Ämter, womöglich unter wenig Dächern, kommt.

Dies sind ein paar Überlegungen, die ich mir erlaubt habe, zu Ihre Ausführungen dazuzunehmen. Danke!

EMERI (AS): Vorrei tornare su quanto accennato dal collega Langer, per quanto riguarda la divisione tra la sanità e la psichiatria. Se storicamente aveva un senso, quando la competenza provinciale era soltanto quella della psichiatria, dopo la riforma e dopo che tutta la sanità è entrata a far parte delle competenze provinciali, non ha più senso, a mio parere, e si arriva a rendere orfana la psichiatria di una direzione e di una programmazione valida. Certamente è una cosa che non si decide in questo momento, ma volevo segnalare che la razionalità ci dovrebbe indurre a ricongiungere questi due tronconi, che non ha senso lasciare divisi.

PRÄSIDENT: Meldet sich noch jemand zur Anzahl zu Wort? Wenn niemand, dann stimmen wir über den Vorschlag Frasnelli ab.

LANGER (AS): (unterbricht)

PRÄSIDENT: Ich habe das nicht mitbekommen. Entschuldigen Sie. Ich habe nur in Erinnerung, daß Sie sich gegen den Antrag ausgesprochen haben. Der weitergehende ist sicher der von Frasnelli und wenn der eine

Mehrheit erhält, dann erübrigt es sich wohl, über den anderen abzustimmen.

LANGER (AS): Herr Präsident, ich glaube, daß man das Wort weitergehend nicht so interpretieren kann, daß der Vorschlag weitergehend ist, der mehr Regierungssessel vorsieht, sondern weitergehend ist der, der sich vom bisher praktizierten am weitesten entfernt. Deswegen würde ich bitten, daß wennschon über den Gegenvorschlag zuerst abgestimmt wird.

PRÄSIDENT: Auf alle Fälle wurde der von Frasnelli zuerst eingebracht und ich möchte mir als Präsident erlauben, den als ersten zur Abstimmung zu bringen.

Bitte, Abg. Meraner.

MERANER (PDU): Der Vorschlag von Dr. Langer ist ein Gegenvorschlag und ich glaube schon, daß man über den Gegenvorschlag zuerst abzustimmen hat.

PRÄSIDENT: Das ist nirgends in der Geschäftsordnung festgelegt, es heißt nur, daß die weitergehenden zuerst abgestimmt werden müssen.

Also, wir stimmen über den Antrag Dr. Frasnelli ab: bei 3 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung ist der Antrag mehrheitlich angenommen.

Punkt 3 der Tagesordnung: "Wahl der wirklichen Landesräte".

Punto 3) dell'ordine del giorno: "Elezione degli Assessori effettivi".

Der Abg. Langer hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet.

LANGER (AS): Herr Präsident! Es ist mir nicht gestattet, auf den gerade abgelaufenen Vorgang zurückzukommen, aber ich möchte bitten, daß in Zukunft der Ausdruck weitergehend so interpretiert wird, daß der Vorschlag, der möglicherweise unterliegt, als der weitergehende angesehen wird und zuerst zur Abstimmung gebracht wird, weil sonst die Logik der Abstimmung nicht eingehalten wird, sonst kann man über den Vorschlag gar nicht mehr abstimmen, wie es gerade vorhin passiert ist. Genauso wie normalerweise über einen Abänderungsvorschlag vor dem eigentlichen Text abgestimmt wird, scheint mir, muß die Möglichkeit gegeben werden, im Sinne der Geschäftsordnung, daß die eingebrachten Vorschläge auch tatsächlich zur Abstimmung kommen.

PRÄSIDENT: Der von Ihnen gemachte Vorschlag ist für mich kein Kriterium. Das Kriterium kann nur sein: Zusatzantrag, Änderungsantrag oder ein Antrag, der weitergehend ist oder weniger weit. Das ist für mich ein Kriterium, aber nicht die Wahrscheinlichkeit, ob er eine Mehrheit erhält oder nicht.

Wer meldet sich zum Punkt 3) zu Wort? Bitte, Abg. Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Der Tagesordnungspunkt 3) beinhaltet die Wahl der wirklichen Landesräte. Im Sinne des vorher gemachten Vorschlages erlaube ich mir vorzuschlagen, daß wir zunächst die wirklichen Landesräte für die deutsche Sprachgruppe zur Abstimmung bringen, und dazu schlage ich folgende sechs Personen vor: Dr. Alfons Benedikter, Dr. Luis Durnwalder, Dr. Hans Rubner, Dr. Otto Saurer, Dr. Franz Spögler und Dr. Anton Zelger.

PRÄSIDENT: Sind weitere Vorschläge? Ich möchte nur noch bekanntgeben, daß ethnisch getrennt abgestimmt wird, so wie das bisher immer der Fall gewesen ist. Wir stimmen jetzt über die wirklichen Landesräte ab, die der deutschen Volksgruppe zustehen. Danach über die wirklichen Landesräte der italienischen Volksgruppe und dann über die wirklichen Landesräte der ladinischen Volksgruppe und zum Schluß über die Ersatz-Landesräte.

Bitte, Abg. Sfondrini.

SFONDRINI (PSI): Va bene, ma quando votiamo per i vicepresidenti della Giunta?

PRÄSIDENT: Die Wahl der Stellvertreter erfolgt danach, denn es müssen auf alle Fälle Mitglieder der Landesregierung sein. Zunächst müssen sie zu Landesräten gewählt werden und dann können aus der Runde dann zwei zu Stellvertretern gewählt werden.

SFONDRINI (PSI): Ho chiesto la parola, perché non ci siamo chiariti sufficientemente su questo punto, quando ci siamo incontrati come capigruppo. Mi sembrava che avessimo detto di votare prima i due Vicepresidenti. Non ho sentito allora molto bene la conclusione dei capigruppo. Pertanto, prima si votano gli effettivi del gruppo linguistico tedesco, poi gli effettivi del gruppo linguistico italiano ecc.

LANGER (AS): Ich möchte auf ein Detail hinweisen, das aber nicht ohne Bedeutung ist, gerade weil heute vom Proporz die Rede war. Aus den letzten Landtagswahlen sind auf dem Verbuchungspapier im Landtag die Sprachgruppen verschieden stark im Vergleich zu früher hervorgegangen. Im besonderen ist die deutsche Sprachgruppe im Landtagsproporz etwas gesunken, die ladinische Sprachgruppe etwas gestiegen und die italienische Sprachgruppe ebenfalls etwas gestiegen. Nun beweist gerade die Handhabung des Propozes bei der Besetzung der Regierungsämter, daß man den Proporz durchaus auch flexibel zu handhaben weiß, wenn das ins Konzept paßt. So ist beispielsweise die ethnische Verteilung der Plätze in der Landesregierung seit 1973 unverändert vor sich gegangen, obwohl erhebliche sprachliche Verschiebungen im Landtag stattgefunden haben. Nur um daran zu erinnern, der Landtag von 1973 hat mit seinen damals 34 Mitgliedern

eine bestimmte ethnische Zusammensetzung gehabt, der Landtag 1978 hat sich in seiner sprachlichen Zusammensetzung geändert, er hat sich dann Ende 1981 noch einmal in seiner Zusammensetzung verändert und hat sich jetzt wieder verändert. Trotz dieser Veränderungen im Landtag bleibt die ethnische Zusammensetzung der Landesregierung, laut Vorschlag, der von den Koalitionsparteien ausgehandelt worden ist, immer dieselbe. Das beweist also ganz offensichtlich, daß wenn man den Proporz flexibel handhaben will, man dazu auch durchaus imstande ist, wenn das ins politische Koalitionskonzept paßt.

Auf diesen Umstand wollte ich hinweisen. Im übrigen werden wir uns dem Vorschlag, den Abg. Frasnelli über die Benennung der Assessoren gemacht hat, auf keinen Fall anschließen, auch weil es sich bei einem großen Teil der vorgeschlagenen Assessoren um Personen handelt, die derzeit vor der Gerichtsbehörde stehen, weil sie beschuldigt werden, mit ihrem Amte Mißbrauch getrieben zu haben, z.B. in Form von Verwendung, von unzulässiger Verwendung des Dienstwagens für ihre privaten und parteipolitischen Zwecke. Es läuft diesbezüglich, wie man weiß, ein Verfahren beim Bozner Landesgericht und es scheint mir zumindest von geringer Sensibilität zu zeugen, wenn man heute unverfroren hergeht und tut, als ob nichts gewesen wäre und diese Personen wieder zu Mitgliedern der Landesregierung vorschlägt. Anderswo sind ähnliche Skandale, im besonderen erinnere ich an den jüngst stattgefundenen Prozeß gegen den Landesrat Rubner, trotz des Ausgangs mit Amnestie, anderswo haben solche Vorgänge zu spontanen Rücktritten von Regierungsmitgliedern geführt, zumindest solange die Sache nicht geklärt war. In Südtirol besitzt man offensichtlich eine derartige Dickfelligkeit, daß da kommen kann was kommen mag, solange einer nicht im Gefängnis sitzt kann er ruhig weiterregieren.

FERRETTI (DC): Per quanto riguarda la proporzionale e la consistenza dei gruppi linguistici all'interno del Consiglio provinciale, é vero che si é modificata rispetto alla scorsa legislatura. Allora su 34 c'erano 9 consiglieri di lingua italiana ed uno ladino. Questa volta su 35 ci sono 10 consiglieri di lingua italiana e due ladini. E' proprio a seguito di questa modificata proporzione dei due ladini, che il collega Frasnelli, anche a nome della Democrazia Cristiana, e penso anche a nome del Partito Socialista, ha fatto la proposta di allargare a 14 il numero degli Assessori, di cui 11 siano effettivi. Ebbene, fatte tutte le proporzioni, nel rispetto dello Statuto, oggi il gruppo di lingua italiana in questo rapporto ha diritto a tre Assessori effettivi. Questa volta sono tre Assessori ed un pezzettino di più; l'altra volta erano tre Assessori ed un pezzettino di meno. Visto che ancora non siamo arrivati a dividere le persone é inevitabile che si rimanga in questi rapporti e quindi ci sentiamo di condividere la proposta effettuata. Sappiamo che nel ragionamento della proporzionale queste possibilità sono suscettibili da accadere e di conseguenza non abbiamo nulla da dire e riteniamo che sia un rapporto corretto.

Per l'altro problema che qui é stato sollevato, vorrei far notare come dal dopoguerra in poi molti amministratori siano stati inquisiti, ma mai nessuno, per le ragioni dell'ufficio che ricopre, é stato condannato. Se noi, ogni volta che l'amministratore é inquisito, dovessimo procedere alle dimissioni, avremmo una Giunta provinciale e probabilmente anche altri organismi eletti per volontà popolare che si alternano continuamente a seconda dell'intuizione e degli interventi che compie la magistratura, che - non voglio esprimere un'affermazione assoluta - non é mai arrivata a condannare definitivamente nessuno degli amministratori di questa Provincia, mentre per i comuni talvolta é accaduto e le conseguenze sono state trattate.

Se noi, sulla base di oltre sette lustri di democrazia, dovessimo, perché un amministratore é inquisito, procedere alle dimissioni temporanee - talvolta queste dimissioni potrebbero durare anche tutta la legislatura - noi rischieremmo, in mancanza di evidenti fatti probatori - fino ad oggi ciò si é verificato -, di delegare ad altri un potere che appartiene al popolo e che il popolo ha espresso in modo palese ed in modo che deve essere duraturo e garantito. Mi pare che ne vada della stabilità, della serietà e della coerenza di comportamento politico delle istituzioni.

Quindi, così stando le cose, non mi sento di poter condividere questo suggerimento, perché in ragione dell'ufficio che coprono fino ad oggi non mi risulta che nessuno sia stato condannato definitivamente e se dovessimo tener conto di quanto fa la magistratura, che in passato mai é arrivata a giudicare in modo definitivo colpevole un amministratore, rischieremmo di sottoporre alla ghigliottina di un altro organo indipendente dello Stato, un organo indipendente qual é il Consiglio provinciale o la Giunta.

PRÄSIDENT: Ich möchte nur dazwischenwerfen, daß wir über die Anzahl eigentlich schon gesprochen haben. Es stehen jetzt die Namen der wirklichen Assessoren, der Landesräte der deutschen Sprachgruppe zur Diskussion. Es sind einige Vorschläge gemacht worden. Sind noch weitere Vorschläge oder gibt es zu diesen Vorschlägen Wortmeldungen?

Bitte, Abg. Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Was das Verhältnis anlangt und auch im Zusammenhang mit dem, was der Kollege vorhin gesagt hat, möchte ich sagen, daß die proporzmäßige Berechnung für die deutsche Volksgruppe, ausgehend vom 14ner Vorschlag, den ich gemacht habe, die Zahl 9,20 ergibt, für die italienische Volksgruppe 4,00 und für die ladinische Volksgruppe 0,80, so daß man sagen kann, daß also der Vorschlag der mathematischen Berechnung voll entspricht.

Im Übrigen, was den zweiten Teil anlangt, schließe ich mich dem an, was der Kollege Ferretti gesagt hat.

LANGER (AS): Rispondo brevemente al collega Ferretti. Sui sei nomi che sono stati proposti, cinque sono inquisiti. Prendo atto che nessuno può essere considerato colpevole prima di una condanna; di questo sono molto convinto e non metto questo in discussione; però considerando questa composizione osservo che sembra quasi un titolo di merito per essere proposti alla carica di Assessore quello di essere inquisito; infatti dei sei nomi proposti cinque sono inquisiti dalla magistratura. Ognuno tragga le conseguenze che vuole.

Quindi, collega Ferretti, mi sembra che la Sua difesa d'ufficio sia debole e indichi un criterio pericoloso di noncuranza per la magistratura. Non si tratta solo di denunce fatte da qualcuno, ma si tratta di procedimento istruttorio già aperto.

Per quanto riguarda viceversa le giustificazioni ascoltate sulla proporzionale, prendo atto che esiste un modo per far tornare i conti della proporzionale quando si vogliono far tornare i conti, cioè di allargare gli organici.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand, dann bitte ich um die Verteilung der Stimmzettel.

Jeder kann so viele aufschreiben, wie vorgeschlagen sind: Dr. Benedikter, Dr. Durnwalder, Dr. Rubner, Dr. Saurer, Dr. Spögler, Dr. Zelger.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 32, Dr. Benedikter 27 Stimmen, Dr. Durnwalder 27, Dr. Rubner 26, Dr. Saurer 25, Dr. Spögler 26, Dr. Zelger 26, weiße Stimmzettel 3.

Damit sind die genannten Abgeordneten zu Landesräten gewählt. Ich möchte Sie dazu herzlich beglückwünschen und bitten, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Wir kommen zur Wahl der wirklichen Landesräte der italienischen Sprachgruppe. Der Abg. Balzarini hat sich zu Wort gemeldet.

BALZARINI (DC): Propongo come Assessori di lingua italiana i colleghi Dott. Bolognini, Dott. Ferretti e Sfondrini.

BOESSO (PRI): Io chiedo la parola per dichiarazione di voto. Signor Presidente, mi spiace che per impegni precedentemente assunti non ho potuto essere presente alle precedenti votazioni. Colgo l'occasione per dire che, come già annunciato, avrei votato a favore del Presidente della Giunta Magnago, perché, con o senza i repubblicani, una Giunta in Alto Adige poteva essere diretta solo da lui. Non tengo conto delle affermazioni del consigliere Meraner, al quale vorrei ricordare che Ugo La Malfa, dopo i settant'anni, ha fatto le cose migliori della sua vita.

Per ritornare agli Assessori, dichiaro che avrei votato a favore dell'Assessore Saurer.

PRESIDENTE: Ma qui stiamo parlando degli Assessori di lingua italiana!

BOESSO (PRI): Ho capito, ma qui sto dicendo cosa avrei fatto questa mattina.

CONSIGLIERI: (interrompono - unterbrechen)

BOESSO (PRI): Io non parlo mai più di dieci minuti; se imparaste da me ad essere brevi e concisi, si farebbe molto più lavoro in minor tempo, senza passare delle mattinate a parlarsi addosso, come è stato fatto ieri.

Comunque, poiché il Partito Repubblicano ha presentato tre documenti, uno sulla casa, uno sulla sanità ed uno sull'istruzione, voto a favore di questi tre nominativi ed in particolare di Ferretti, con l'augurio che legga cosa ha scritto il Partito Repubblicano e che capisca cosa chiede questo partito. Sono cose semplici che fanno bene alla popolazione, fanno onore agli Assessori che prenderanno queste iniziative. Concludo dicendo che voto a favore di questi tre nominati.

MITOLO (MSI-DN): Signor Presidente, egregi colleghi, avevo poca voglia di prendere la parola, ma mi pare che chiudere questa seduta senza ribadire alcuni concetti non valesse proprio la pena e lo faccio in occasione della elezione degli Assessori effettivi di lingua italiana, per la loro partecipazione alla coalizione. Il fatto trae motivo soprattutto da quanto si è svolto durante il dibattito e dalle ultime dichiarazioni, in particolare quella del Presidente Magnago, che lungi dal chiarire, come ci saremmo aspettati, i dubbi e le preoccupazioni che si erano andate prospettando, proprio nel corso degli interventi ed a seguito della lettura del cosiddetto programma di coalizione, ci saremmo attesi più valide e soprattutto più chiare e più precise risposte. Non ho ancora capito esattamente quale sia la portata dell'accordo come tale, se nell'accordo è previsto che i vari partiti che vanno a comporre la Giunta abbiano rinunciato ciascuno a qualche cosa delle loro proposte, dei loro principi, delle loro condizioni, poste all'inizio delle trattative. Mi sembra che proprio dalla lettura del programma ed a seguito delle dichiarazioni svolte, tutto resti come prima. Tutto resta cioè come cinque anni fa, quando si volle la Giunta a titolo etnico, perché alcuni principi ritenuti importantissimi, in particolare da parte del gruppo di lingua italiana, non venivano rispettati. Si citava allora in particolare l'applicazione della proporzionale etnica per quanto concerneva l'applicazione dell'art.15 dello Statuto e per l'applicazione della stessa proporzionale etnica nei confronti di eventuali concorsi e per l'assunzione di personale negli enti pubblici e negli enti locali. Non solo, ma anche si faceva cenno allora che una delle condizioni inderogabili per l'accettazione di un accordo di coalizione doveva essere l'applicazione di norme che ri-

guardassero l'apprendimento precoce della lingua tedesca. Questi problemi sono rimasti insoluti. Restano sul tavolo ancora oggi, dopo cinque anni di legislatura e dopo tutto quanto è stato fatto in questi cinque mesi per la costruzione di questa Giunta di coalizione.

Dirò di più: in questa bozza di contratto e di accordo esiste un punto che per noi è fondamentale e che riguarda - in proposito il Presidente Magnago è stato piuttosto evasivo - proprio la toponomastica. E' su questo argomento che richiamo in particolare l'attenzione dei colleghi di lingua italiana che andranno a rappresentare la minoranza del gruppo di lingua italiana, perché anche questo è un fatto che intendo sottolineare ancora una volta: la maggioranza del gruppo di lingua italiana resta all'opposizione. Io intendo richiamare l'attenzione sulla gravità della scelta fatta nell'accordo programmatico, a proposito della toponomastica, di cui si è parlato fino ad un certo punto, ma non si è voluto chiarire che cosa significasse quella frase, posta a base del programma stesso, con la quale si rinuncia a ritenere che facciano parte del patrimonio storico e popolare i toponimi, di cui alle leggi del 1923 e 1940, impropriamente detti i toponimi di Tolomei. Questo fatto è per me di una gravità estrema, perché rappresenta ancora una volta un cedimento di principio di cui noi riteniamo di dover addossare la responsabilità precisa ai partiti italiani, che verranno a comporre la Giunta, ma contro i quali ci batteremo con i mezzi e le possibilità che avremo nel corso del tempo.

Credo che questa nuova Giunta non rappresenti nulla di nuovo e soprattutto non rappresenti quel salto di qualità che si voleva far apparire, proprio quando si è voluta presentare come una Giunta che avesse compiuto chissà quale atto storico nel definire la propria composizione ed il proprio organico sulla base del principio per cui l'autonomia dovrebbe tornare a vantaggio di tutti e tre i gruppi linguistici.

Restano aperti tutti i grossi problemi che hanno caratterizzato la battaglia del 20 novembre e restano ancora aperte altre gravi situazioni e, senza voler tingere di fosco il quadro, resta comunque per il gruppo di lingua italiana davanti a sé un periodo di enormi difficoltà. Sentiamo tutta la responsabilità di quanto accadrà e noi ci faremo carico, per quanto ci riguarda, delle nostre responsabilità, ma anche dei nostri impegni, per cercare di evitare che l'avvenire sia difficile ancor più di quanto lo sia il presente che stiamo vivendo. Queste sono le ragioni che ci inducono a votare contro: motivazioni che attengono a ragioni di carattere politico generale e soprattutto attengono anche a ragioni di carattere morale.

EMERI (AS): L'applicazione della proporzionale per la costituzione dell'esecutivo mi sembra una violenza ancora maggiore che negli altri campi. Mi rendo conto oggi concretamente che la mia presenza in Consiglio provinciale serve per dare l'Assessorato a Ferretti e Bolognini, per esempio, con i quali non mi sento di avere, sul piano politico, nulla in comune. Anche il fatto che la presenza di italiani in maggiore o minore

misura determini in maggiore o minore misura la presenza di dipendenti provinciali, é un'altra cosa che mi sembra debba quanto prima venire eliminata, proprio perché determina come conseguenza ulteriore la formazione, l'introduzione o meno nelle liste elettorali di persone di un gruppo in liste formate prevalentemente dall'altro gruppo. Volevo soltanto manifestare il mio disagio.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zu Wort? Wenn niemand, dann bitte ich um die Verteilung der Stimmzettel. Vorgeschlagen sind die Abg. Dott. Bolognini, Dott. Ferretti und Sfondrini.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 33, Dott. Bolognini 26, Dott. Ferretti 27, Sfondrini 25, weiße Stimmzettel 5, ungültig 1.

Damit sind Dott. Ferretti und Herr Sfondrini zu Mitgliedern der Landesregierung gewählt. Was den Herrn Dott. Bolognini betrifft, muß ich ihn fragen - es entsteht bei ihm eine Unvereinbarkeit zwischen Vizepräsidentschaft und der Mitgliedschaft in der Landesregierung -, für was er optieren möchte.

BOLOGNINI (DC): Io rinuncio alla Vicepresidenza.

PRÄSIDENT: Damit ist die Vizepräsidentschaft im Landtag vakant. Im Sinne des Regionalgesetzes vom 20. August 1952 und folgenden Änderungen ist vorgesehen, daß innerhalb spätestens der nächsten Sitzung der Landtagspräsident bzw. Vizepräsident bei seinem Ausscheiden wieder neu gewählt werden muß.

Damit ist auch der Abg. Bolognini zum Mitglied der Landesregierung gewählt worden.

Ich beglückwünsche Sie dazu und bitte Sie, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Wir kommen nun zur Wahl des wirklichen Landesrates der ladinischen Sprachgruppe. Der Abg. Frasnelli hat das Wort.

FRASNELLI (SVP): Im Namen der Koalitionsparteien erlaube ich mir, als Vertreter der ladinischen Sprachgruppe als effektiven Landesrat Dr. Hugo Valentin vorzuschlagen.

LANGER (AS): Wie Sie alle wissen, Kolleginnen und Kollegen, wird durch den voraussichtlichen Eintritt des Kollegen Valentin in die Landesregierung eines unserer Wahlversprechen bzw. eine Verpflichtung, die wir bei der Wahl auf uns genommen haben, verwirklicht, daß wir nämlich den Ladinern versprochen haben, ihnen, erstmalig in der Geschichte der Autonomie, zu einem zumindest heute bekennenden Ladiner in der Landesregie-

zung zu verhelfen. Dieser Fall ist deswegen erstmalig, weil in der Vergangenheit ein zwar ladinisches Mitglied in der Landesregierung gesessen ist, und zwar sogar auch an der Spitze der Landesregierung mit dem damaligen Landeshauptmann Pupp. Er war auch Landtagspräsident und Regionalratspräsident, aber, um diese Ämter bekleiden zu können, mußte er sein Ladinertum verleugnen, weil das Statut und die entsprechenden Bestimmungen dazu nicht vorsahen und auch heute nicht vorsehen, daß Ladiner bestimmte Ämter bekleiden können, so z.B. das Amt des Landtagspräsidenten oder Vizepräsidenten, das Amt des Regionalratspräsidenten oder Regionalratsvizepräsidenten, beispielsweise ist auch nicht vorgesehen, daß Ladinische Mitglieder des Verwaltungsgerichtes werden können, und laut Statut, wenn man das Statut wörtlich nimmt, wie Sie es von uns immer wieder verlangen, dürften Ladiner überhaupt nicht zu Richtern bestellt werden, weil in der gesamten Gerichtsbarkeit Ladiner nicht vorgesehen sind. Im Statut heißt es, Art.89, letzter Absatz: "Die Bestimmungen, wonach die in der Provinz Bozen bestehenden Stellen vorbehalten und unter der italienischen und der deutschen Sprachgruppe im Verhältnis zu ihrer Stärke aufzuteilen sind, werden auf die Bediensteten der rechtsprechenden und untersuchenden Gerichtsbehörde ausgedehnt. Den Richtern, die der deutschen Sprachgruppe angehören, wird die Beständigkeit des Dienstsitzes in der Provinz Bozen gewährleistet, vorbehaltlich der Bestimmungen der Gerichtsordnung über die Unvereinbarkeiten" usw. Trotzdem hat man in diesem Falle ohne weiteres diesen Artikel des Statutes unserer Meinung nach zu Recht flexibel interpretiert und durch neue Durchführungsbestimmungen 1981 die Möglichkeit geschaffen. Nur, wenn die Flexibilität für einige Artikel des Statutes gelten darf und gilt, dann müßte sie genauso für andere Artikel gelten. Hier ist das Statut nicht als unverletzliche Grenze für die spätere Ausgestaltung der Gesetze gesehen worden. Aber, gehen wir weg von dem, wir haben bestimmt gegen eine Flexibilisierung nichts einzuwenden und sind für solche Anliegen immer zu haben.

Ich komme zurück auf den damaligen Landeshauptmann und Landtagspräsidenten Pupp. Pupp mußte also seinerzeit, um in diesen Organen wirken zu können, seine Zugehörigkeit zum Ladinertum verleugnen und sich zur starken Sprachgruppe bekennen, zur deutschen Sprachgruppe, um solche Ämter bekleiden zu können. Ich bin den umgekehrten Weg gegangen. Ich habe meine effektive Zugehörigkeit zur deutschen Sprachgruppe hinter mir liegen lassen und dabei die Zugehörigkeit zur stärksten Sprachgruppe und habe mich zu - man kann ruhig sagen - Buchungszwecken als Ladiner, ich sage selber, als Papierladiner erklärt, um damit einen Akt der Solidarität gegenüber der schwächsten Sprachgruppe in unserem Land zu setzen und um damit auch, das habe ich ebenfalls erklärt, um eine Art politisches Asyl bei den Ladinern anzusuchen, und zwar deswegen, weil die Ladiner die am wenigsten blockgebundene Sprachgruppe in Südtirol sind. Von daher sehen wir es als einen großen Erfolg unserer Liste an, daß heute zum ersten Mal ein heute bekennendes Mitglied der ladinischen Sprachgruppe in die Landesregierung einzieht und wir hoffen, daß auch allen klar ist, dem neuen Mitglied der

Landesregierung und der gesamten Bevölkerung, worauf diese seine Zugehörigkeit zum Landesausschuß zurückzuführen ist. Natürlich können mit dem Einzug des Kollegen Valentin in die Landesregierung Vorteile und Nachteile, Vorteile und Gefahren für die Ladinier als solche entstehen.

Wir hoffen und geben unserem Wunsch diesbezüglich Ausdruck, daß es vor allem Vorteile bringt, und zwar dadurch, daß der Standpunkt der ladinischen Sprach- und Kulturminderheit in Zukunft bei den Verwaltungsakten und sagen wir ruhig auch bei den Gesetzgebungsvorschlägen, die von der Landesregierung kommen, stärker auch diese kleinste Sprachgruppe, aber deswegen nicht weniger wichtige und nicht weniger wertvolle Sprachgruppe unseres Landes berücksichtigt wird. Von daher könnten wir uns also vorstellen, daß bestimmte ladinische Sprach- und Kulturanliegen vor allem, ich denke beispielsweise an den Ausbau von Rundfunk und Fernsehen, ich denke an das Schulwesen beispielsweise, ich denke an die Sprachpflege, ich denke an Vereine, ich denke an die Traditionspflege, an die Erforschung der Täler, usw. daß von daher zumindest ab jetzt kein Alibi da sein wird, den Ladinern Dinge zu nehmen bzw. nicht zu geben oder nicht an sie zu denken, weil von jetzt an ein ladinischer Landesrat amtieren wird. Allerdings bestehen auch erhebliche Gefahren. Es ist doch immer so, daß wenn eine Sache einmal institutionalisiert wird, wenn ein entsprechendes Amt, eine Behörde dafür geschaffen wird, dann werden Dinge sehr leicht auch abgeschoben. So kann es in Zukunft z.B. sein, daß die Landesregierung sagt: "Was wollt ihr Ladinier denn schon, wir haben euch einen Landesrat gegeben", was unmittelbar ja nicht so sehr einen Vorteil für die Ladinier, sondern für den betroffenen Amtskandidaten darstellt; und daß man damit die Probleme der Ladinier als erledigt betrachtet, weil man sagt, jetzt gibt es ja Dr. Valentin in der Landesregierung, der dafür sorgt und daran denkt. Es ist wohl kein Zufall, daß in einer ladinischen Zeitschrift, in einer kritischen ladinischen Zeitschrift, wo gefragt wird, "warum nennt sich der Langer Papierladiner?", dann die Antwort kommt "dann wird der Valentin wohl ein Kartonladiner sein", womit wahrscheinlich auf eine gewisse Härte des entsprechenden Kollegen angespielt wird.

Es besteht auch die Gefahr, daß Kollege Valentin auch in Zukunft, wie er das bisher auch bewiesen hat, mehr Loyalität gegenüber der SVP, also seiner Partei als gegenüber seiner Sprachgruppe beweist und im Zweifelsfalle zwischen den Ladinern und SVP, wie in der Vergangenheit, zugunsten der SVP entscheidet.

Das möchte ich der ladinischen Bevölkerung nicht wünschen, weiß aber von dieser Gefahr und werde deswegen meine Stimme für den Kollegen Valentin nicht abgeben, obwohl meine Präsenz im Landtag also buchungsmäßig der Grund dafür ist, daß er heute in die Landesregierung kommt. Irgendwie ist es natürlich pervers, genauso wie beispielsweise meine Kollegin Emeri durch ihre Anwesenheit im Landtag der Democrazia Cristiana zum dritten Assessorat verhilft, auch Mitolo; jeder wird, je nach sprachlicher Zugehörigkeit, praktisch in einer Art Transsubstantiation umgewandelt in einen Aktienanteil entweder der christdemokratischen und sozialistischen

Mitglieder der Landesregierung oder der SVP-Mitglieder der Landesregierung.

Also, meine Anwesenheit im Landtag wird leider der Grund dazu, daß die SVP noch ein Assessorat mehr in der Landesregierung beansprucht, und das ist gewiß nicht in meinem Sinn. Wir haben uns fest erwartet und vorgenommen, dadurch einen anderen deutschsprachigen SVP-Assessor aus dem Amt zu lupfen und für einen Ladinier Platz zu machen und nicht ein SVP-Assessorat mehr in die Landesregierung einzubauen.

Jetzt werde ich mir noch erlauben, den Kandidaten, den Sie jetzt wählen werden, kurz den Kollegen und der Öffentlichkeit vorzustellen, damit Sie auch wissen, wen Sie jetzt wählen. Und zwar kann ich das am besten zuerst in Form eines Gedichtes machen: Freude und Zufriedenheit sind heute recht verpönt, weil der Großteil meint, dies wäre Resignation; jedoch, ihr Leute, glaubt, der Frieden darauf baut! So hat sich Ihr Kollege und zukünftiger Assessor Valentin dem Volk in der Wahlzeit empfohlen, aber damit das Volk auch genau weiß, was es vor sich hat, hat er diesen Zettel nicht nur mit seinem Bildnis geschmückt, sondern auch mit der Aufforderung: "Landsleute, auf geat's! Diese Rösser stellen wahrscheinlich das Regierungsprogramm des zukünftigen ladinischen Assessors dar. Landsleute, auf geat's! Hin schreiten Sie zur Wahl und wählen Sie ihn."

VALENTIN (SVP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich hätte mir eigentlich etwas anderes vom Kollegen Langer erwartet, aber ich muß hier etwas in Erinnerung rufen, was er selber schon vergessen hat und ich möchte ihm auch bestätigen, daß er eigentlich recht gelehrig zu sein scheint, denn gerade vor drei Jahren, als wir hier über die Sprachgruppenzugehörigkeitserklärung zur bevorstehenden Volkszählung sprachen, hatte ich ihm gerade den Vorschlag gemacht, er sollte sich als Ladinier erklären und er hat es effektiv getan. Allerdings ist ihm da ein Mißgeschick passiert, und zwar eines jetzt hier und das andere eben bei den Wahlen im Herbst. Hier hat er gesagt, wir wollen unser Wahlversprechen verwirklichen oder das Wahlversprechen der Alternativen Liste würde heute durch diese Wahlvorgänge nun verwirklicht. Welches Wahlversprechen war es? Ich glaube, es war mehr ein Betriebsunfall, lieber Kollege Langer, aus Ihrer Sicht. Denn in Erinnerung dessen, was 1973 passiert ist, und Sie haben selber das Jahr 1973 vorhin einmal erwähnt, hatten Sie an Abnützungerscheinungen meinerseits gedacht und sehr wohl gerechnet, daß ich es nicht auf ein Vollmandat bringen würde, so daß Sie dann als einziger Vertreter der Ladinier im Landtag sitzen würden. Sie werden es selbstverständlich nicht zugeben, aber die Tatsachen sind so. Man kann selbstverständlich im nachhinein manches vorheucheln, was man eben zurechtbiegen möchte, aber ich wiederhole noch einmal, ich betrachte es für Sie als einen Betriebsunfall, denn wenn ich beispielsweise nur auf zirka 9.000 Vorzugsstimmen gekommen wäre, dann wäre ich draußen, weil Sie mit Ihren zirka 6.000 Vorzugsstimmen dann sowieso im Landtag gewesen wären. Denn, wenn Sie den Ladinern wirklich diese Hilfestellung hätten bieten wollen,

dann hätten Sie sehr wohl Ihre echten Ladiner, die Sie auf Ihrer Liste gehabt haben, entsprechend unterstützen können, was aber durchaus nicht geschehen ist. Aus diesem Grunde glaube ich, auch trotz oder gerade wegen des gerade verlesenen Gedichtes mich dieser Wahl stellen zu können.

LANGER (AS): Ich stelle mit einer gewissen Verwunderung fest, daß der Kollege Valentin mit einer wahrscheinlich unfreiwilligen Komik sich seine Anwesenheit in der Landesregierung als Folge eines Betriebsunfalles darstellt. Bitte, damit qualifiziert er sich selber.

Ich wiederhole hier, daß wir in der Wahlkampagne von vorneherein erklärt haben, daß durch meine Zugehörigkeitserklärung zu Wahlzwecken zur ladinischen Sprachgruppe erstens sämtliche Parteien gezwungen waren, ihre ladinischen Kandidaten aufzuwerten, und das kann uns niemand leugnen und das gilt sowohl für die Südtiroler Volkspartei als auch für die Democrazia Cristiana. Daß also schon von daher in die innere Dynamik auch anderer wahlwerbender Parteien ein Element der Aufwertung der Ladiner gekommen ist.

Zweitens, daß es sowieso außer Diskussion war, daß der Kollege Valentin mit genügend Stimmen in den Landtag kommt, das ist jedem einsichtigen Beobachter so klar, daß es sich nicht einmal lohnt, näher auf das einzugehen, was Valentin jetzt hier sagen will, um nicht so deutlich zu machen, daß seine Teilnahme an der Landesregierung mathematisch, nicht politisch, von meiner Anwesenheit im Landtag abhängt. Ich möchte eben nur daran erinnern, daß, so wie sein Eintritt in die Landesregierung von meiner Anwesenheit im Landtag abhängt, unter Umständen auch sein Austritt aus der Landesregierung von meinem eventuellen Ausscheiden aus dem Landtag abhängen könnte. Ich würde ihm deswegen empfehlen, in Zukunft seinen Humor anderweitig zu investieren.

PAHL (SVP): Ich will ganz kurz sein. Herr Abg. Langer, Ihre Bemerkungen haben mich zutiefst gerührt, denn wer hat hier für Ladinerschutz und für Minderheitenschutz gesprochen? Das ist der Mann, Herr Abg. Langer, der systematisch gegen den Proporz auftritt, der gegen die Sprachgruppenerklärung seit Jahren eingestellt ist, der durch jahrelange Straßenagitationen für die Nivellierung der ethnischen Unterschiede auftritt, der systematisch und in eigener Person die Aufhetzung vor allem der italienischen Oberschüler betreibt, bei den deutschen gelingt es ihm nicht so sehr. Der damit beiträgt, am Bildungsvorgang an den Schulen durch Verpolitisierung beizutragen.

Was sich hier als Helfer der Ladiner aufspielt und als Helfer für die Minderheiten in Südtirol, das ist in Wahrheit nichts anderes als ein schlecht kaschierter Geist der politischen Anarchie, der Destruktivität und des politischen Nihilismus. Als Südtiroler Volkspartei haben wir Ihre Ideen, Herr Langer, in dieser Hinsicht nicht nötig.

PRÄSIDENT: Meldet sich noch jemand zu Wort? Niemand, dann bitte ich um Verteilung der Stimmzettel.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 33, Dr. Valentin 26 Stimmen, weiße Stimmzettel 7.

Damit ist auch der Abg. Valentin zum wirklichen Landesrat gewählt.

Punkt 4 der Tagesordnung: "Wahl der Ersatz-Landesräte".

Punto 4) dell'ordine del giorno: "Elezione degli Assessori supplenti".

Das Wort hat der Abg. Frasnelli.

FRASNELLI (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Für die Koalitionsparteien möchte ich als Ersatz-Landesräte für die deutsche Sprachgruppe die Herren Sepp Mayr und Dr. Siegfried Messner vorschlagen.

BOESSO (PRI): Signor Presidente, prendo nota che il prossimo Assessore supplente agli enti locali sarà il Dr. Messner. Anche se non lo potrò votare per la mia collocazione all'opposizione, vedo di buon occhio questo cambiamento sia alla sanità che agli enti locali. Alla sanità, credo che tutti ieri abbiate letto di quel giovane sudtirolese morto a 18 anni al neurochirurgico di Verona. Ferito alla testa, è stato trasportato morente a Verona: è morto l'altra notte. E' da quattro anni che insisto affinché sia istituito un reparto di neurochirurgia a Bolzano.

Per quanto riguarda gli enti locali, vedo di buon occhio il collega Messner, perché l'esperienza, che dovrei dire triste, che ho avuto con il braccio di ferro con l'Assessorato agli enti locali è stata negativa, in quanto quando ero consigliere di amministrazione dell'ospedale, dove regnava il lassismo ed il pressappochismo, le mie documentate segnalazioni su come si procedeva venivano sistematicamente ignorate, insabbiate. Dicono che all'Assessorato per gli enti locali c'era rigidità, che da parte di qualche sindaco sudtirolese c'era qualche lamentela; forse avranno avuto ragione, ma io ricordo che le mie segnalazioni - una volta ne ho mandate 13 di segnalazioni di violazione dell'art.57 - sono state ignorate. Ho dovuto rivolgermi alla magistratura, dove le istruttorie sono ancora in corso, mentre doveva essere l'ente, posto a tutela di questo ufficio, tenere presente che cosa diceva un consigliere di amministrazione.

Pertanto penso e mi auguro che Lei, Dr. Messner, assumendo questa alta responsabilità, dia un tocco di rigore, di serenità, di rispetto alle leggi ed alle procedure. Quindi Le auguro buon lavoro.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich noch zu Wort? Niemand, dann bitte ich um Verteilung der Stimmzettel.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 33, Mayr 25 Stimmen, Dr. Messner 24, Oberhauser und Dr. Peterlini je 1 Stimme, weiße Stimmzettel 5.

Damit sind die Abg.en Mayr und Dr. Messner zu Ersatz-Landesräten gewählt.

Wir kommen nun zur Wahl der Ersatz-Landesräte der italienischen Sprachgruppe.

Der Abg. Ferretti hat das Wort.

FERRETTI (DC): Propongo il collega Aldo Balzarini, quale Assessore supplente.

PRÄSIDENT: Vorgeschlagen ist der Abg. Balzarini. Wenn sich niemand zu Wort meldet, dann bitte ich um die Verteilung der Stimmzettel.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmen 33, Comm. Balzarini 27 Stimmen, weiße Stimmzettel 5, ungültig 1.

Damit ist der Abg. Balzarini Landesrat für die italienische Sprachgruppe, d.h. Ersatz-Landesrat.

Jetzt ist die Landesregierung komplett und ich bitte die Herren, auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Wahl der zwei Landeshauptmannstellvertreter"**.

Punto 5) dell'ordine del giorno: **"Elezione dei due Vicepresidenti della Giunta provinciale"**.

Zunächst wählen wir den Landeshauptmannstellvertreter der deutschen Sprachgruppe.

Wer meldet sich zu Wort? Der Abg. Langer hat das Wort.

LANGER (AS): Herr Präsident! Um zu zeigen, daß diese Landesregierung, wie sie in ihrem Programm vorgibt, tatsächlich eine Veränderung, eine qualitative Veränderung gegenüber den früheren Landesregierungen ausdrückt, möchten wir einen kleinen Vorschlag anbringen, nämlich den Assessor Saurer zum Landeshauptmannstellvertreter zu wählen. Wir zumindest werden in diesem Sinne unsere Stimme abgeben, auch wenn ihm bei der Wahl zum Assessor mindestens drei Stimmen aus den eigenen Reihen gefehlt haben.

FRASNELLI (SVP): Auch ich bin sehr wohl von den Qualitäten des Kollegen Saurer überzeugt. Jedoch, aufgrund der langjährigen Erfahrung, Regierungserfahrung, die es sicherlich braucht in unserem Lande, erlaube ich mir, als stellvertretenden Landeshauptmann für die deutsche Volksgruppe den bisherigen Landeshauptmannstellvertreter Dr. Benedikter vorzuschlagen.

KLOTZ (WDH): Wir haben Dr. Benedikter als Landeshauptmann vorgeschlagen. Er hat von der Kandidatur abgesehen, was uns sehr leid getan hat, deshalb möchten wir den Vorschlag jetzt unterstützen, daß er als Landeshauptmannstellvertreter gewählt wird. Wir schließen uns also diesem Vorschlag an.

PRÄSIDENT: Gibt es noch weitere Vorschläge? Wenn nicht, dann bitte ich um die Verteilung der Stimmzettel.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 33, Dr. Benedikter 26 Stimmen, Dr. Saurer 3, weiße Stimmzettel 4.

Damit ist Dr. Benedikter Landeshauptmannstellvertreter für die deutsche Sprachgruppe.

Wir kommen zur Wahl des Landeshauptmannstellvertreters der italienischen Sprachgruppe.

Das Wort hat Abg. Balzarini.

BALZARINI (DC): Propongo quale Vicepresidente per il gruppo linguistico italiano l'Assessore Ferretti.

LANGER (AS): Herr Präsident! Dem Vorschlag, den Kollegen Ferretti zum Vizepräsidenten des Landesausschusses zu wählen, werden wir uns nicht anschließen. Ich habe aber sozusagen unter diesem Vorwand das Wort ergriffen, um daran zu erinnern, daß aus der heutigen Tagespresse zu entnehmen ist, daß im Bozner Gerichtsgefängnis eine Gruppe von Jugendlichen im Hungerstreik sich befindet, um gegen die inhumanen Bedingungen dort zu protestieren und ich möchte vorschlagen, daß mit uns zusammen andere Abgeordnete statt sich am voraussehbaren Umtrunk zu beteiligen, zu Ende dieser Sitzung mit uns ins Gefängnis gehen und diese Jugendlichen besuchen.

PRÄSIDENT: Sind weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, dann bitte ich um die Verteilung der Stimmzettel.

(geheime Abstimmung - votazione per scrutinio segreto)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 32, Dr. Ferretti 25 Stimmen, Sfondrini 2, weiße Stimmzettel 5.

Damit ist Dr. Ferretti Landeshauptmannstellvertreter für die italienische Sprachgruppe.

Wir haben nun eine tragfähige Landesregierung. Ich möchte nochmals allen gewählten herzlich gratulieren und der Landesregierung wünschen, daß es ihr gelingen möge, die Probleme, die anstehen, im Sinne des Programmes, welches vorgelegt worden ist, in den nächsten fünf Jahren auch zu lösen.

Ich möchte auch bekanntgeben, daß der Herr Landeshauptmann Sie anschließend zu einem kleinen Umtrunk einlädt, auch die anwesende Presse und natürlich auch die Mitarbeiter.

Ich gebe weiters folgendes bekannt. Aufgrund einer parteiinternen Vereinbarung habe ich beschlossen, vom Amt des Landtagspräsidenten zurückzutreten, und somit steht dieser Tagesordnungspunkt als Punkt Nr. 1 auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung. Die nächste Sitzung wird schriftlich einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen.

ORE 17.45 UHR